

25. Jahrgang

2/98

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege



Stefan Breuer

Die archaische Stadt

Ulrich Kerkhoff

Denkmal-Neunutzung
zwischen Chance und Verfremdung

Winfried Mönch

Denkmalschutz und »Stuttgart 21«

Dirk Schubert

Die Nachbarschaftsidee als deutsch-
anglo-amerikanische Planungsgeschichte

Uwe Schneider
Gert Gröning

Späte Ehren für Eugen Hönig?

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt und in Verbindung mit
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Hauptschriftleiter) – Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 70190 Stuttgart (Schriftleitung) – Frauke Schwesig, Robertstraße 26, 30161 Hannover (Redaktionslektorat). Professor Dr. Harald Bodenschatz, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Dovesstraße 1–5, 10587 Berlin – Professor em. Dr. Burkhard Hofmeister, Institut für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 10787 Berlin – Professor Dr. Rainer Joß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Universität Hamburg, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung, Allendeplatz 1, 20146 Hamburg – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat a. D., Nadistraße 20, 80809 München.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12-32 42.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist eine Mitgliederzeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 165,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 126,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 45,40 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

- ✓ STEFAN BREUER, Die archaische Stadt 105
- / ULRICH KERKHOFF, Denkmal-Neunutzung zwischen Chance und Verfremdung.
Das Beispiel Festung Germersheim 121
- ✓ WINFRIED MÖNCH, Das Dunkel am Ende des Tunnelgebirges. Denkmalschutz und
»Stuttgart 21«. Eine Polemik und ein Literaturhinweis 131
- ✓ DIRK SCHUBERT, »Heil aus Ziegelsteinen« – Aufstieg und Fall der Nachbarschaftsidee.
Eine deutsch-anglo-amerikanische Dreiecksplanungsgeschichte 141
- ✓ UWE SCHNEIDER / GERT GRÖNING, Späte Ehren für Eugen Hönig?
Eugen Hönig: ehemaliger Präsident des BDA und nationalsozialistischer Funktionär in der
Reichskammer der bildenden Künste 174

DIE AUTOREN 182

BESPRECHUNGEN

- RÜDIGER HACHTMANN, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der
Revolution (*Wilhelm Ribhegge*) 183
- FRIEDRICH ACHLEITNER, Region, ein Konstrukt? – Regionalismus, eine Pleite? (*Klaus Nauber*) . 185
- FRANK-BERTOLT RAITH, Der heroische Stil. Studien zur Architektur am Ende der
Weimarer Republik (*Annelie Langelahn*) 186

Stefan Breuer

Die archaische Stadt

Von der archaischen, also: der anfänglichen Stadt zu sprechen, setzt voraus, daß man über einen Stadtbegriff verfügt. Und damit ist man bereits in der Soziologie. Denn ohne die Leistungen anderer Disziplinen herabzusetzen, läßt sich doch festhalten, daß die Soziologie seit den Tagen von Tönnies und Sombart, Simmel und Max Weber besonders viel intellektuelles Kapital auf diesem Gebiet investiert hat.

Gerade derjenige Stadtbegriff allerdings, der am meisten historisch gesättigt ist – derjenige Max Webers – scheint am wenigsten geeignet zu sein, die Anfänge der Stadt adäquat zu erfassen. Webers einschlägige Studie beschäftigt sich überwiegend mit der antiken und der mittelalterlichen Stadt des Okzidents. Auf die asiatische Stadt geht sie nur am Rande ein, und was sie zu den archaischen Stadien zu sagen hat, ist heute schlicht überholt. Von einem universell verbreiteten Burgenkönigtum weiß die moderne Archäologie nichts.

Dennoch ist die Webersche Soziologie auch für die archaische Stadt relevant. Löst man sich von der Stadtsoziologie im engeren Sinne und zieht statt dessen die Herrschafts- und die Religionssoziologie heran, so zeigt sich, daß der von Weber entwickelte typologische Apparat Angebote enthält, die in hervorragender Weise geeignet sind, die Ergebnisse der archäologischen Forschung zu deuten und in einen größeren Bezugsrahmen einzubetten. Dies soll im folgenden in vier Schritten geschehen. Ich skizziere zunächst den Ansatz der Stadtsoziologie Max Webers (I) und die daran geübte Kritik (II), schlage sodann die Brücke zur Soziologie des Charismas (III) und gebe abschließend einige Beispiele aus dem präkolumbianischen Amerika (IV).

I.

Der Anfang von Webers Studie über *Die Stadt* steht im Zeichen eines namentlich nicht genannten Autors: Werner Sombart. Dieser hatte in verschiedenen Beiträgen zum Thema Stadt die Abhängigkeit der Begriffsbildung vom jeweiligen Erkenntnisinteresse betont und zwischen mehreren möglichen Stadtbegriffen unterschieden. Aufgabe des Wirtschaftshistorikers sei es, einen ökonomischen Stadtbegriff aufzustellen, um so die in wirtschaftlicher Hinsicht bedeutsamen Aspekte des Phänomens deutlich zu machen. Sombarts Definitionsvorschlag lautete: »Eine Stadt *im ökonomischen Sinne* ist eine größere Ansiedlung von Menschen, die für ihren

Unterhalt auf die Erzeugnisse fremder landwirtschaftlicher Arbeit angewiesen ist.«¹

Auch Webers Analyse hebt zunächst mit rein ökonomischen Gesichtspunkten an. Sie setzt dabei aber die Akzente deutlich anders als Sombart. Während dieser für die Frühzeit der Stadt vor allem auf die Konsumtion, für spätere Phasen auf die Produktion abstellt, zentriert Weber seine Definition um die Zirkulation. Eine Stadt im ökonomischen Sinne liegt für ihn da vor, »wo die *ortsansässige* Bevölkerung einen ökonomisch wesentlichen Teil ihres Alltagsbedarfs auf dem örtlichen Markt befriedigt, und zwar zu einem wesentlichen Teil durch Erzeugnisse, welche die *ortsansässige* und die Bevölkerung des nächsten Umlands *für den Absatz* auf dem Markt erzeugt oder sonst erworben hat.«²

Diese Definition verknüpft die Merkmale Siedlung und Markt und ist damit hinreichend eng, um periodische Messen oder Jahrmärkte auszuschließen. Sie ist zugleich aber so weit, um die Bildung von Subtypen wie »Konsumenten-«, »Produzenten-« und »Handelsstadt« zuzulassen, je nachdem, welcher soziale und ökonomische Typus innerhalb der Gesamtkonfiguration dominiert: fürstliche oder adlige Großkonsumenten, die ihren Bedarf wenigstens zum Teil auf dem städtischen Markt decken; für externe Märkte produzierende Handwerker, die den eigenen Markt als Massenkonsumenten frequentieren; oder Händlerschichten, deren Kauf- und Steuerkraft ebenfalls auf ortsansässigen Erwerbsbetrieben beruht. Mit diesem Fokus auf dem Markt steht Weber der seinerzeit verbreiteten und von Sombart abgelehnten Marktrechtstheorie nahe, im weiteren Sinne auch Karl Bücher, der einen engen Zusammenhang zwischen Stadtwirtschaft und Marktwesen behauptet hatte.³

Eine ökonomische Betrachtungsweise ist nach Weber indes nicht ausreichend, um alle wesentlichen Aspekte der Stadt zu erfassen. Von mindestens gleichrangiger Bedeutung ist die politisch-administrative Ebene, der der nächste Analyseschritt gilt. Das politische Gemeinschaftshandeln ist im Kern charakterisiert (a) durch seinen Bezug auf ein bestimmtes Gebiet und die darauf lebenden Menschen, (b) durch ein bestimmtes Ziel: die Behauptung der geordneten Herrschaft über dieselben und (c) durch ein bestimmtes Mittel: die Bereitschaft zur Anwendung physischer Gewalt.⁴ In der Regel manifestieren sich diese Bestrebungen in der Schaffung eines Herrschaftszentrums, einer Burg oder Festung, die ihr Umland militärisch kontrolliert. Die in ihr

¹ W. Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, München/Leipzig, 3. Aufl., Bd. I.1. 1919, S. 128.

² M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, hrsg. von J. Winckelmann, 5. Aufl., Studienausgabe, Tübingen 1976, S. 728.

³ Vgl. ebda., S. 729 f.; K. Bücher, *Die Entstehung der Volkswirtschaft*, Tübingen 1893, S. 135 ff.; H. Bruhns, *De Werner Sombart à Max Weber et Moses I. Finley: La typologie de la ville antique et la question de la ville de consommation*, in: *Ph. Leveau* (Hrsg.): *L'origine des richesses dépensées dans la ville antique*, Aix 1985, S. 255–269.

⁴ Vgl. M. Weber (s. A 2), S. 514.

lebenden Krieger bilden, gemeinsam mit den für ihren Unterhalt sorgenden Personen, einen Verband, der in administrativer, vor allem fiskalischer Hinsicht einem Sonderrecht unterstellt ist. Dieser Verband kann sich unter bestimmten, historisch allerdings sehr seltenen Bedingungen als Stadtgemeinde konstituieren, als ein autonomer und autokephaler Verband mit eigenem Recht und eigenem Gericht. Seine Bürger können die Stadt und Land übergreifenden Bindungen verwandtschaftlicher, kastenförmiger oder ständischer Art abstreifen und einen Bürgerstand *sui generis* bilden, der selbst zum Träger von Herrschaft wird. Historisch ist es zu dieser Sonderentwicklung nur zweimal gekommen, in der okzidentalen Antike und im Mittelalter. In China, Japan und Indien, ja in der ganzen Welt findet sich dazu nichts Vergleichbares, von einigen Ansätzen in Vorderasien abgesehen.⁵

Die drei Faktoren, mit denen Weber operiert – Markt, Festung, Gemeinde – sind offensichtlich nicht gleichrangig. Der Faktor Markt zielt auf den ökonomischen Mittelpunkt einer Siedlung und ihres Umlandes, also auf das, was die Siedlungsgeographen eine zentralörtliche Einrichtung mit ökonomischer Funktion nennen. Dasselbe gilt für den Faktor Festung, der eine Zentraleinrichtung mit politisch-administrativer Funktion bezeichnet: »Die Verfügung über die Burg bedeutete eben militärische Beherrschung des Landes.«⁶ Mit dem Faktor Gemeinde dagegen ist keine weitere Funktion angesprochen, sondern lediglich ein Wechsel im Träger der politisch-administrativen Funktion: gewissermaßen deren Vergesellschaftung/Vergemeinschaftung durch den Verband. Wir haben es also nicht mit einer drei-, sondern mit einer zweigliedrigen Definition zu tun, einem ökonomischen und einem (in sich differenzierten) politisch-administrativen Stadtbegriff.

Wie verhalten sich diese beiden Begriffe zueinander? Webers Auskünfte sind nicht so deutlich, wie sie sein könnten, da wohl der ökonomische, nicht aber der politisch-administrative Stadtbegriff definiert wird. Immerhin kann man folgendes extrapolieren. Der ökonomische Stadtbegriff hat zum Referenzpunkt den Bereich Markt und engt diesen dann ein auf die Gruppe der zentralörtlichen Märkte. Er bezeichnet also einen Ausschnitt aus dem Gesamtbereich der Marktphänomene. Der politisch-administrative Stadtbegriff bezieht sich auf Festungen und sondert daraus ebenfalls eine bestimmte Gruppe aus: solche mit zentralörtlicher politischer Funktion – »Herrensitze«. Hier kommt aber noch eine weitere Spezifizierung hinzu. Nicht alle Herrensitze sind *eo ipso* Städte. Einen grundherrlichen oder fürstlichen Oikos »mit einer noch so großen Ansiedlung fron- und abgabepflichtiger Handwerker und Kleinhändler pflegt man nicht ›Stadt‹ zu nennen, obwohl historisch ein sehr großer Bruchteil der wichtigsten ›Städte‹ aus solchen Siedlungen hervorgegangen ist und die Pro-

⁵ Vgl. ebda., S. 736, 738; S.-U. Chon, *Max Webers Stadtkonzeption. Eine Studie zur Entwicklung des okzidentalen Bürgertums*, Göttingen 1985, S. 41 ff.

⁶ M. Weber (s. A 2), S. 734.

duktion für einen Fürstenhof für sehr viele von ihnen (die ›Fürstenstädte‹) eine höchst wichtige, oft die vorzugsweise Erwerbsquelle der Ansiedler blieb.«⁷

Das aber heißt: erst dann, wenn der herrschaftliche Oikos zumindest einen Teil seiner Bedürfnisse über den Markt deckt, erst dann, wenn die Monopolstellung des Redistributionsprinzips gebrochen und durch eine wie immer auch begrenzte Kombination mit preisregulierenden Märkten ersetzt ist – erst dann kann man von einer Stadt im vollen Sinne sprechen. »Stadt« ist also ein Begriff, der, mit Simmel zu reden, eine Kreuzung sozialer Kreise voraussetzt, eine Verbindung zentralörtlicher Markt- und Herrschaftsfunktionen.

II.

Orientalisten, Althistoriker und Mediävisten haben Webers Studie wohlwollend aufgenommen und verarbeitet, wenn auch erst mit zeitlicher Verzögerung und keineswegs vorbehaltlos.⁸ Auf gänzliche Ablehnung stieß sie dagegen in den Disziplinen, die sich vorrangig mit den Anfängen der Stadtentwicklung beschäftigen. Symptomatisch ist hier etwa die Reaktion Paul Wheatleys, der in seinem monumentalen Werk »The Pivot of the Four Quarters« schroff urteilte, Webers Stadtbegriff sei eurozentrisch, allein auf die okzidentale Stadt zugeschnitten und schon deshalb für vergleichende Untersuchungen unbrauchbar; besonders untauglich aber sei er aufgrund seiner Vernachlässigung der Religion, die gerade in den Frühstadien der soziokulturellen Evolution essentiell sei. Nicht Webers Soziologie könne daher die Grundlage abgeben, sondern nur diejenige Durkheims.⁹

Diese Einwände sind von unterschiedlichem Gewicht. Indiskutabel ist der Vorwurf des Eurozentrismus, beruht er doch auf einer Verwechslung von Webers Minimalbegriff der Stadt mit dessen historischer Spezifikation für den Okzident. Diskutabel ist dagegen das Argument, das auf die mangelnde Berücksichtigung von Religion und Magie zielt. Zwar kann man nicht sagen, daß sie in der Studie über die Stadt schlechterdings unerwähnt blieben. Für die Anfänge der antiken Stadt betont Weber den Beitrag, den die kultische Verbrüderung zur Gemeindebildung geleistet habe, und auch für die mittelalterliche Stadt weist er auf die Zusammenhänge zwischen kirchlicher und städtischer Gemeinde hin. Daß im Okzident die Bürger sich als einzelne zusammenschlossen und dabei weder durch magische Schranken noch durch Verwandtschaftsbeziehungen gehindert wurden, war eine Folge der »die Sippenbände auflösenden und dadurch für die Bildung der mittelalterlichen Stadt grundlegend wichtigen

⁷ Ebda., S. 728.

⁸ Vgl. A. Zingerle, Max Webers historische Soziologie, Darmstadt 1981, S. 148 ff.

⁹ Vgl. P. Wheatley, The Pivot of the Four Quarters, Edinburgh 1971, S. 371 f.; P. Wheatley/Th. See, From Court to Capital. A Tentative Interpretation of the Origins of the Japanese Urban Tradition, Chicago/London 1978, S. 8.

Eigenschaften der christlichen Religion.«¹⁰ Diese Hinweise aber beziehen sich auf die okzidentale Sonderentwicklung, nicht auf die Stadt im allgemeinen. Die Religion wird von Weber ins Spiel gebracht, um Abweichungen vom universellen Stadttypus zu erklären. In die Konstruktion dieses Typus selbst geht sie, von Nebenbemerkungen abgesehen, nicht ein. In diesem Punkt trifft die Kritik Wheatleys ins Schwarze.

Es lohnt sich deshalb, deren positive Implikationen genauer zu betrachten. Der erste Teil des Buches handelt von der Stadt im alten China, genauer gesagt: vom China vor der Reichseinigung 221 v. Chr., also der Shang- und Zhou-Zeit (seit ca. 1700 v. Chr.). Der zweite Teil rückt die frühe chinesische Stadt in eine vergleichende Perspektive, die ihr Material aus sechs Regionen bezieht: aus dem frühdynastischen Mesopotamien, dem Ägypten des Alten Reichs, der Induskultur, Mesoamerika, den Zentralanden und Südwestnigeria. Städte, so der Gedankengang, entstehen aus zeremoniellen Zentren. Sie sind zunächst Zentralplätze, in denen magisch-religiöse Funktionen für die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes ausgeübt werden; und sie sind, gerade in dieser Funktion und nur vermöge derselben, Zentren auch politischer und staatlicher Herrschaft. Die These lautet, in direkter Frontstellung gegen Weber: »Whenever, in any of the seven regions of primary urban generation, we trace back the characteristic urban form to its beginnings, we arrive not at a settlement that is dominated by commercial relations, a primordial market or at one that is focused on a citadel, an archetypal fortress, but rather at a ceremonial complex.«¹¹

Die für die archaische Stadt typische Verbindung von Religion und politischer Herrschaft zeigt sich besonders deutlich in der Raumorganisation. Zeremonialkomplexe sind heilige Orte, sie durchbrechen den Raum vertikal in Richtung der (wie immer auch imaginären) Ober- und Unterwelt und horizontal durch die Gliederung in einen sakralen und einen profanen Bereich. Zugleich lindern oder relativieren sie diese Durchbrechung durch die Herstellung struktureller Homologien zwischen den verschiedenen Welten, woraus die bekannten Parallelismen hervorgehen: die Götterwelt als Verlängerung der segmentären Hierarchie im Diesseits, der Mikrokosmos als Abbild des Makrokosmos, das irdische Leben als Replik des himmlischen usw. Die Wahrung dieser Parallelismen ist Gegenstand eines spezifischen heiligen Wissens, der Geomantik. Die Träger dieses Wissens spielen eine herausgehobene Rolle in der Anlage und Planung der Zeremonialkomplexe: bei der Festlegung des Zentrums als der *axis mundi*; bei der Bestimmung der Hauptachsen unter Berücksichtigung sowohl der natürlichen Topographie als auch der Himmelserscheinungen; nicht zuletzt auch bei der Gestaltung des Gesamterscheinungsbildes, das immer mehr ist als die Summe der Teile.

¹⁰ M. Weber (s. A 2), S. 746; vgl. S.-U. Chon (s. A 5), S. 60 ff.

¹¹ P. Wheatley 1971 (s. A 9), S. 225.

Die Attraktivität dieses Konzepts, das im übrigen nicht nur an Durkheim, sondern auch an Cassirer und Eliade anknüpft, liegt auf der Hand, ermöglicht es doch eine Verbindung von Siedlungsarchäologie und Ikonographie, von der die Stadtforschung nur profitieren kann. Es überrascht deshalb nicht, daß Wheatleys Studie weit über die Grenzen des Gegenstands hinaus Resonanz gefunden hat. So hat z. B. John Carlson die Thesen zur Rolle der Geomantik in der Planung archaischer Städte auf Mesoamerika übertragen und dabei verblüffende Parallelen zu China festgestellt. Hier wie dort findet sich der gleiche Symbolismus des Zentrums und der vier Bezirke; hier wie dort das gleiche Bemühen, die verschiedenen Ebenen der Welt in einer Art *mystical ecology* zu koordinieren.¹² Nicht minder schlüssig erwies sich das Konzept für die Deutung so unterschiedlicher Anlagen wie des Templo Mayor in Tenochtitlan, der Hügelplattformen an der peruanischen Küste, der Ruinen von Tiwanaku, Dos Pilas oder Susa; oder der nach dem Mandala-Modell aufgebauten Zeremonialzentren Südostasiens.¹³ Auch in die *urban anthropology* von Richard Fox haben Wheatleys Ideen Eingang gefunden und jene dreigliedrige Typologie von *regal-ritual*, *administrative* und *mercantile cities* geprägt, die wiederum bei empirisch arbeitenden Archäologen Anklang gefunden hat.¹⁴

III.

Wheatleys gegen Weber gerichtete These, daß am Anfang der Stadtentwicklung weder ein Markt noch eine Festung stünden, sondern ein Zeremonialkomplex, hat also viel für sich. Wo immer die soziopolitische Evolution die Stufe des Häuptlingstums

¹² Bemerkenswert dabei die Beobachtung, daß die hohe ästhetische Qualität der Zeremonialzentren mit der bewußten Verwendung von Asymmetrien zusammenhängt, ja geradezu auf eine *Symmetrophobie* der Geomanten zurückführbar sein könnte. Es gibt immer wieder Durchbrechungen und Verschiebungen der Achsen, Abweichungen von den Hauptorientierungspunkten, nicht selten sogar ein Nebeneinander verschiedener Orientierungssysteme; vgl. J. Carlson, A Geomantic Model for the Interpretation of Mesoamerican Sites: An Essay in Cross-Cultural Comparison, in: E. P. Benson (Hrsg.), *Mesoamerican Sites and World-Views*, Washington 1981, S. 143–216, S. 158.

¹³ Vgl. D. Carrasco, Myth, Cosmic Terror, and the Templo Mayor, in: J. Broda (Hrsg.), *The Great Temple of Tenochtitlan*, Berkeley 1987, S. 124–162, S. 128 f.; D. W. Lathrap, Jaws: The Control of Power in the Early Nuclear American Ceremonial Center, in: C. B. Donnan (Hrsg.), *Early Ceremonial Architecture in the Andes*, Washington D.C. 1985, S. 241–268; A. L. Kolata, The Tiwanaku: Portrait of an Andean Civilization, Cambridge 1993, S. 174; J. E. Brady, Settlement Configuration and Cosmology. The Role of Caves at Dos Pilas, in: *American Anthropologist* 99 (1997), 602–618; F. Hole, Symbols of Religion and Social Organization at Susa, in: T. C. Young (Hrsg.), *The Hilly Flanks and Beyond*, Chicago 1983, S. 315–334; S. J. Tambiah, The Galactic Polity: The Structure of Traditional Kingdoms in Southeast Asia, in: *Annals of the New York Academy of Sciences* 293 (1977), S. 69–97.

¹⁴ Vgl. R. Fox, *Urban Anthropology*, Englewood Cliffs 1977, S. 41; J. Marcus, On the Nature of the Mesoamerican City, in: E. Z. Vogt / R. M. Leventhal (Hrsg.), *Prehistoric Settlement Patterns. Essays in Honor of Gordon R. Willey*, Cambridge/Mass. 1983, S. 195–242; W. T. Sanders / D. Webster, The Mesoamerican Urban Tradition, in: *American Anthropologist* 90 (1988), S. 521–546.

überschritt – in Ägypten und Mesopotamien, in China und Indien, in Mesoamerika und in Peru – führte sie zunächst zur Bildung »konischer Klanstaaten«, die durch die Kombination eines zeremoniellen Zentrums mit einer Reihe von Dörfern in der Umgebung gekennzeichnet sind.¹⁵ Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob es sich dabei auch um Städte handelt und ob diese Gebilde nur im Rahmen der Durkheimschen und nicht auch oder sogar besser im Rahmen der Weberschen Soziologie gewürdigt werden können. Dazu zwei Bemerkungen.

Erstens: Die zeremoniellen Zentren lassen sich zwar nicht mit den Mitteln von Webers Stadtsoziologie, wohl aber mit denen seiner Herrschafts- und Religionssoziologie behandeln. Die Zeremonialkomplexe haben ihre herausgehobene Stellung nicht von sich aus, aufgrund der Wirkung einer unpersönlichen Kraft, wie es aus Durkheimscher Sicht erscheint, sondern deshalb, weil sie der Wohnsitz einer Personen-Gruppe sind, die in einer besonderen Nähe zu den Göttern als den Quellen von Fruchtbarkeit, Wohlergehen, Gesundheit etc. steht. Die Fähigkeit, diese zugleich persönlichen wie übernatürlichen und übermenschlichen Kräfte zu manipulieren, bezeichnet Weber als Magie; die Menschen, die sie besitzen, als Träger eines magischen Charismas.

Solange es sich um einzelne, unverwechselbare Individuen handelt, haben wir es mit Zauberern oder Schamanen zu tun: dem magischen Charisma in seiner genuinen, außeralltäglichen Form. Wie jedes Charisma, kann aber auch das magische Charisma veralltäglicht, institutionalisiert werden, sei es, indem es mit einer bestimmten Lineage verwächst (Erb- oder Gentilcharisma), sei es, indem es sich an ein Amt heftet (Amtscharisma). Es spricht viel dafür, daß die Königsherrschaft und damit archaische Staatlichkeit auf diese Weise entstanden ist. Sowohl für das frühe China (Shang) als auch für die Mayakultur, um nur zwei Beispiele zu nennen, hat die Forschung solche magisch-rituellen, »schamanistischen« Wurzeln des Königtums nachgewiesen.¹⁶ Von den Mayakönigen heißt es, sie seien göttergleiche Schamanen gewesen, die in der Welt der Menschen ebenso zuhause waren wie in der der Götter, Geister und Ahnen. Die Zeremonialzentren, also: die Tempel, waren die Orte, an denen sie die Verbindung zwischen den verschiedenen Welten herstellten, etwa durch rituelle Blutentnahme. Indem sie die Weltachse zur Präsenz brachten, öffneten sie gleichsam die Kommunikationskanäle und ermöglichten es den Göttern, in die Menschenwelt zu gelangen. Einmal dort angekommen, konnten sie sich in Kultgegenständen wie dem doppelköpfigen Schlangenstab oder der Visionsschlange materialisieren, aber auch in den Gebäu-

¹⁵ Vgl. J. Friedman / M. Rowlands, Notes towards an Epigenetic Model of the Evolution of Civilisation, in: dies. (Hrsg.), *The Evolution of Social Systems*, Gloucester 1977, S. 201–276, 217 ff.

¹⁶ Vgl. D. N. Keightley, The Religious Commitment: Shang Theology and the Genesis of Chinese Political Culture, in: *History of Religions* 17 (1978), S. 211–225, 212 f.; J. Paper, The Feng in Protohistoric Chinese Religion, in: *History of Religions* 25 (1985), S. 227–235; L. Schele / D. Freidel, *Die unbekannte Welt der Maya*, München 1991.

den des Kultzentrums, so daß sich dieses im Laufe der Zeit immer mehr mit heiligmächtiger Kraft auflud – wenn man so will, eine Akkumulation des Charismas, aus der sich sehr gut die Ranghierarchie zwischen den verschiedenen Zentren erklären läßt. Allerdings war in den Augen der Maya das magische Charisma den Königen nicht bedingungslos für alle Zeiten gegeben. Es mußte vielmehr stets von neuem bewährt werden: im Erntesegen, in prosperierendem Handel oder Kriegsglück. Blieben derartige Bewährungen aus, so schritten die Maya zur rituellen Tötung. Menschen- und Götterporträts wurden zerstört, Bauwerke aufgegeben oder eingeebnet, ganze Zentren verlassen. Das Ende der klassischen Maya-Kultur dürfte sich so vollzogen haben – ein eindrucksvoller Beleg für die Charismatheorie Max Webers.

Zweitens: Gerade weil Zeremonialzentren Sitze charismatischer Herrschaft sind, in denen magisch-mythische und politische Funktionen noch untrennbar fusioniert sind, in denen es also an jeder Differenzierung sozialer Kreise fehlt, können sie nicht als Städte gelten. Sie sind heilige Großhaushalte, Oiken, die ganz in diesem Begriff aufgehen. Von einer Stadt kann nach Weber erst gesprochen werden, wenn zum Oikos noch etwas hinzutritt, und dies ist ersichtlich bei den frühen Zeremonialkomplexen nicht der Fall. –

Andererseits stellt sich die Frage, ob dieses »Etwas«, der zweite Funktionsbereich, unbedingt mit einem preisregulierenden Markt identisch sein muß. Schließlich ist denkbar, daß sich, noch bevor sich ein solcher Markt konstituiert, die politische und die religiös-rituelle Funktion differenzieren, so daß die Bedingung der zwei Funktionskreise durchaus gegeben wäre, wenn auch nicht in der von Weber anvisierten Form.

Tatsächlich zeigt die Betrachtung der Dynamik von Zeremonialzentren folgendes: Die charismatische Herrschaft bewährt sich nicht allein in guten Ernten und wachsender Bevölkerung, sondern auch über seltene Güter, Prestigeobjekte, die über den Fernhandel akquiriert werden. Ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion gilt der Herstellung von Äquivalenten, die von einem wachsenden Apparat magaziniert und in »administriertem Handel« (Polanyi) eingetauscht werden. Die Folge ist eine zunehmende Differenzierung. Ein Teil des theokratischen Apparats spezialisiert sich auf die bürokratischen und redistributiven Funktionen, ein anderer auf die religiös-rituellen Aufgaben, so daß nunmehr mit zwei Zentren zu rechnen ist: Palast und Tempel. Friedman und Rowlands, die Wheatleys Ansatz weiterentwickelt haben, sprechen geradezu von einer dualistischen Ordnung. Und sie machen außerdem klar, wo der Schwerpunkt dieser Ordnung liegt: nämlich nicht mehr im religiös-rituellen Sektor, sondern im Prestigegüter-Sektor, der eine wachsende Zahl von Aufgaben und von Personen an sich zieht.¹⁷ Ich sehe keinen

¹⁷ Vgl. J. Friedman / M. Rowlands (s. A 15), S. 226.

Grund, weshalb man für diese Entwicklungsstufe des zeremoniellen Zentrums nicht von einer Stadt sprechen sollte.

Mit dieser Stufe – dem »Prestigegüter-System« in der Terminologie von Friedman und Rowlands – beginnt also die Geschichte der Stadt. Und sie beginnt sogleich als eine Geschichte des Transfers und der Transplantation. Um sich den Zugang zu wichtigen Prestigegütern zu sichern, errichten die Zentren Niederlassungen, Dependancen, Subzentren, die z.T. in sehr weit entfernten Gebieten liegen. Sie werden meist von Mitgliedern der königlichen Familie geleitet, die Frauen aus den lokalen Oberschichten heiraten. Aufgabe dieser Subzentren ist es, die für die Herstellung von Prestigegütern erforderlichen Rohmaterialien zu besorgen und in Form von Tributen an das Zentrum weiterzuleiten. Als Gegenleistung erhalten sie einen Anteil an den verarbeiteten Objekten, ein Austausch, der zugleich eine Art Charismaübertragung darstellt und auf diese Weise das Statusgefüge stabilisiert. Architektonisch und ikonographisch sind die Subzentren Replikationen des Zentrums, d.h. sie sind vom gleichen Stil, der gleichen Formensprache und der gleichen Raumstruktur geprägt wie die Mutterstadt. Stanley Tambiah, der diese Konstellation für Thailand und Indonesien dokumentiert hat, spricht von *galactic polities*, die aus einem Zentralplaneten und mehreren Satelliten bestehen, jeder davon »a faithful reproduction on a reduced scale of the center«.¹⁸ Arthur Demarest hat das gleiche Schema bei den klassischen Maya ausgemacht.¹⁹

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung müssen einige Stichworte genügen. Prestigegüter-Systeme sind expansive Systeme. Expansion aber hängt unter den gegebenen Umständen von zwei Voraussetzungen ab: von der Möglichkeit, die lokale Produktion auszuweiten; und von der geopolitischen Lage. Wo der Ausweitung der lokalen Produktion Grenzen gesetzt sind (wie z.B. in Regionen, in denen Brandrodungsfeldbau betrieben wird) ist eine Überausbeutung des Bodens und ein Kollaps der Landwirtschaft wahrscheinlich, der sich auf die archaische Stadt tödlich auswirkt. Wo die Grenze der lokalen Produktion hinausgeschoben werden kann, wie in den großen Stromuferkulturen mit ihrer intensiven Bewässerungslandwirtschaft, sind zwei Entwicklungspfade denkbar, die wesentlich durch die Außenbeziehungen mitbestimmt werden. In Regionen, in denen sich die Außenbeziehungen monopolistisch kontrollieren lassen, ist eine Auflösung des Dualismus von Palast und Tempel nach der Seite des Palastes möglich. Aus der archaischen Stadt wird dann wieder ein Oikos, diesmal auf erweiterter Stufenleiter. Alan Kolata spricht von einem »Hyper-Oikos«.²⁰

¹⁸ S. Tambiah (s. A 13), S. 75 f.

¹⁹ Vgl. A. Demarest, Ideology in Ancient Maya Cultural Evolution: The Dynamics of Galactic Politics, in: *ders. / G. W. Conrad* (Hrsg.), *Ideology and Pre-Columbian Civilizations*, Santa Fe 1991, S. 135–158.

²⁰ Vgl. A. L. Kolata, Chan Chan and Cuzco: On the Nature of the Andean City, in: *R. M. Leventhal / A. L. Kolata* (Hrsg.), *Civilization in the Ancient Americas. Essays in Honor of Gordon R. Willey*, Cambridge 1983, S. 345–371, 367.

Beispiele sind: das pharaonische Ägypten, das südliche Mesopotamien in der Zeit der III. Dynastie von Ur, Chimor in Peru, z.T. der Inka-Staat. In Regionen, die eine zentrale Kontrolle der Außenbeziehungen nicht zulassen, ist eine Herauslösung der Marktökonomie aus den charismatisch legitimierten Institutionen möglich, damit der Übergang zu dem von Weber skizzierten Typus der »asiatischen« Stadt. Er findet sich im China der Teilstaatenzeit, im Indien der *mahajanapadas*, im Vorderen Orient seit der Bronzezeit. Von ihm haben die patrimonialen Staatsbildungen ihren Ausgang genommen, die später in Großreichen kulminierten. Da es sich hierbei um Ausprägungen der traditionellen Herrschaft handelt, könnte man von der traditionellen Stadt sprechen.

Zusammengefaßt ergäbe dies die in Abb. 1 festgehaltene idealtypische Sequenz.

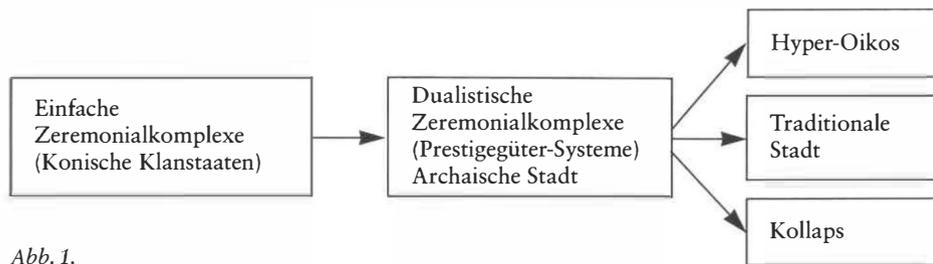


Abb. 1.

IV.

Besonders klar läßt sich diese Sequenz an den Hochkulturen des präkolumbianischen Amerika demonstrieren, da hier die frühen Stadien nicht so stark wie in der Alten Welt durch die später folgenden überbaut und verdeckt wurden. Ein gutes Beispiel für ein einfaches zeremonielles Zentrum findet sich in Chiripa am Südufer des Titicaca-Sees.²¹ Die erste Besiedlung des Ortes erfolgte um 1300/1200 v. Chr.; an sie schloß sich zu einem nicht genau datierbaren Zeitpunkt der Bau eines heiligen Berges an. Zwischen 500 und 100 v. Chr. wurde auf der Spitze dieses Berges eine jener für das südliche Peru typischen versenkten Plattformen errichtet, die als Schauplätze öffentlicher Rituale dienten. In der Mitte befand sich eine Stelle, die die *axis mundi* symbolisierte; den Rahmen bildete ein Ensemble von sechzehn symmetrisch angeordneten Häusern, von denen allerdings unklar ist, ob es sich um Wohnhäuser oder um Tempelmagazine handelte. Sollten es Wohnhäuser gewesen sein, so müssen sie der Elite

²¹ Vgl. W. J. Conklin / M. E. Moseley, *The Patterns of Art and Power in the Early Intermediate Period*, in: R. Keatinge (Hrsg.), *Peruvian Prehistory*, Cambridge 1987, S. 145–163, 160 ff.; K. Mohr Chavez, *The Significance of Chiripa in Late Titicaca Basin Development*, Expedition 30 (1988), S. 17–26.

gehört haben, denn sie waren reich geschmückt; die Bauern wohnten, wie noch in Cuzco, in der Umgebung. Alles in allem macht die Anlage einen intimen Eindruck: Es können nur kleine Gruppen gewesen sein, die hier ihre Rituale vollzogen, Zeremonien, die durch »communication at close range« bestimmt waren. »In the Titicaca plazas it is probable that ritual interactions occurred over relatively small distances in which one could hear a sentence spoken in a normal voice, see a facial expression, or inspect the placement of miniatures. Such an emphasis on interaction at close range may have a long tradition in the southern Andes, perhaps extending to the Archaic period.«²² Gegen Ende der Frühen Intermediären Periode (um 600 n. Chr.) wurde der Zeremonialkomplex aufgegeben oder zerstört. Auf seinen Ruinen wurde ein Tiwanaku-Tempel errichtet.

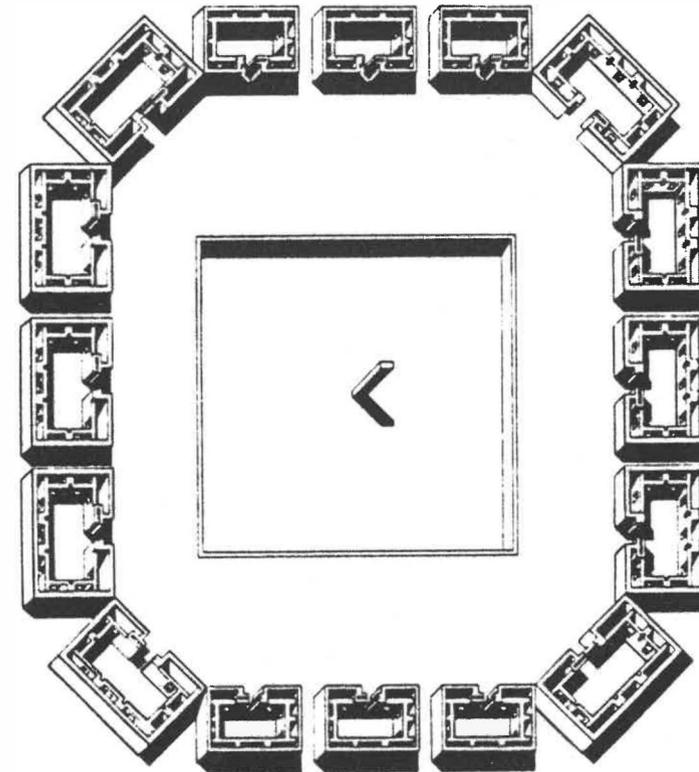


Abb. 2: Chiripa (Rekonstruktion). Quelle: A. L. Kolata (s. A 13), S. 66.

²² Vgl. J. D. Moore, *The Archaeology of Plazas and the Proxemics of Ritual. Three Andean Traditions*, in: *American Anthropologist* 98 (1996), S. 789–802, 797.

Deutlich größeren Zuschnitts ist das zweite Beispiel, das in der Nähe gelegene Tiwanaku. Der Ort entwickelte sich im 2./3. Jh. n. Chr. aus einem Dorf zu einem rituellen Zentrum, dann, ab dem 5. Jh., zu einer archaischen Stadt. Die Bevölkerung stieg auf 30 000–40 000 Einwohner, wobei es sich überwiegend um Verwandte, Klienten und Gefolgsleute der adligen Lineages handelte, die im Heiligen Bezirk residierten. Trotz dieser hohen Einwohnerzahl gab es keine Märkte. Viele Haushalte waren mit der Herstellung von Textilien befaßt, die in der Andenwelt eine wichtige Rolle als Prestigegüter spielten. Der Grundriß läßt auf eine Gliederung in vier Bezirke nach dem Modell von Wheatley schließen. Er weist deutlich zwei Zentren auf, die (älteren) Hügelplattformen von Akapana im Nordosten und die (jüngeren) von Puma Punku im Südwesten. Der jüngere und deutlich rangniedere Komplex erhielt die religiös-rituellen Funktionen zugewiesen, die früher beim Akapana-Komplex lagen. Der letztere dagegen wurde umgedezert »into a more personalized shrine of the Lords of Tiwanaku«, dessen Aufgabe es war, die Herrschaft einer Kriegerelite zu symbolisieren.²³

Aus der Darstellung von Kolata geht klar hervor, daß die dualistische Struktur des Zentrums von Tiwanaku in engem Zusammenhang mit der Existenz eines Prestigegüter-Systems steht. Seit dem 5. Jh. finden sich deutliche Anzeichen für eine Expansion, die zunächst zur Errichtung von Subzentren in der näheren Umgebung führt, dann, seit dem 8. Jh., zur Gründung von Kolonien in weit entfernten Regionen wie dem Cochabamba-Tal in Bolivien, dem Azapa-Tal in Nordchile und dem Moquegua-Tal in Südperu. Die Motive für diese Expansion sind unschwer zu erkennen: es ging um den Erwerb von Prestigegütern (z. B. Mais als Rohstoff für Maisbier), die über einen staatlich kontrollierten Karawanenhandel nach Tiwanaku gelangten. Die erforderlichen Äquivalente wurden durch einen ausgedehnten handwerklichen Sektor und eine entsprechende Organisation der landwirtschaftlichen Produktion im Zentrum und seinem unmittelbaren Hinterland bereitgestellt. Das Siedlungsmuster mit seiner vierstufigen Hierarchie und seiner fehlenden scharfen Scheidung zwischen Stadt und Land entspricht diesem Muster ebenso wie der ikonographische Befund, der einen weiträumigen Export des Staatskults von Tiwanaku erkennen läßt.²⁴

Ein Beispiel für die Entwicklung zum Hyper-Oikos ist das an der peruanischen Küste gelegene Chan Chan, die Hauptstadt der Chimu.²⁵ Obwohl der Vorläufer dieses Staates, die Mochica-Kultur, bereits klare Anzeichen einer Funktionsdifferenzierung im dualistischen Sinne aufweist, und obwohl auch Chan Chan selbst eine solche

²³ Vgl. A. L. Kolata (s. A 13), S. 173 f., 169, 98 f., 132 ff.

²⁴ Vgl. ebda., S. 243 ff.

²⁵ Vgl. M. E. Moseley / K. C. Day (Hrsg.), Chan Chan: Andean Desert City, Albuquerque 1982; J. R. Topic / M. E. Moseley, Chan Chan: A Case Study of Urban Change in Peru, in: Nawpa Pacha 21 (1983), S. 153–172; A. L. Kolata, The Urban Concept of Chan Chan, in: M. E. Moseley / A. Cordy-Collins (Hrsg.), The Northern Dynasties. Kingship and Statecraft in Chimor, Washington 1990, S. 107–144.

Phase durchlaufen zu haben scheint (Early Chimu 2), sind diese Züge in Late Chimu 2 wieder verschwunden – möglicherweise aufgrund von Bodenveränderungen und Flutkatastrophen im Zusammenhang mit El Niño, die eine Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion im gewohnten Maßstab unmöglich machten.²⁶ Die Herrscher entschieden sich, nur den Kern der Anlagen zu restaurieren und die marginalen Zonen verfallen zu lassen. Das auf diese Weise freigesetzte Arbeitskräftepotential wurde für militärische Zwecke verwendet. Um 1300 wurde der südliche Nachbarstaat im Casma-Tal unterworfen; um 1400 folgten die Lambayeque-Region und der Norden bis Tumbes, die über einen erheblichen Reichtum an Statusgütern verfügten. Die Chimu begnügten sich nicht einfach mit der Unterwerfung dieser Gebiete, sondern zwangen die handwerklichen Spezialisten, nach Chan Chan zu übersiedeln, dessen Einwohnerzahl dadurch sprunghaft auf 30 000–35 000 stieg. Im 14. Jh. war Chan Chan mit einer Kernzone von 6 qkm und einem Siedlungsareal von 20 qkm zur größten Stadt Südamerikas geworden, die auch in ihrer architektonischen Gestaltung einzigartig war. Mit der Einschränkung allerdings, daß es die politischen und ökonomischen Erfolge der Herrscher waren, die Umfang und Komplexität dieser Architektur bestimmten, »not internal or independent mechanisms of population growth«.²⁷

Das auffallendste Merkmal dieser Architektur war die Vereinigung der religiösen und der politisch-administrativen Funktionen in einem einzigen neuen Typ, den sogenannten *ciudadelas*. Bei diesem Gebäudetyp handelt es sich um große, von der Außenwelt abgeschlossene Adobe-Komplexe, die über ausgedehnte Speicherräume, Labyrinth von Korridoren und administrative Knotenpunkte verfügten. Da jede dieser insgesamt zehn *ciudadelas* Begräbnisplattformen aufweist, ist es wahrscheinlich, daß es sich um die Paläste der Herrscher handelt, die hier mit ihren Lineages residierten; in Übertragung eines Konzepts aus der vorderorientalischen Archäologie könnte man sie als »institutionelle Haushalte« bezeichnen. Diese bildeten keine Stadt, sondern ein Ensemble von Oiken, die dem Herrscherdienst gewidmet waren – und zwar nicht nur dem Dienst an den lebenden, sondern auch an den verstorbenen Herrschern.²⁸ Öffentliche Plätze für Gruppenrituale wie in Chiripa oder Tiwanaku fehlten gänzlich; sie waren ersetzt durch »enclosed spaces, directly incorporated into a specific lord's residence«.²⁹ Im Zentrum dieses Ensembles gab es zwar einen freien Raum, doch bildete dieser eher eine Lücke zwischen den Palästen; »its architectural image is that of a void.«³⁰ Das öffentliche Leben hatte sich in die geschlossenen, von außen

²⁶ Vgl. A. L. Kolata (s. A 25), S. 139.

²⁷ A. L. Kolata (s. A 20), S. 357.

²⁸ Vgl. G. W. Conrad, The Burial Platforms of Chan Chan: Some Social and Political Implications, in: M. E. Moseley / K. C. Day (s. A 25), S. 87–117.

²⁹ J. D. Moore (s. A 22), S. 794.

³⁰ M. E. Moseley, Structure and History in the Dynastic Lore of Chimor, in: ders. / A. Cordy-Collins (s. A 25), S. 1–42, 23.

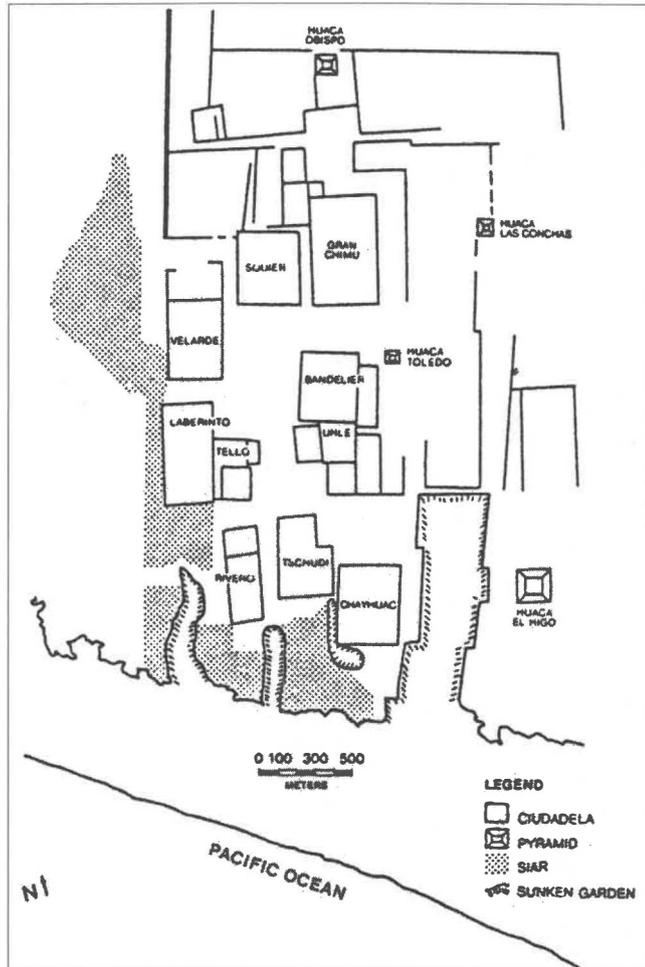
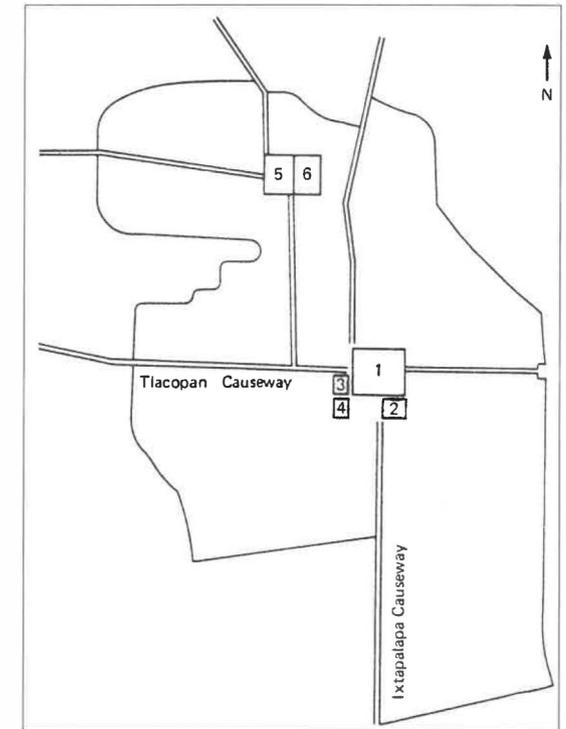


Abb. 3: Chan Chan in Late Chimú 2.
Quelle: A. L. Kolata (s. A 25), S. 115.

nicht absehbaren Paläste zurückgezogen und spielte sich nur mehr in Form von genau kontrollierten Beziehungen zwischen Herrschern und Untertanen ab.

Für den Übergang zur traditionellen Stadt bietet Südamerika keine Beispiele. Eine Herauslösung der Marktökonomie aus den charismatisch legitimierten Institutionen hat hier nicht oder nur in Ansätzen stattgefunden. Tendenzen in diese Richtung finden sich aber in Mesoamerika, etwa in Teotihuacan, das auf seinem Höhepunkt im 6./7. Jh. n. Chr. mindestens 125 000, möglicherweise sogar 150 000 bis 200 000 Einwohner besaß und die gewaltigste Monumentalarchitektur des präkolumbianischen Amerika hervorbrachte. Ein anderes Beispiel ist Tenochtitlan, die Hauptstadt der »Azteken«. Die Stadt, erst Mitte des 14. Jhs. gegründet, hatte am Vorabend der spanischen Eroberung eine Ausdehnung von 12–15 qkm und eine Bevölkerung in der

Abb. 4: Tenochtitlan-Tlatelolco 1519. Tempel (1), Paläste von Moctezuma Xocoyotzin (2), Axayacatl (3), Cihuacoatl (4), Zeremonialkomplex von Tlatelolco (5), Markt- platz (6).
Quelle: F. F. Berdan (s. A 33).



Größenordnung von Teotihuacan. Wie in anderen mesoamerikanischen Städten findet sich auch hier die ubiquitäre Gliederung in vier Bezirke, bei der jeder Bezirk sein eigenes Zeremonialzentrum besitzt und das Muster der Gesamtanlage wiederholt.³¹ Ebenso klar erkennbar ist das Nebeneinander von Palast und Tempel, das für die Entwicklungsstufe der archaischen Stadt steht. Der Tempel, *axis et imago mundi*, materialisierte *cosmovisión*,³² lag im Zentrum in einem ummauerten, quadratischen Areal, in das nach der Schätzung von Cortez sehr gut eine Stadt von 15 000 Einwohnern hineingepaßt hätte. In direkter Nachbarschaft befanden sich die Paläste der Herrscher Moctezuma Xocoyotzin und Axayacatl sowie derjenige des Cihuacoatl, des Stellvertreters des Herrschers.³³ Das Kräfteverhältnis zwischen Palast und Tempel war, wie in

³¹ Vgl. W. Bray, *The City-State in Central Mexico at the Time of the Spanish Conquest*, in: *Journal of Latin American Research* 4 (1972), S. 161–185, 176.

³² Vgl. J. Broda u. a. (s. A 13), E. H. Boone (Hrsg.), *The Aztec Templo Mayor. A Symposium at Dumbarton Oaks* 1983, Washington 1987.

³³ Vgl. F. F. Berdan, *The Aztecs of Central Mexico. An Imperial Society*, New York etc. 1982 S. 10 f.; E. E. Calnek, *The Internal Structure of Tenochtitlan*, in: E. R. Wolf (Hrsg.), *The Valley of Mexico: Studies in Prehispanic Economy and Society*, Albuquerque 1976, S. 287–302; K. Tyrakowski, *México-Tenochtitlan um 1520*, in: *Die alte Stadt* 24 (1997), S. 85–109.

Prestigegüter-Systemen üblich, durch eine Depotenzierung des letzteren bestimmt. Nicht nur investierten die Azteken einen deutlich geringeren Teil ihrer gesellschaftlichen Arbeitskraft in religiöse Bauwerke als etwa noch Teotihuacan.³⁴ Sie vertrauten auch weit mehr politisch-militärischen als religiösen Mitteln.³⁵ Der offizielle Staatskult war ein Synkretismus, der klar darauf kalkuliert war, die Unterworfenen wie die potentiellen Feinde in Furcht und Schrecken zu versetzen, darüber hinaus auch die lokalen Eliten an das Zentrum zu binden.³⁶

Um Tenochtitlan zu verstehen, muß man indes über die Merkmale der archaischen Stadt und des Prestigegüter-Systems hinausgehen. Die Stadt lag auf einer Insel im See von Mexiko, und obwohl die Azteken ein ingenüses System entwickelt hatten, auch unter diesen Bedingungen noch Landwirtschaft zu betreiben – die sogenannten *chinampas* –, reichten die Erträge doch nicht aus, um eine so große Einwohnerschaft zu versorgen. Deshalb mußten in großem Umfang Nahrungsmittel importiert und teils auf redistributivem Weg, teils auf dem Marktweg an die Verbraucher weitergeleitet werden. Man schätzt, daß von den 30–40 Millionen kg Mais, die Tenochtitlan jährlich benötigte, ca. 18,5 Millionen aus Tributen und Renten stammten, während der Rest auf kommerziellem Wege in die Stadt gelangte – eine Zahl, die deutlich auf die ökonomische Zentralplatzfunktion verweist, die Tenochtitlan für das Hochtal von Mexiko besaß.³⁷ Auf dem Markt von Tlatelolco fanden sich täglich 20 000 bis 25 000 Käufer und Verkäufer ein, an besonderen Tagen auch die doppelte Menge. Besucherzahl und Warenangebot waren so überwältigend, daß sie nach Ansicht der spanischen Beobachter selbst Rom und Konstantinopel in den Schatten stellten.³⁸

Mit anderen Worten: Wir haben es neben dem öffentlichen Sektor (Palast/Tempel) mit einem privaten Sektor zu tun, dessen Bedeutung für die Wirtschaft und das Wachstum der Stadt von Fachleuten erheblich höher veranschlagt wird als diejenige des Staates.³⁹ Noch anders gesagt: Obwohl Tenochtitlan noch klar die Grundlinien einer archaischen Stadt erkennen läßt (wie auch die Herrschaftsstruktur noch die des archaischen Staates bewahrt), ist es doch bereits auf dem Weg zu einem anderen Typus, der traditionellen Stadt. Die Conquista hat diesen Weg abrupt unterbrochen.

³⁴ Vgl. E. Pasztor, Texts, Archaeology, Art and History in the Templo Mayor, in: E. H. Boone (s. A 32), S. 451–462, 457.

³⁵ Vgl. J. Marcus (s. A 14), S. 209 ff.; W. T. Sanders / D. Webster (s. A 14), S. 535.

³⁶ Vgl. W. Bray, Civilising the Aztecs, in: J. Friedman / M. Rowlands (s. A 15), S. 373–398, 392; R. F. Townsend, Coronation at Tenochtitlan, in: E. H. Boone (s. A 32), S. 371–410, 404 f.

³⁷ Vgl. F. F. Berdan (s. A 33), S. 22.

³⁸ Vgl. ebda., S. 41 f.; R. Hassig, Trade, Tribute and Transportation, Norman 1985, S. 110 ff.

³⁹ W. T. Sanders / R. S. Santley, A Tale of Three Cities: Energetics and Urbanization in Pre-Hispanic Central Mexico, in: E. Z. Vogt / R. M. Leventhal (s. A 14), S. 243–292, 273.

Ulrich Kerckhoff

Denkmal-Neunutzung zwischen Chance und Verfremdung Das Beispiel Festung Germersheim*

Die Stadt Germersheim (Speyerer Stadtrecht 1276) war bereits im Mittelalter über vier Jahrhunderte lang befestigt, bis die Stadtmauer im Jahre 1674 zerstört und ohne heute erkennbare Reste beseitigt wurde. Ihren Wiederaufstieg erlebte die Stadt erst ab 1816 als Kreisstadt der bayrischen Pfalz. In diese Zeit fallen auch schon erste Überlegungen, die Stadt als Bundesfestung in den Aufbau einer Festungslinie gegen Südwesten zwischen Landau und Rastatt einzubeziehen, besonders zur Sicherung des Brückenkopfes über den Rhein. Die Planung erfolgte ab 1832 durch Friedrich Ritter von Schmauß, der Bau von 1834 bis 1861. Als die Festung fertig war, teilte sie das Schicksal vieler ähnlicher Anlagen: Sie war überholt von der Waffentechnik. Als Bundesfestung wurde sie schon 1866 aufgehoben, danach aber nicht unmittelbar geschleift wie etwa im benachbarten Landau, das mit der Beseitigung der Festung ab 1872 den Weg für die grandiose Ringstraßen-Bebauung ebnete. Die Germersheimer Festung wurde erst zu Beginn der 20er Jahre zu etwa 9/10 beseitigt. – Sehen wir, was übrig blieb.

Das Festungssystem ist das der neupreußischen Grabenwehr, auch Kaponiersystem genannt. Von den ursprünglich sechs Fronten ist allein die Fronte Beckers im Kern erhalten. Daneben sind erhalten: die Kernbauten zweier Grabenwehren (hinter dem Zeughaus und in der Theobald-Kaserne) sowie die beiden Haupttore, das Weißenburger Tor und Ludwigstor, 1838 unter Fr. von Gärtner errichtet. Wälle und Gräben mit Bauten der Wassernutzung sind größtenteils völlig geschleift, in einem kleinen Teil bis zur Unkenntlichkeit in der Natur oder in neuen baulichen Anlagen aufgegangen. An Stelle der Vorwerke – sieben der ursprünglich zehn sind noch benennbar – liegen heute Industriegebiete, das städtische Stadion, ein US-Army-Depot und der Bauhof der Stadt. Jenseits des Rheins, teils auf badischem Gebiet, treffen wir idyllische Reste von Vorwerken an, die sich eher wie ein Altrheinarm ausnehmen denn als Teil einer ehemaligen Festung (Brückenkopf) – ohne erkennbare bauliche Reste.

Von den Defensivbauten ist mehr erhalten, waren sie doch in ihrer Größe und neutralen Form immer unmittelbar nutzbare Bauten:

– Die Stengel-Defensionskaserne beherbergt noch eine Einrichtung der Bundeswehr-Logistik; früher auch mit Lager und Fuhrpark, heute eher in Büronutzung mit ver-

* Vortrag auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt zum Thema »Neunutzung von Denkmalen« am 13.9.1997 in der Mitgliedsstadt Mosbach.

waister Laderampe, großen Toren und leeren Hallen. Hier ist ein Umbau für verstärkte Büronutzung der Bundeswehr in Planung.

- Die Seysell-Defensionskaserne beherbergt heute einen Teil der Universität Mainz (Fachbereich für angewandte Sprach- und Kulturwissenschaften). Hier finden wir also funktionsbedingte Um- und Anbauten seit etwa drei Jahrzehnten. – Die vorgelegerte Lünette ist in Privatbesitz. Sie wird bis unter den First als Baustoff- und Müllzwischenlager genutzt.
- Proviantamt, Lazarett und Militärgefängnis sind ebenfalls Defensivbauten, auch sie wurden für Bundeswehr-Nutzung umgebaut, aufgestockt und für neue Nutzungen rigoros verändert (Rampen und Tore, Betondecken, Fahrstühle usw.). Das Gefängnis erhält bald als Einstieg in die Neunutzung der Stadtkaserne öffentliche Funktionen – nicht als Gefängnis, sondern für gemeinnützige Zwecke (Schul- und Seminarräume).
- Das Zeughaus mit seiner Grabenwehr kam vergleichsweise glimpflich davon und wurde vor wenigen Jahren Deutsches Straßenmuseum; nebenan hat sich ein Stück der Carnot'schen Mauer erhalten.
- Im Stadtgebiet stehen wenige Bauten der Festungsverwaltung, heute meist in behördlicher oder Wohnnutzung – ihre frühere Funktion innerhalb der Festung ist den Gebäuden selbst nicht mehr zu entnehmen.

Übrig blieb also ein eher zufälliges Konglomerat baulicher Anlagen, verstreut über das Stadtgebiet – ein schwieriger Patient denkmalpflegerischer Bemühungen. Denn ihm fehlt das Ganze. Ihm fehlt die Anschaulichkeit, die Nachvollziehbarkeit ursprünglicher Funktion und Ausdehnung. Andererseits sind die Reste aber doch wesentlich zu groß, um rein museal genutzt oder gar denkmalpflegerisch ignoriert werden zu können. Sie sind also zwangsläufig neu zu nutzen. Wo liegt nun das denkmalpflegerische Interesse bei einem so schwierigen Patienten? Wo liegen die Chancen der Neunutzung, wo die Grenzen?

Neben den Gebäuden selbst stellen Zuständigkeiten und die Besitzverhältnisse immer die wichtigste Bedingung unseres Handelns dar. Deshalb vorab einige Worte dazu, unabhängig von der baulichen Substanz: Die Person des Besitzers, die dem Denkmalpfleger als »Verfügungsberechtigter« eines Kulturdenkmals entgegentritt, entscheidet über Wohl und Wehe des Denkmals stärker, als dies gemeinhin angenommen oder auch im theoretischen Rahmen der Denkmalpflege erörtert wurde. Auf diese Gegebenheit hat die Denkmalpflege natürlich keinen Einfluß, sie ist dennoch die wichtigste Voraussetzung für »gute Denkmalpflege«.

Ebenso fällt auch der Person des zuständigen Gebietskonservators eine bestimmte Rolle zu. Sie hat die »reine Lehre« des Substanzschutzes ebenso wie das Gesetz zu vertreten und bringt ihre Erfahrungen wie ihre Persönlichkeit ein. Hätte sie nur bauliche Erfahrung, Kenntnis über denkmalwerte Substanz und denkmalrechtliches Verfahren, so würde dies nicht ausreichen. Takt und Gespür für die Situation sind meist



Abb. 1: Germersheim, Kommandantur und Hauptstraße um 1915 (Fotoarchiv Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz).

wichtiger und wesentlicher für den Erhalt von Kulturdenkmälern. So weiß(?) »die Denkmalpflege« natürlich immer, wie man es hätte besser machen sollen, nur darf »der Denkmalpfleger« dies sicher nicht immer sagen.

Der Charakter des Kulturdenkmals – all das, was seine Substanz, seinen Wert, seine Ausstrahlung kennzeichnet – wird auf Gedeih und Verderb vom Charakter, vom Geschmack derjenigen geformt, die damit umzugehen haben, in freudvoller Zusammenarbeit wie in leidvoll dauerndem Kampf. Die Denkmalpflege entpuppt sich oft nur als Wegbegleiterin, die vielleicht das »Schlimmste« – was immer darunter im Einzelfall zu verstehen ist – verhindern kann, die aber auch das nach langen Mühen in zwanzig Ortsterminen und dem letztinstanzlichem Urteil erreichte »Zweitschlimmste« selten glücklich macht.

Im Falle der Festung Germersheim hat das Landesamt in dem vergangenen Jahrzehnt in der Stadtverwaltung einen Partner, der sich der großen Aufgabe der Neunutzung der Festungsreste ernsthaft stellt. Dieses ist nicht selbstverständlich und daher zu loben. Sich der Aufgabe stellen, heißt primär, die Festungsreste als Teil der Stadtgeschichte als auch städtebauliche Chance zu begreifen, auch unter den bekannt finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen.

Die Konversion gibt der Stadt große Bereiche zurück, die bisher eher am Rande wahrgenommen wurden. Die Teile der Festung aber, die schon länger in städtischem

Besitz stehen, etwa das Ludwigstor und seine Umgebung, sind längst vorzeigbare Bestandteile des städtischen Selbstverständnisses, eben das Postkartenmotiv: historischer Bau in Grünanlage. Auch der Hof der Fronte Beckers ist seit einigen Jahren stimmungsvoller Veranstaltungsort für Freiluftkonzerte. Sie wird derzeit Jugendzentrum und städtische Musikschule. Hier ebenso wie beim Zeughaus mußten wir für die neuen Nutzungen Substanzverluste hinnehmen.

Aber: wir waren im Vorfeld der Planungen und sind bis ins Detail bei der Bauausführung eingebunden. Hier erscheint uns Verlust von Substanz nicht als Verfremdung, sondern als hinnehmbar für den Erhalt und die Zukunft des Kulturdenkmals. Auch vor Beginn der Planungen für die Neunutzung der Konversionsflächen Theobald- und Stadtkaserne sind wir aus denkmalpflegerischen wie städtebaulichen Gründen frühzeitig beteiligt worden. Dieses war bei allen anderen Bauten der Festung und ihren Neunutzungen im vergangenen dreiviertel Jahrhundert nicht der Fall.

Denn Neunutzung zwischen Chance und Verfremdung dauert hier schon 75 Jahre, meist abgekoppelt von denkmalpflegerischen Überlegungen. Zutaten dieser Zeit überlagern die Bauten und schmälern ihren Denkmalwert. Mit der Konversion fällt der Stadt nun ungewünscht, jedoch akzeptiert, ein ganzes Stadtviertel in den Schoß, dem man sich mit Geduld, Fachverstand und der nötigen Portion Souveränität widmet. Auch letzteres ist nötig, sonst verzagt man vor der Größe.

Militärische Flächen sind in der Regel Fremdkörper in einer Stadt, sind exterritoriales Gebiet, eine Stadt in der Stadt: »Vorsicht Schußwaffengebrauch«. Eine solche Fläche nun der Stadt zurückzugeben, das lange Geschlossene aufzuschließen und mit neuen Nutzungen der Stadt, dem urbanen Leben anzubieten, ist eine städtebauliche Aufgabe ersten Ranges, vergleichbar der Rückholung von ehemaligen Industriegebieten in die Stadt, wie sie allorten ansteht. Und die Gebäudesubstanzen selbst sind ebenso geschlossene Kubaturen. Sie verschließen sich heutigen Vorstellung von Licht, Luft und Sonne geradezu widerborstig. Die Wände sind zu dick, die Fenster zu klein, die Räume zu hoch oder zu niedrig, die Treppenhäuser zu selten, und Garagen und Balkone waren in ihrer Entstehungszeit nicht notwendig, heute aber um so dringender. Die Gebäude vieler Konversionsflächen, die als Reste der Festung auch Kulturdenkmäler darstellen, vereinfachen also das Problem für eine Stadt sicher nicht.

Unser Wunsch an die Planung war:

1. Substanzerhalt aller Baulichkeiten aus der Entstehungszeit der Festung,
2. Beseitigung störender Zu- und Umbauten mit dem
3. Ziel der Verdeutlichung der funktionalen und baulichen Zusammenhänge der Festung und
4. einheitliche und qualitätvolle »Handschrift« in den unvermeidbaren Zutaten, die formal und bautechnisch langfristig standhalten können.

Die städtebauliche Rahmenplanung dehnt nun die gegebene städtische Struktur (Rastersystem) auf die neuen Brachflächen aus. Räume und Plätze werden erhalten, bzw.



Abb. 2: Germersheim, Lageplan 1990: 1: Fronte Beckers, 2: Zeughaus mit Grabenwehr, 3: Grabenwehr der Theobaldkaserne, 4: Ludwigstor, 5: Weißenburger Tor, 6: Stengel-Kaserne, 7: Seyssel-Kaserne, 8: Proviantamt, Lazarett, Gefängnis, 9: Carnot'sche Mauer, V: Vorwerk (Fotoarchiv Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz).

geschaffen. Sie erleichtern die Erlebbarkeit der ursprünglichen Zusammenhänge und ermöglichen in sinnvollen neuen Funktionen die Nutzung der Gebäude im städtischen Umfeld. Auch in der Gestaltung der Landschaftsteile werden vorhandene Spuren von Wall und Graben wieder deutlicher gemacht. Eine Rekonstruktion wird nicht angestrebt, sondern eine Revitalisierung zu neuen Zwecken.

Ständig werden Denkmäler neu genutzt und dadurch wieder zum Leben erweckt. Sie werden neu genutzt, weil sie primär Bauten sind, weil Bauten einem Zweck zu dienen haben. Ein Zweck ändert sich, er erübrigt sich oder er entsteht neu. Kann man in einer Um- oder auch in einer Neunutzung überhaupt den Denkmalwert erhalten? Ist es nicht ein Widerspruch in sich?

Denn was bleibt vom Denkmalwert, wenn ein Arbeiterwohnhaus für ehemals vier Arbeiterfamilien nun eine Wohnung für zwei gut verdienende Personen wird? Was bleibt vom Denkmalwert, wenn eine Villa in sechs Wohneinheiten mit Aufzug aufgeteilt wird, der Garten die 2-geschossige Tiefgarage und darüber weitere zwölf Wohneinheiten im Neubau aufnimmt? Die Wohnfunktion bleibt, trotzdem ist das Denkmal verfremdet.

Und was bleibt vom Denkmalwert, wenn ein Gefängnis zum Studentenwohnheim wird, der Gefängnishof zur Ladenpassage? Was bleibt vom Denkmalwert – außer der wärmegeämmten Hülle – wenn der städtische Schlachthof städtische Bücherei wird? Was bleibt vom Denkmalwert, wenn die Fabrik »Kulturfabrik« wird – was die dort inszenierte Oper auch nicht besser macht, aber den »Erlebniswert« steigert, bis auch er fad wird. Die Funktion ändert sich, die neue Nutzung ironisiert aber geradezu die ursprüngliche. Ist hier Verfremdung – wenn man sie denn empfindet – nicht durchaus positiv die Chance, die Voraussetzung zur Erhaltung?

Bei vielen dieser Projekte steht der Denkmalpfleger in der Reihe der »Mittäter«. Jeder behauptet, das Beste für das Denkmal herausgeholt zu haben. Manch interessierte Öffentlichkeit, mancher Kollege gar reibt sich gelegentlich erstaunt die Augen: Das Beste herausgeholt, wohl wahr, aber wo ist der Denkmalwert geblieben?

So betrachtet oft auch der inventarisierende Denkmalpfleger, der den Denkmalwert erkannte und festhielt, die Arbeit des praktischen Denkmalpflegers, der diesen Wert zu erhalten versucht, mißtrauisch oder auch gar nicht mehr. Die Nachvollziehbarkeit der ursprünglichen Bedeutung, die den Denkmalwert neben der baulichen Substanz begründet, ist nach einer üblichen Renovierung (»schöner Wohnen im Denkmal«) geschmälert, sicher auch verfremdet, manchmal auch ad absurdum geführt.

Trauen wir uns nun an das verfremdete Denkmal, den Angelpunkt unseres gemeinsamen Interesses? Verfremdung umfaßt die Unglück verheißende Vorsilbe »ver-« und das irritierende Wort »fremd«, in der Summe also etwas Grundschlechtes für unser Denkmal. Aber wo denn beginnt genau die Verfremdung? Kennt ein jeder seine Denkmäler so genau, daß er punktgenau sagen kann, bis hierher geht die Chance, jenseits beginnt die Verfremdung?

Verfremdung kann im Alltag unserer Arbeit jede klassische Entscheidung des Denkmalpflegers bedeuten – über Sanierungskonzept, Funktionskonzept, Abbruch, Ergänzung, Anstrich, Deckung, Fensterteilung. Jede Entscheidung kann die für denkmalwert erachtete Substanz schmälern und ihre Erscheinung verfremden – wenn man es denn dafür hält. Denn ist es nicht alltägliche Verfremdung *mit* Beteiligung der Denkmalpflege, im Fachwerkhaus die Einscheibenfenster der 60er Jahre durch »denkmalgerechte« Fenster mit kuscheliger Bleisprosse und altneuen Drehkipp-Beschlägen in Verbundkonstruktion zu ersetzen? Die Umnutzung des Stalles zum »rustikalen Wohnraum« mit Kamin und Orientteppich zu dulden (bis der Salpeter wieder aus der Wand tritt)? Das rauhe Backsteinmauerwerk der ehemaligen Fabrik für kammermusikalische Darbietungen mit Akustikputz zu überziehen?

Und ist es nicht alltägliche Verfremdung *ohne* Beteiligung der Denkmalpflege, im Kulturdenkmal die »denkmalverträgliche« Fußbodenheizung zu installieren, industriellen Stuck im Treppenhaus des schlichten Bauernhauses des mittleren 19. Jahrhunderts anzukleben, im ganzen EG durchgehend den unsäglich auf »rustikal« getrimmten Fliesenboden für DM 19,95 aus dem Baumarkt zu verlegen? Das geschieht



Abb. 3: Germersheim, Zeughaus heute (Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz).

ohne denkmalfachliche Beratung in jeder Minute! Und das ist die alltäglich tolerierte Verfremdung, bei der sich weder der – mit Verlaub – »gute Geschmack« regen noch die Hand zurückzucken darf bei der Unterschrift unter die Steuerbescheinigung zur erhöhten steuerlichen Abschreibung für Aufwendungen an Kulturdenkmälern. Denn diese Unterschrift bestätigt die Aufwendungen als »denkmalpflegerisch sinnvoll« – ein Kuckucksei. Die denkmalpflegerische Akzeptanz von Um-/Neunutzung eines Kulturdenkmals birgt in der Regel den ersten Schritt zur Verfremdung – wenn man es denn dafür hält.

Die Verfremdungen im Inneren eines Kulturdenkmals merkt kaum jemand, außer der völlig verbildete und weltferne Denkmalpfleger vom Landesamt. Die Untere Schutzbehörde, so sie überhaupt besetzt und sogar fachlich interessiert ist, hat in der Regel schon wesentlich weniger Probleme damit. Die Gerichtsbarkeit mag man in solchen Punkten nicht mehr auf die Probe stellen. Zu zahlreich sind die schmachvollen Niederlagen, die auch den Denkmalpfleger im Spannungsfeld zwischen Oberverwaltungsgericht, Heimwerkeralltag und der reinen Lehre der Denkmalpflege täglich formen und auf das Niveau des baupraktischen und gestalterischen Alltages herunterführen.

Die Chance für das Kulturdenkmal liegt in der Nutzung, da allein sie dauerhaften Unterhalt und damit Bewahrung gewährleistet. Diese Chance ist jedem Denkmal zu

wünschen. Die Denkmalpflege akzeptiert dafür täglich Substanzverlust, auch Verfremdung. Verfremdung aber scheint eine Frage der Toleranzschwelle zu sein. Eine Toleranzschwelle ist subjektiv, damit ist sie beweglich. »Verfremdung – wenn man es denn dafür hält.« Denn wer eigentlich stellt Verfremdung fest, wer reklamiert Erhalt des Ursprünglichen, wer beschwert sich über störende Zutaten?

In nichtöffentlichen Räumen, wie gesagt, nur der erwähnte Denkmalpfleger, der den Mund nicht halten mag. Im öffentlichen Raum ist es eine kleine interessierte Schar meist aus dem Feld überregionaler Fachverbände, der regionalen und lokalen Geschichts- und Heimatvereine, Bürgerinitiativen (die es kaum noch gibt), der Archive und Museen. Oder es ist der nie zu unterschätzende Nachbar. Nur hier wird »Verfremdung!« festgestellt, wird Behebung eingefordert. Welcher Maßstab prägt dieses Empfinden von Verfremdung?

Verfremdung beginnt nach meiner Erfahrung, wo Taktlosigkeit allgemein erkennbar und damit als störend empfunden wird. Man denke an den schwierigen baurechtlichen Begriff der Verunstaltung. Dabei ist das individuelle, das subjektive Empfinden von Geschichte und Bedeutung, von Gestalt und Material, von Form und Farbe maßgeblich. Somit hat jeder auch seine eigene Vorstellung von Denkmalpflege, von dem, was sie ist, kann, darf, soll und muß. Das selbstgerechte »Das ist doch keine Denkmalpflege!« oder das vorwurfsvoll-fordernde »Wo war denn da die Denkmalpflege?!« sind die typischen Äußerungen in diesem Zusammenhang.

Doch kehren wir vom Subjektiven zum Versuch des Objektiven zurück. Verfremdung beginnt in der taktlosen oder gar rücksichtslosen Überforderung denkmalwerter Substanz in der Planung und endet in unkundiger Ausführung. Mangelnde Qualität des Entwurfes ist eine geläufige Form der Rücksichtslosigkeit. Überforderung ist der zu große Anspruch an die neue Funktion im alten Gebäude. Beispiele: zehn Wohneinheiten in der alten Villa, Vollzug der Wärmeschutzverordnung in Burg, Kloster oder Fachwerkhause, Verwirklichung heutiger Vorstellungen von Innenarchitektur im barocken Bürgerhaus.

Überforderung ist der sicherste Weg zur Verfremdung. Taktvolle und geduldige Annäherung an die Substanz sollte ausreichen, Kulturdenkmäler in ihrer neuen Nutzung nicht zu überfordern. Takt und Geduld sind selten. Denn die Regel ist der ohne Rücksicht auf die Substanz aufgestellte Katalog neuer Funktionen, die auf Gedeih und Verderb im Kulturdenkmal »untergebracht werden müssen« – damit es sich lohnt, damit Fördergelder fließen können, damit auch der Dachstuhl, der Garten endlich genutzt werden kann. Takt oder das Gespür für das Angemessene und Mögliche sind keine Kriterien mehr. Kriterien sind Rentabilität, Legislaturperiode und Gewährleistungsfrist.

Denn ein breiter oder verlässlicher Konsens im Empfinden setzt allgemein gültige Wertmaßstäbe jenseits dieser Kriterien voraus. Diese Maßstäbe sind nicht vorhanden, wenigstens nicht mehr allgemein gültig. Der Verlust der Werte wird tatsächlich schon

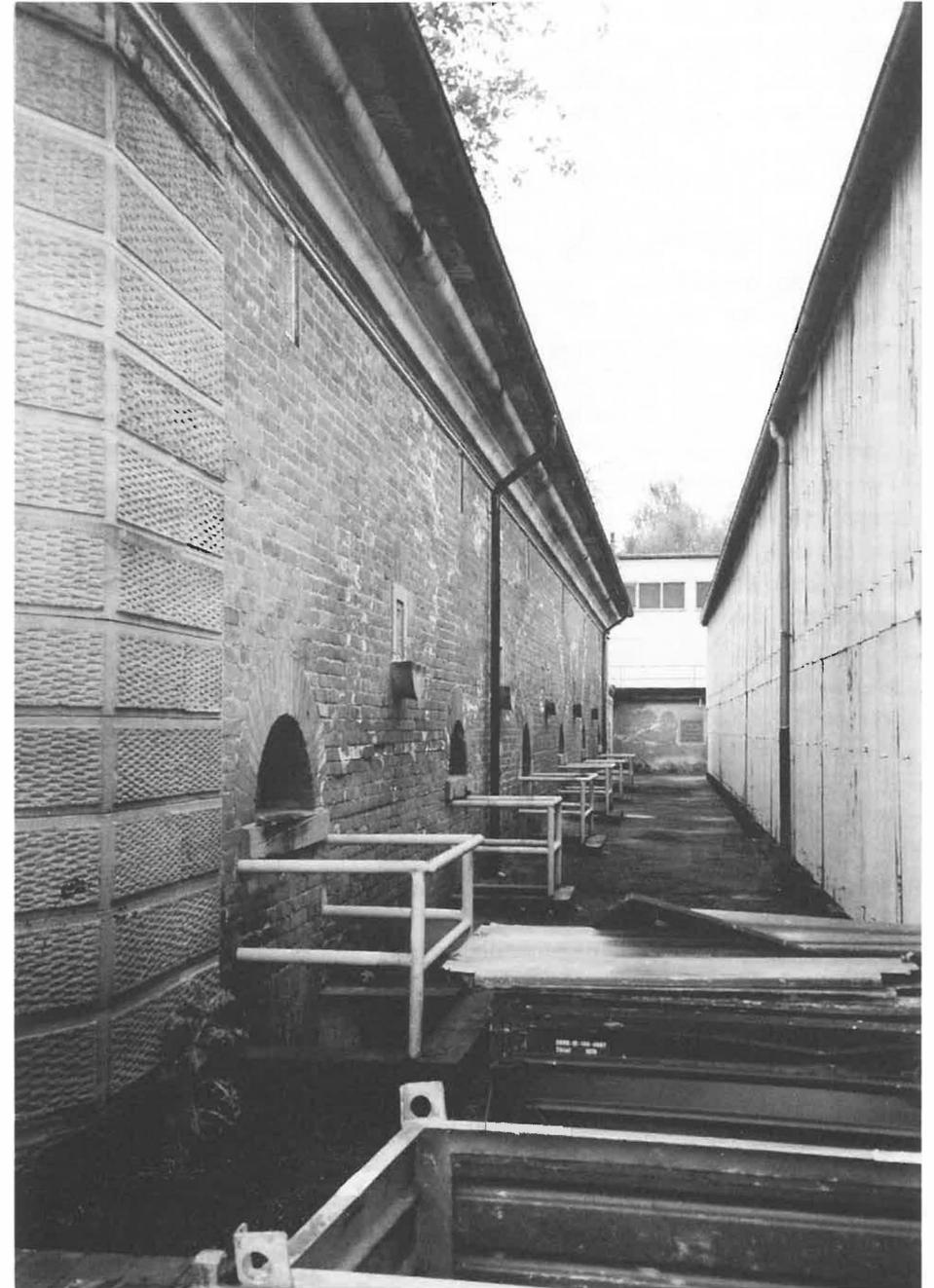


Abb. 4: Germersheim, Grabenwehr der Theobald-Kaserne.

als gesellschaftlicher Mangel empfunden, was den Verkauf einschlägiger Bücher fördert, nicht aber »ruck«-artig eine öffentliche Diskussion. Und die Denkmalpflege ist durchaus längst Teil dieser gesellschaftlichen Irritationen, ist doch auch hier gelegentlich Unsicherheit zwischen Wollen und Können, zwischen Ideal und Realität festzustellen.

Die Umnutzung der Festungsreste in Germersheim war und ist von unserer Seite zu begrüßen. Der städtebauliche Rahmenplan respektiert denkmalpflegerische Belange. Er wird große Teile der noch erhaltenen Bauten und damit die Geschichte der Stadt wieder sichtbar machen.

Die Umnutzung ehemaliger Festungsbauten gewährleistet ihre Erhaltung. Doch sie zieht auch Substanzverluste nach sich – gerade die Öffnung bisher geschlossener Bauten und Areale kann als Verfremdung empfunden werden. Dies schmerzt im Einzelfall durchaus, aber ich halte es mit Rücksicht auf das Ganze und auf die Zukunft dieser Kulturdenkmäler und ihrer Bedeutung für die Stadt für richtig und hinnehmbar. Dieses wurde auch der fachlich fundierten Kritik entgegengehalten. Die Bauten haben in ihren neuen Nutzungen die Chance, wieder stärker in das öffentliche Bewußtsein der Stadt zu treten, entfalten damit in Zukunft hoffentlich mehr Wirkung als im Dornröschen-Schlaf der vergangenen Jahrzehnte, den sie im übrigen nicht unbeschadet wie Dornröschen überstanden. In der Pflicht zum Bewahren hat die Denkmalpflege meines Erachtens auch die Aufgabe, sich dem Gestalten eines Hauses oder einer Stadt für die Gegenwart und für die Zukunft zuzuwenden. Rein retrospektiv kann Denkmalpflege nur in Isolation oder im resignativen Sarkasmus enden, mitleidig oder auch schadenfroh belächelt von einer ursprünglich durchaus wohlwollenden Öffentlichkeit.

Denkmalneunutzung ist ebenso alltäglich wie die Denkmalverfremdung. Beides aber ist die notwendige Chance für den Bau zu überleben – wenn auch als Denkmal mit immer weiter gestutzten Flügeln. Die subjektiv mögliche Empfindung von Verfremdung begleitet jede Maßnahme an Kulturdenkmälern. Vom Denkmalpfleger, der geprägt ist von viel Skepsis und immer noch viel Hoffnung, wird aber dennoch absolute Treffsicherheit erwartet in seiner Entscheidung über ein Vorhaben. Er hat Verfremdung – wenn man es denn dafür hält – zu vermeiden und dennoch die Chance zur Neunutzung zu ergreifen. Es ist nicht ganz einfach. Keine seiner Entscheidungen kann und will und darf aber über jeden Zweifel erhaben sein.

Winfried Mönch

Das Dunkel am Ende des Tunnelgebirges

Denkmalschutz und »Stuttgart 21«.

Eine Polemik und ein Literaturhinweis

Stuttgart Hbf, hrsg. vom VEREIN ZUR FÖRDERUNG UND ERHALTUNG HISTORISCHER BAUTEN E.V. STUTTGART, Selbstverlag 1997. Mit einem Beitrag von Hans Peter Münzenmayer und einem Beitrag von Mai Ehlers, Erhard Kinzelbach und Till Schweizer, 24 S., zahlr. Ill. [ohne ISBN]. Zu beziehen über Frank Schweizer, Justinius-Kerner-Straße 32, 72070 Stuttgart, zum Preis von DM 5,- zuzüglich Porto und Verpackung.

Der Vorsitzende der Deutschen Stiftung Denkmalschutz Prof. Dr. Gottfried Kiesow hat einmal in Hinblick auf die Denkmalpflege eine schöne Metapher gebraucht. Er entnahm sie dem Strafprozeßrecht. Das »Denkmal« sei demnach generell »angeklagt«, weil »es nicht mehr so recht in die Zeit« passe, »unmodern und zu teuer geworden« sei. Es stehe einfach »im Wege« und behindere »den Verkehr«. Bei diesem fiktiven Verfahren sind die Rollen klar verteilt. Der Denkmalpfleger sei »nicht der Richter, sondern der Pflichtverteidiger«. Dieser müsse, wenn schon »nicht Freispruch, dann doch mindestens Bewährung auf zehn Jahre fordern«. Letztlich sei es aber die »Politik«, die als »Richter« entscheide.¹

»Stuttgart 21« ist das Pilotprojekt für zahllose »21-Projekte« der »privaten« Deutschen Bahn Aktiengesellschaft. Der Fortschritt der Bahnbetriebstechnik ermöglicht es, heute auf große Flächen der alten Bahnanlagen zu verzichten. Da die nun nicht mehr benötigten Bahngelände in Citylagen liegen, verspricht die Verwertung der aufgegebenen Grundstücke satte Gewinne. Städtebauliche »Filetstücke« warten auf den »Verzehr« durch kapitalhungrige Investoren. Aus den Erlösen, die sich aus diesen Grundstücksspekulationen ergeben, will man den Ausbau des ICE-Hochgeschwindigkeitsnetzes der DB AG finanzieren.

Für die Stadt Stuttgart knüpft sich an dieses Vorhaben noch die Vision einer neuen »City«, die auf dem Gelände der abgeräumten Bahnanlagen entstehen soll. »Stuttgart 21« soll ein vollkommen neuer Stadtteil werden, der neben dem alten historischen zum neuen »modernen« Zentrum der Stadt überhaupt aufsteigen soll. Hochglanzbroschüren der städtischen Verwaltung propagieren eine verheißungsvolle städte-

¹ Warum stören Ruinen die deutsche Idylle, Herr Professor Kiesow?, in: Frankfurter Allgemeine, Magazin, H. 910 v. 8. 8. 1997. S. 44 f.

bauliche Zukunft.² Die Gegner von »Stuttgart 21« melden sich hauptsächlich mit der Kritik der bahntechnischen »Sachzwänge« zu Wort³ oder entwickeln alternative Vorstellungen, wie der bestehende Bahnhof modernisiert und damit erhalten werden könnte.⁴

Die »Bundespolitik«, die staatliche und kommunale »Politik« standen bis auf den einzigen Vertreter der ÖDP im Stuttgarter Gemeinderat von Anfang an mehr oder weniger geschlossen hinter dem Projekt. In einem Gewaltmarsch ohnegleichen wurden die Planungen seit April 1994 durch die Institutionen gepeitscht. Mit einer beispiellosen Medienkampagne, in deren Dienst sich auch die lokale Presse willfährig stellen ließ, sollten irgendwelche Zweifel an »Stuttgart 21« schon im Vorfeld niedergebügelt werden.

Doch in Hinblick auf die Realisierung von »Stuttgart 21« gibt es zwei wesentliche Schutzbelange, die weit über den regionalen Bezug hinausreichen: Zunächst geht es um den Schutz der Mineralwässer, die dem Stuttgarter Stadtteil Cannstatt den Ehrentitel »Bad« eingetragen haben. Der Bau der Tunnel und der unterirdischen Bahnhofoanlagen erfolgt in einer geologisch so instabilen Situation, daß es wohl als Wunder angesehen werden muß, wenn diese einmaligen Mineralwasservorkommen durch den Bau von »Stuttgart 21« nicht beeinträchtigt werden sollten. Mit schwerstem wissenschaftlichem Geschütz wird derzeit das Risikopotential, wenn schon nicht als vernachlässigbar gering, so doch als technisch »beherrschbar« hingestellt.

Zweitens handelt es sich um den Schutz von Kulturgütern. Darunter zählen Bauten und Gärten, die durch das Projekt betroffen sind. An deren Gefährdung läßt selbst die »Umweltverträglichkeitsuntersuchung«, die im Auftrag der zukünftigen Bauherren entstanden ist, keine Zweifel mehr. Schloß Rosenstein mit Rosensteinpark, Oberer und Mittlerer Schloßgarten sowie Teile des Unteren Schloßgartens werden demnach zum »Teilverlust«. Durch den Bau von »Stuttgart 21« sei eine sehr hohe »Eingriffschwere« in den Bestand der innerstädtischen Gärten gegeben. Die Parks repräsentieren aber historisches und städtebauliches »Urgestein« der Stadt Stuttgart. Ihre künstlerische Ausformung erhielten die Anlagen durch die württembergischen Könige im 19. Jahrhundert. Ist ihr kunstgeschichtlicher Wert schon kaum zu überschätzen, so wird ihr Erholungswert für die Stuttgarter Bürger selbst von der genannten Studie als immens eingestuft. Der »Rosensteinpark und die Schloßgärten« böten für »viele Bür-

² Vgl. z.B. Stuttgart 21. Städtebauliches Gutachten, Zusammenstellung A. Seehrich-Caldwell, Stuttgart 1997 (Reihe Stuttgarter Beiträge) und R. Stephan, Stuttgart 21. Entwürfe für die neue Stadt, hrsg. von der Landeshauptstadt Stuttgart 1996.

³ Vgl. W. Wolf, Stuttgart 21, Hauptbahnhof im Untergrund? Streitschrift wider Stuttgart 21, Filder-Bebauung, hrsg. von der Initiative für eine bessere Bahn und H. Mohnheim, 2. erw. Aufl. Köln 1996 (Bücher für bessere Bahnen 1).

⁴ Vgl. A. Klaus (Red.), Das bessere Stuttgart 21. Kritische Analyse des Projekts und Präsentation zukunftsfähiger Alternativen, Stuttgart 1996.

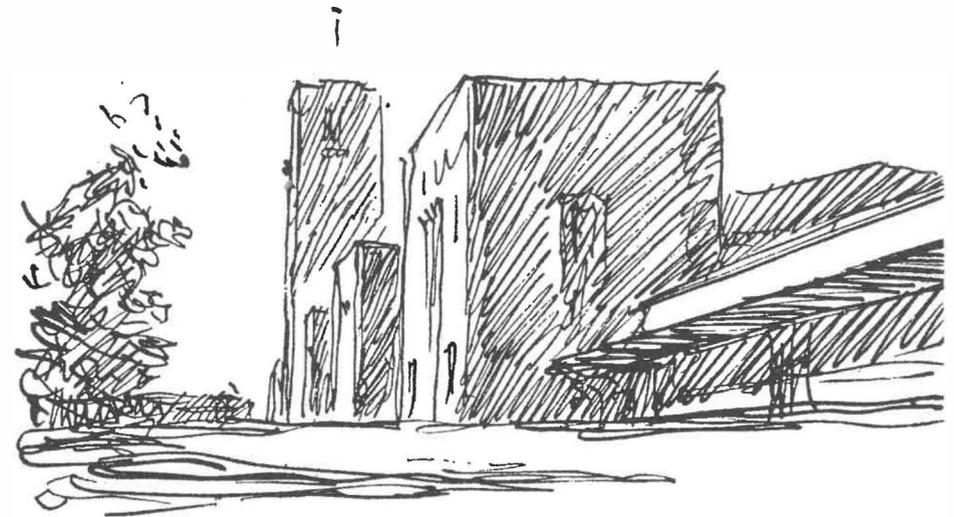


Abb. 1: Ein Flügel des Bonatzbahnhofes, der abgerissen werden soll. Die Abbildung ist den Erinnerungen von Paul Bonatz, »Leben und Bauen«, entnommen, die 1950 in Stuttgart erschienen sind. Die Zeichnung von Bonatz zeigt den Südflügel des Bahnhofes mit Bahnhofsturm und den verschiedenen Vor- und Zwischenbauten an der damaligen Ludwigsburger bzw. an der heutigen Cannstatter Straße. Die Innenstadt von Stuttgart befindet sich links hinter dem großen Bahnhofsturm. Die »Tunnelgebirge« kann man sich rechts außerhalb des Bildes vorstellen (Bild: Württ. Landesbibliothek Stuttgart).

ger die einzige Möglichkeit, in einer zumutbaren Entfernung einen Freiraum zu erreichen.«⁵ Die Studie macht weiter deutlich, daß der Rosensteinpark durch ein Tunnelportal und einen weit zum Neckartal sich öffnenden Voreinschnitt schwer geschädigt werde. Die Mittleren Schloßgartenanlagen werden durch den Neubau eines Durchgangs- anstelle des bestehenden Kopfbahnhofs ihres Charakters als Englischer Garten beraubt.

In der Vergangenheit gab es starke Wechselwirkungen zwischen Bahnhofs- und Schloßgartenanlagen. Der Bestand der einen sicherte die Zukunft der anderen. Beide Flächen fungieren zusammen als Frischluftschneise für den Talkessel von Stuttgart. Die ökologische Funktion beider Anlagen ist evident.⁶

⁵ Stuttgart 21. DB Projekt. Abstimmungen mit den Belangen der Raumordnung. Umgestaltung des Bahnknotens Stuttgart [...] Teil III; Umweltverträglichkeitsuntersuchung. Untersuchungsbericht. [...] Westheim, Stuttgart: igi Niedermeyer Institute. Untersuchen Beraten Planen GmbH, November 1996. S. 5/11, S. 5/159, S. 5/162, S. 7/22.

⁶ Vgl. auch F. Bartl, Stuttgart Hauptbahnhof. Empfangsgebäude und Bahnsteigüberdachung im Kontext der Architektur- und Konstruktionsentwicklung, Stuttgart: Inst. für Baukonstruktion, Lehrstuhl 1, 1990 (Schriftenreihe Baukonstruktion 24), S. 427.

Zugleich mit dem Eingriff in die Parkanlagen erfolgt eine weitgehende Zerstörung eines Kulturdenkmals, das Matthias Roser 1987 als »ein vergessenes Meisterwerk der Architektur« bezeichnet hat.⁷ Es handelt sich dabei um den Stuttgarter Hauptbahnhof von Paul Bonatz (1877–1956). Der Architekt und sein Bauwerk werden auch in der Ausstellung »Renaissance der Bahnhöfe« ausführlich gewürdigt.⁸ Doch Ausstellung und begleitender Katalog sollten die intellektuelle Munition liefern, mit denen der Bonatzbahnhof sturmreif geschossen werden sollte. Der Bonatzbahnhof steht selbstverständlich unter Denkmalschutz. Selbst der architektonische Chefideologe der »21-Projekte« Prof. Dipl.-Ing. Meinhard von Gerkan ging ursprünglich davon aus, daß das »Baudenkmal des Bonatzbahnhofs durch diese Maßnahmen (d. h. »Stuttgart 21« W.M.) nicht verändert werden« dürfe. Diese bemerkenswerte Äußerung tat er in dem Begleitkatalog zur genannten Ausstellung. Die DB AG als Organisator der Ausstellung und von Gerkan als Verfasser des Aufsatzes »Renaissance der Bahnhöfe als Nukleus des Städtebaus« tischten hier ein grandioses Verfalls- und Erlösungsszenario auf. Die heutigen Bahnhofsviertel werden in dem Katalog als »wahre Pestbeulen« der Städte geschildert. Das »Arme-Leute-Image«, das sich mit den alten Bahnhöfen verbinde, könne und müsse ausgemerzt werden. Mittel dafür seien die neuen Bahnhöfe der »21-Projekte«. Einschlägige Vorhaben in verschiedenen Städten – u. a. Berlin, Frankfurt, Köln, München und Stuttgart – werden in »Computeranimationen« vorgestellt. Der Katalog zeigt rechnergenerierte Stadtlandschaften und Luftfotos aus dem Computer, die in ihrer öden Farbigkeit und ihrer nichtssagenden Bauklötzchennästhetik die Grenze zwischen CAD und CAC, zwischen »Computer Aided Design« und »Computer Aided Confusion« fließend erscheinen lassen.

Ironischerweise gab es aber aus verschiedenen historischen Gründen in Stuttgart überhaupt kein einschlägiges »Bahnhofsviertel«, das durch »Arme-Leute-Syndrom, Drogenszene und Rotlichtviertel« gebeutelt worden wäre.⁹ Der Bahnhof lag vor der eigentlichen »City« und war durch die die Schloßgartenanlagen auf der einen Seite und der relativ unverdichteten Bebauung auf der anderen so flankiert, daß er gleichsam im »Grünen« lag. Ein Hauptargument Gerkans für die »21-Projekte«, nämlich die soziale Aufwertung der verfallenen Bahnhofsbereiche, gilt somit für »Stuttgart 21« also nicht einmal. Bemerkenswerterweise durfte jedoch im Katalog von »Renaissance der Bahnhöfe« auch auf die Erhaltungswürdigkeit der Bahnhofsanlagen generell hingewiesen werden.

⁷ M. Roser, der Stuttgarter Hauptbahnhof. Ein vergessenes Meisterwerk der Architektur, Stuttgart 1987.

⁸ *Bund Deutscher Architekten (BDA)* (Hrsg.), Renaissance der Bahnhöfe. Die Stadt im 21. Jahrhundert, in Zusammenarbeit mit M. von Gerkan, Braunschweig 1998.

⁹ M. von Gerkan, Renaissance der Bahnhöfe als Nukleus des Städtebaus, in: Renaissance der Bahnhöfe (s. A 8), S. 17–63, hier S. 41, 57.

Der Kunsthistoriker und Denkmalpfleger in Leipzig Stefan W. Krieg legte in dem genannten Katalog mit seinem Aufsatz »Bahnhöfe und Denkmalpflege« die Hand in eine offene Wunde. Er beginnt seinen Aufsatz mit den Worten: »Das Thema Eisenbahn und Denkmalpflege ist nicht immer sonderlich erfreulich.« Das ist es wahrlich nicht. Krieg betont ausdrücklich den besonderen denkmalpflegerischen Stellenwert des Bonatzbahnhofs. Dessen Denkmalwert bezieht sich nicht nur auf das Empfangsgebäude selbst, sondern auch auf die gleistechnischen Bauten, die den Bahnhof überhaupt erst zum Funktionieren bringen. Der Bonatzbahnhof gliedert sich funktional und denkmalpflegerisch gesehen in zwei Bereiche. Zum einen handelt es sich um den architektonischen Bereich des Empfangsgebäudes mit seinen großen Hallen und weiten Seitenflügeln. Auf der anderen Seite ist die Verkehrsinfrastruktur der Schienenstraßen gesondert zu betrachten. Für letztere begann man sich erst spät zu interessieren.

Ausgeklügelte Über- und Unterführungen ermöglichen einen kreuzungsfreien Schienenverkehr in drei Richtungen. Diese »Tunnel- oder Schienengebirge«, wie man sie genannt hat, sind eine ingenieurtechnische Meisterleistung, die die bahnbetriebstechnische Leistungsfähigkeit des Stuttgarter Kopfbahnhofes bis heute mit großen Reserven sichergestellt haben. Der Entschluß für »Stuttgart 21« und einen Durchgangsbahnhof bedeutet aber auch den Abbruch dieser Anlagen und die spekulative Verwertung der Grundstücke. Krieg kommt am Ende seiner Untersuchung in Hinblick auf den Hauptbahnhof in Stuttgart im allgemeinen und auf die »Tunnelgebirge« im besonderen zu dem Schluß, daß die »Zurückstellung denkmalpflegerischer Aspekte hinter zweifelhafte städtebauliche Hoffnungen« einen »Verlust« zuließen, der »schwerer wiegt« als alle übrigen geplanten Abbrüche im Rahmen der »21-Projekte«.¹⁰

Ein Denkmalschutzkollege von Krieg wies in Stuttgart ebenfalls auf die besondere Schutzwürdigkeit der technischen Bahnanlagen hin. Der Referent für technische Kulturdenkmale beim Landesdenkmalamt Baden-Württemberg Dr. Hans Peter Münzenmayer hat die »Schienengebirge« einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Der Titel seines Aufsatzes in der Schrift »Stuttgart Hbf« ist ein Zitat aus der Entstehungszeit des Bonatzbahnhofs, das nach wie vor seine Gültigkeit hat: »Der Stuttgarter Bahnhof ist als Ganzes eine wichtige Pionierleistung« (S. 10). Münzenmayer beschreibt detailliert die Eisenbahnbrücken und die komplexen Gleisüberschneidungen, die aus Beton gegossen wurden, als eine »epochemachende Ingenieurleistung«.

Der Ort der Veröffentlichung von Münzenmayers Arbeit wirft aber ein bezeichnendes Licht auf die amtliche Selbstbeschränkung der denkmalpflegerischen »Pflichtverteidiger«. Münzenmayers Beitrag erschien nämlich nicht im amtlichen Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes, das unter dem Titel »Denkmalpflege in Baden-Württemberg« erscheint, sondern in der Schriftenreihe eines privaten Vereins. Der

¹⁰ S. W. Krieg, Bahnhöfe und Denkmalpflege, in: Renaissance der Bahnhöfe (s. A 8), S. 232–241, hier S. 233, 240.

»Verein zur Förderung und Erhaltung historischer Bauten e.V.« hat sich in Stuttgart um den Erhalt vom Abbruch bedrohter Gebäude sehr verdient gemacht. Doch die Reichweite seiner Publikationen kommt natürlich an die einer Fachzeitschrift nicht heran. Neben den Adressaten in der Forschung ist Münzenmeyers Arbeit sicher auch für viele Vertreter aus der großen Gemeinde der Eisenbahnfreunde von Interesse, denn hier werden Schienenlandschaften gezeigt, die sonst nur selten zu sehen sind.

Die »Politik« hat entschieden, die »Tunnelgebirge« abzureißen. Im Interview mit Prof. Kiesow war auch davon die Rede, daß der Denkmalschutz eine Art von »Spurensicherung« sei. Wenn gesicherte »Spuren« dann nicht einmal adäquat publiziert werden, ist es um die Öffentlichkeitswirksamkeit des Denkmalschutzes in Baden-Württemberg wahrlich schlecht bestellt. Auf Anfrage erklärte das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, daß man von einer Veröffentlichung der Arbeit Münzenmeyers im Nachrichtenblatt des Amtes »angesichts des laufenden fortgeschrittenen Verfahrens« abgesehen habe.¹¹

Bei diesem »fortgeschrittenen« Verfahren handelte es sich wohl um den Realisierungswettbewerb für den neuen Bahnhof, in dessen Preisgericht auch das Landesdenkmalamt mit zwei »Beratern« allerdings ohne Stimmrecht vertreten war.

Anfang November 1997 ist der Wettbewerb entschieden worden. Das Neubauprojekt bedeutet neben der Abtragung der »Schienengebirge« einen schweren Eingriff in die Mittleren Schloßgartenanlagen und in die bestehende Bausubstanz des Empfangsgebäudes. Für den Neubau müssen die Seitenflügel des Bonatzbaues vollständig amputiert werden. Dieser steht dann als Torso und ausgebeintes Monument seiner selbst funktionslos in der Gegend.

Chancen, wenigstens Teile des »Tunnelgebirges« einer neuen Nutzung zuzuführen, sind gleich Null, obwohl es Vorschläge gäbe, die wenigstens einen Teilerhalt zuließen. Die drei anderen Autoren des vorgestellten Heftes »Stuttgart Hbf« sind Architekturstudenten, die Ideen entwickeln, wie das »Schienengebirge« im Rahmen der Planungen von »Stuttgart 21« einzufügen wäre.¹² Die Arbeit von Ehlers, Kinzelbach und Schweizer »Stuttgart 21, Fehler, Potentiale, Ziele« gehört also in die bekannte Kategorie »Mitgemacht, um Schlimmeres zu verhüten«. Stellenweise liest sich die Arbeit wie »kritische Architektenprosa«. So wenn etwa festgestellt wird, daß »Stuttgart 21« von einem »technokratischen Planungswillen und einer romantischen Sehnsucht nach der europäischen Stadt des 19. Jahrhunderts geprägt« sei (S. 16). Mag man dem einen noch zustimmen, so bleibt beim anderen Problem doch die Frage, welches »Bild« vom 19. Jahrhundert unter Architekten heute eigentlich vorherrscht.

¹¹ Der Präsident des Landesdenkmalamtes Prof. Dr. D. Planck in einem Brief vom 11. 11. 1997 an den Verfasser.

¹² Vgl. I. Lehmann, Städtebauprojekt Stuttgart 21. Vom »Nabel Schwabens« zum Baudenkmal ohne Funktion, in: Ecoregio, H. 11 (November) 1997, S. 33–35.

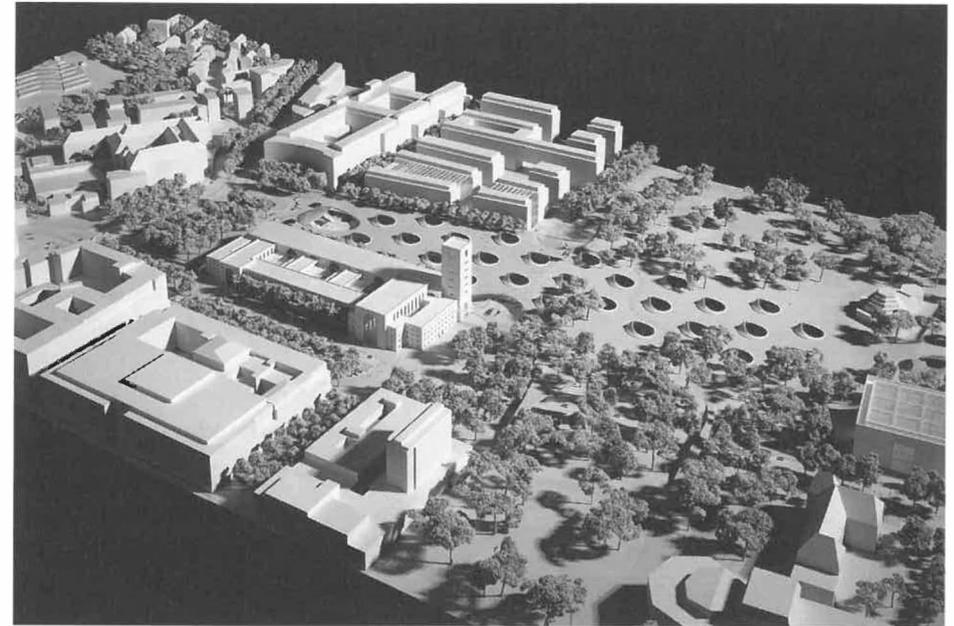


Abb. 2: Modellfoto des Bahnhofsentwurfes von »Ingenhoven, Overdiek, Kahlen und Partner«, wie er zur Ausführung in Stuttgart bestimmt ist. Der Bonatzbau, dem seine Flügel amputiert werden sollen, wirkt nun vollkommen unproportioniert. Die »Oberlichter« des neuen unterirdischen Bahnhofes werfen in den Mittleren Schloßgartenanlagen »Maulwurfshügel« auf und zerstören damit den bestehenden Park. Am 4. November 1997 fand die entscheidende Preisgerichtssitzung statt, die über die Form des Neubaus bestimmte. In der Jurybeurteilung des Realisierungswettbewerbes hieß es über die Ausführungsempfehlung: »Die Belange der Denkmalpflege müssen noch einmal überarbeitet werden, wobei jedoch eine kreative Weiterentwicklung und Anpassung des Bonatzschen Gebäudes an die neue Bahnhofssituation unumgänglich ist« (Bild: DBProjekt GmbH Stuttgart 21).

Das Preisgericht des Realisierungswettbewerbes verwarf bezeichnenderweise jeden der zahlreichen Neubauentwürfe, die den Erhalt der Seitenflügel erlaubt hätten. Gefragt war keine Architektur, die behutsam mit der bestehenden historischen Substanz umgegangen wäre, sondern eine »identitätsstiftende«. Gerdezu paradox war dann das Endergebnis. Das »junge Team« des siegreichen Architektenbüros »Ingenhoven, Overdiek, Kahlen und Partner« aus Düsseldorf projektierte keine irgendwie geartete großräumige Glasarchitektur, sondern einen Untergrundbahnhof, der sich durch Tragwerke nach den Entwürfen des Stuttgarter Architekten Frei Otto Licht und Luft zu verschaffen versucht. Diese »natürlichen« Konstruktionen verströmen den Charme umgestülpter Zeltdächer, die statt zum Himmel zu ragen, nun nur noch die Funktion von weitgespannten Abdeckplanen haben. Es entsteht eine Landschaft aus fünf Meter hohen angeschrägten Licht- und Lufthöckern (»Bullaugen«). Für einen

Fußgänger bietet sich das Gebiet zukünftig als Anhäufung von »Panzerhindernissen« dar oder als Parcours erloschener »Vulkankegel«. Aus der Luft erscheint das Bauwerk als Trichterfeld eines fachgerecht verlegten Bombenteppichs. In einer schrägen Draufsicht ließe sich die »filigrane« Struktur auch als überdimensionierter Gurkenraspel interpretieren. Das siegreiche Büro sah das in seinem Erläuterungsbericht natürlich ganz anders: »Der Schloßgarten ist das grüne Herz Stuttgarts. Die Baumaßnahmen für den Bahnhof bieten die Chance, der Stadt mehr Schloßgarten zurückzugeben.«¹³ Es stellt sich nur die Frage, ob das dann überhaupt noch »Garten« ist.

Geradezu als Hohn muß es jetzt anmuten, daß die lokale Presse nun nach dem Denkmalschutz ruft, weil der Entwurf ja nur folgerichtig auch die große Bahnhofshalle auf weite Strecken aufreißen und mit Galerien und Einkaufspassagen verzieren will. Ausgerechnet die Architekturreporterin der »Stuttgarter Zeitung« fordert in diesem Fall, und bezeichnenderweise nur in diesem, »das energische Veto des Denkmalschutzes«.¹⁴

Stuttgart hat eine lange und traurige Tradition der eigenen Stadtzerstörung. Eine in der Stadt allgemein grassierende Geschichtsfeindlichkeit personifiziert sich auch in der großen Zahl der »Ewig Übermorgigen«, die jedes störende historische Bauwerk der Stadt als »alts Glomp« diffamieren.¹⁵ Weite Teile der Stadtverwaltung tragen eine historische Ignoranz als Ausdruck besonderer »Modernität« stolz zur Schau. In Stuttgart steht das Etikett »Denkmalschutz« fast schon synonym für die erste Stufe der Abbruchgenehmigung. Man suhlt sich inbrünstig in »schwäbischer Provinzialität«. Mit dem Argument, auf »Weltniveau« zu kommen, huldigt man einem wahren »Abrißkult«. Man möge sich einmal vorstellen, was in München los wäre, wenn der Englische Garten zum Tunneldeckel degradiert würde?

Zwei Beispiele für Stadtzerstörung nach dem Zweiten Weltkrieg, die einen ähnlichen Stellenwert wie das Projekt von »Stuttgart 21« haben, seien beispielhaft genannt. Der Schockenbau von Erich Mendelsohn mußte 1960 trotz weltweiter Proteste bedeutender Architekten einer Straßenverbreiterung weichen. Das Kronprinzenpalais wurde abgerissen, um einen Straßendurchbruch zu ermöglichen. Der »Kleine Schloßplatz« entstand an Stelle eines herrschaftlichen Palastes. Der »Platz« ist heute eine zwei Stock hohe Betonplatte, die als Deckel für eine inzwischen nicht mehr gebrauchte Straßenunterführung dient. Diese wurde dann zum beliebten Pennertreff.

¹³ Hauptbahnhof Stuttgart. Realisierungswettbewerb, in: Glas, Architektur und Technik 3 (Heft 6, 1997), Sonderdruck S. 4.

¹⁴ A. Sayab, Schwäbische Haltstation, in: Stuttgarter Zeitung, Nr. 256 vom 6. 11. 1997, S. 29. Man beachte den typisch verniedlichenden Titel, der auf ein bekanntes Volkslied anspielt. Dabei geht es bei dem Projekt ja schließlich nicht um einen x-beliebigen Bahnhof der »Schwäbischen Eisenbahnen« irgendwo in der Provinz, sondern um den Hauptbahnhof im Zentrum des Bundeslandes.

¹⁵ Vgl. M. Metschies, »Erweiterter«, gewandelter oder unveränderter Denkmalsbegriff?, in: Die Alte Stadt 23 (1996) Heft 3, S. 219–246, hier S. 234.



Abb. 3: Schnitt durch die projektierte neue Bahnsteighalle. Rechts neben dem Bahnhofsturm erkennt man hinter dem Gebüsch die bestehende Querbahnsteighalle, über die derzeit der Zugang zu den Gleisen erfolgt. Das gelöcherte Dach der unterirdischen Bahnsteighalle mit seinen »Lichtaugen« soll als städtebauliches Scharnier zwischen der bestehenden City und dem neuen Stadtteil »Stuttgart 21« dienen (Bild: DBProjekt GmbH Stuttgart 21).

Das städtebauliche Konzept empfand man in den 1960/70er Jahren allerdings als so bahnbrechend, daß das Bauwerk den »Paul Bonatz Preis« für architektonische Meisterleistungen erhielt. Die Plakette, die diese Auszeichnung an dem Bauwerk ursprünglich dokumentierte, ist inzwischen verschwunden.

Als die Pläne zum Abriß des Schockenbaues von Mendelsohn damals ruchbar wurden, stellte sich die Fachschaft Architektur der damaligen Technischen Hochschule Stuttgart an die Spitze einer Protestbewegung, die, wenn auch nicht erfolgreich so doch weite Kreise zog. Heute dagegen wird der Vernichtung eines intakten, funktionsfähigen und voll modernisierbaren Kulturgutes schweigend zugeschaut.

Als Mitte der 1970er Jahre im Reichsbahnhotelflügel des Bonatzbaues die »Sprossenfenster« ersetzt werden sollten, erschien im Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes ein ausführlicher Bericht über diesen denkmalpflegerischen Frevel. Das Landesdenkmalamt versuche, so wurde berichtet, auf den Erhalt des alten Zustandes hinzuwirken. Der »Fall« sei »noch nicht abgeschlossen«, meinte Denkmalpfleger Hus-

sendörfer in bezug auf die damals anstehende »Fensterfrage«.¹⁶ Heute scheint der Fall Bonatzbau dagegen schon endgültig abgeschlossen zu sein. Vielleicht kann aber ja das Landesdenkmalamt noch im Sinne einer »Kompensation« darauf hinwirken, daß die herausgerissenen Sprossenfenster wieder an ihre angestammte Stelle an den einzigen nicht vom Abbruch bedrohten Bahnhofsflügel kommen.

Von seiten des Stadtkonservators von Stuttgart war nur zu vernehmen, daß die »Denkmalschützer« den Abbruch der Seitenflügel des Bonatzbaues »nicht gerne« sähen.¹⁷ Wenn die Flügel des Bonatzbaues fallen, ist es für die organisierte Denkmalpflege wohl kaum mehr glaubhaft vermittelbar, warum die Bürger keine Satelliten-schüsseln auf dem Dach installieren dürfen, oder warum sie keine Panoramascheiben in ihre Fachwerkhäuschen einbauen sollten.

Der neue projektierte Bahnhof im Untergrund hat wahrlich auch einen »Paul Bonatz Preis« verdient. Für die einschlägige Gedenkplakette wird man auf dem Terrain der abgeräumten Seitenflügel des Bonatzbaues sicher einen würdigen Platz finden.

Doch was macht man mit den schönen Hallen des alten Empfangsgebäudes? Klaus Humpert trägt als ehemaliger Lehrstuhlinhaber am Institut für Städtebau an der Universität Stuttgart und als Vorsitzender des Preisgerichtes wesentliche Verantwortung für »Stuttgart 21« und dessen Untergrundbahnhof. Humpert gab 1996 seine »Stadtvisionen Stuttgarts« kund, die auf einen 1994 von ihm gehaltenen öffentlichen Vortrag zurückgingen. In seinen »Visionen« äußerte Humpert die Ansicht, »ein ganz großer Fehler wäre auch einmal schön.« Konkreter wird er in Hinblick auf die Neunutzung des alten Empfangsgebäudes: »Aus dem alten Bahnhof ein Museum für Fahrzeugentwicklung zu machen«, das sei eine »kulturelle« Einmaligkeit, die »weltweit einen Ruf bekommen könnte.« Dies ist sicherlich ein reizvoller Gedanke, hat es doch Stuttgart – einmalig unter vergleichbaren Städten – ja noch nicht einmal zu einem eigenen Stadtmuseum gebracht. Bei der Realisierung von Humperts Vorschlag könnte sich Stuttgart wahrlich ein automobiles und städtebauliches Denkmal seiner selbst setzen.¹⁸

Im Sinne Kiesows ist die Arbeit von Münzenmayer über das Tunnelgebirge das Plädoyer eines Pflichtverteidigers. Der Ort seiner Disputation ist aber nicht das Gericht, das der Gerechtigkeit willen Öffentlichkeit herstellen muß. Der Ort ist höchstens die spärlich besuchte Gerichtskantine. Der Prozeß müßte demnach aufgrund von Verfahrensfehlern noch einmal ganz von vorne aufgerollt werden. Doch selbst für »Bewährung« scheint es inzwischen zu spät zu sein.

¹⁶ R. Hussendörfer, Die neuen Fenster am Stuttgarter Hauptbahnhof. Fehlentscheidung oder Präzedenzfall?, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg, Jg. 5, Heft 4, 1976. S. 156–157.

¹⁷ Vom Streit um die Substanz der Stiftskirche und dem kompletten Sockel einer Nymphe, in: *Amtsblatt Stuttgart*, Nr. 42 vom 16. 10. 1997, S. 2; vgl. auch Fahrkarte fürs Abstellgleis. Ade, alter Bahnhof. Christoph Link und Andreas Weise besuchten das größte technische Denkmal der Stadt, in: *Stuttgarter Zeitung*, Nr. 237 vom 12. 10. 1996, S. 36.

¹⁸ K. Humpert, Stadtvisionen Stuttgarts, in: A. Brunold (Hrsg.), Stuttgart. Stadt im Wandel. Vom 19. bis ins 21. Jahrhundert, Tübingen 1997, S. 160–178, hier S. 178.

Dirk Schubert

»Heil aus Ziegelsteinen« – Aufstieg und Fall der Nachbarschaftsidee

Eine deutsch-anglo-amerikanische Dreiecks-Planungsgeschichte

1. Dezentralisierung, Stadtgliederungsmodelle und die Suche nach einer Synthese zwischen Stadt und Land – 2. Das richtige Modell zur rechten Zeit: Radburn – 3. Von der Idee zum Plan und zur Realität: Nachbarschaften in England – 4. Von der Nachbarschaft zur »Ortsgruppe als Siedlungszelle« – 5. Nachbarschaften als Stadtgliederungsmodell für den Wiederaufbau

Im Zusammenhang mit dem derzeitigen Wohnungsneubauboom erlebt die Nachbarschaftsidee¹ eine Renaissance. Mit der fast sechzig Jahre alten Idee glaubt man, Lösungen für soziale, Wohnungs- und Städtebauprobleme des 21. Jahrhunderts bereitstellen zu können. Dekontextualisiert und häufig als Leerhülse verwendet, findet der Begriff (wieder) in inflationärer Weise Eingang in die städtebauliche und stadtplanerische Literatur, und in kaum einer Immobilienwerbebroschüre wird er ausgelassen. Um das »Village in the Metropolis«, das »Dorf in der Großstadt« kristallisierten sich schon seit Beginn der Verstädterung im 19. Jahrhundert großstadtfeindliche Konzepte.

Mittlerweile umgeben die Reichen in den USA ihre Nachbarschaften mit hohen Zäunen, um ihren Wohlstand zu schützen. Nach Meinung der Bewohner und Immobilienmakler geben die »gated communities« den Eigentümern das Gefühl stärkerer sozialer Kontrolle und stellen angeblich das Nachbarschaftsgefühl (wieder) her. T. C. Boyle hat diese Paranoia in seinem letzten Roman »America« eindrucksvoll literarisch beschrieben und das widersprüchliche Wunschdenken einer heilen Nachbarschaft in einer globalisierten Welt skizziert.

Ganz soweit sind wir in Deutschland (noch) nicht. Aber auch hierzulande wird aus Unwissenheit oder Berechnung das Wunschdenken nach Sicherheit und heiler Welt instrumentalisiert und bei Siedlungsprojekten werden »Nachbarschaften« mit sozialen Qualitäten gleichgesetzt. Da also kaum ein Wohnungsneubaukonzept ohne den Nachbarschaftsgedanken auszukommen scheint, lohnt es um so mehr den Ursprüngen dieses Konzeptes nachzugehen. Schon immer waren an die Nachbarschaftsidee Hoffnungen geknüpft worden, durch Formen der Manipulation der gebauten Umwelt gestaltend auf soziale Prozesse und Beziehungen einwirken zu können. Wir werden uns dabei vor allem auf den ideengeschichtlichen Kontext und Projekte in London, New York und Hamburg beziehen, da in diesen Städten in unserer Betrachtungsweise die Fäden zusammenlaufen.

¹ In den USA wird der Begriff »neighborhood«, in England »neighbourhood« geschrieben.

1. Dezentralisierung, Stadtgliederungsmodelle und die Suche nach einer Synthese zwischen Stadt und Land

Seit Beginn dieses Jahrhunderts identifizierte vor allem die sozialwissenschaftliche Forschung in Großstädten Prozesse der Vermassung und Phänomene der »Entwurzelung«. Verstädterung wurde dabei als Entwurzelung der Menschen von der Scholle und als gefährliche Ballung von bindungslosen Individuen in den Großstädten interpretiert. Während Soziologen aber mit großstadtfeindlichen Argumenten eher zurückhaltend und in der Regel nur wissenschaftlich belegt operierten, vermischten sich bei Planern belegbare Fakten mit ideologischen Wert- und Wunschvorstellungen. Die Großstadtkritik stellte den Städter als entwurzelt, beziehungslos und »nachbarlos« dar und suchte nach – häufig rückwärts gerichteten – vorindustriellen Idealen, wie Nachbarlichkeit, Bürgersinn und Familienzusammenhang. So kulminierten verschiedene Strömungen gegen die mannigfachen Schäden, die pauschal der Großstadt – nicht den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen – zugeschrieben wurden in dem Versuch Größe durch das Heilmittel der Gliederung und Kleinteiligkeit zu überwinden. Um der auseinanderdriftenden gesellschaftlichen Polarisierung entgegenzuwirken, waren in England im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, vor allem in London, bürgerliche Intellektuelle in die Elendsviertel gezogen, um hier »Nachbarschaften«, »Settlements« zu begründen. Im Wohnquartier sollten gegenseitiges Verstehen und voneinander Lernen, die Hilfe zur Selbsthilfe vermittelt und damit Solidarisierungseffekte befördert und nachbarschaftliche Beziehungen begründet werden. 1884 war im Londoner East End mit Toynbee-Hall eine Institution eingerichtet worden, die als Anlaufstelle für Sozialarbeit, Aus- und Fortbildung und für Lebenshilfe fungieren sollte. Die Bewegung der »University Settlements« fand auch in den Großstädten auf der anderen Seite des Ozeans ihre Anhänger, und schon zwei Jahre später gab es die erste derartige Einrichtung in New York.

Die Großstadtforschung, die sich in den USA und Europa gegen Ende des 19. Jahrhunderts herausbildete, lieferte systematische Beschreibungen der Armut, des Slum-Elends und der Wohnungsnot, skizzierte aber auch ideologisch unterschiedlich akzentuiert Gegenmodelle vorindustrieller Welten und angeblich intakter dörflicher Gemeinschaften. Der amerikanische Sozialtheoretiker C. H. Cooley² klassifizierte Nachbarschaften als Primärgruppen und leistete damit einer romantisierenden, rückwärtsgerichteten Großstadtkritik Vorschub. Die griffige Gegenüberstellung von Ge-

² »Of the neighborhood group it may be said, ... to the rise of modern industrial cities, it has played a main part in the primary, heart-to-heart life of the people.« Vgl. Ch. H. Cooley, *Social Organization, A Study of Larger Mind*, New York 1909, S. 25. Ähnlich argumentierte auch Woods, der Gemeinschafts- und Nachbarschaftseinheiten »künstlich« zu etablieren suchte; vgl. R. A. Woods, *The Neighborhood in Social Reconstruction*, in: *Papers and Proceedings of the Eight Meeting of the American Sociological Society*, S. 13–28.

meinschaft und Gesellschaft des deutschen Soziologen Ferdinand Toennies³ beeinflusste wiederum auch die amerikanische sozialökologische Schule um Robert Ezra Park, Ernest W. Burgess und Roderick Duncan McKenzie, die in der Masse der Großstadt Prozesse der Zusammenführung gleichartiger Individuen in »neighborhoods« (natural areas) nachzuweisen suchten.

In diesem Kontext waren Dezentralisierung, Auflockerung und Gliederung des Stadtgefüges seit Ende des 19. Jahrhunderts Standardargumente von Stadtplanern und Stadtforschern, die nicht zuletzt die Ineffizienz von Großstädten beklagten, aber auch von Großstadtgegnern, die die Metropolen prinzipiell in Frage stellten. Aber die Dezentralisierungsbemühungen blieben meist auf dem Papier, konkrete Umsetzungen erfolgten, wie etwa mit der Gründung von neuen Gartenstädten, nur selten und waren häufig philanthropisch motiviert, wie u. a. bei den bekannten Werkssiedlungen der »gentleman reformer« wie Lever in Liverpool (Port Sunlight) und Cadbury in Birmingham (Bournville). Der Magnet Großstadt, wie ihn Ebenezer Howard, der englische Begründer des Gartenstadtgedankens, dargestellt hatte, erschien schlichtweg übermächtig.

In England und Deutschland entstanden gegen Ende des 19. Jahrhunderts Konzepte, die dem rasanten, ungeordnet-chaotischem Stadtwachstum, dem »Moloch Großstadt« eine geordnetere, reformierend-gestaltete und geplantere Entwicklung entgegenstellen wollten. Frederick Law Olmstead, der bekannte amerikanische Parkplaner, schrieb von einem Europabesuch heimkehrend bewundernd über das deutsche Stadtplanungssystem: »A city plan in Germany includes in one unified project not only a surveyor's plan for the layout of streets, and so fourth, but the whole code of building regulations, health ordinances, police rules, and system of taxation in the so far as they have had a direct influence upon the physical development of the city.«⁴

Wohnungsreform, Bodenreform, Gartenstadtbewegung waren Ansatzpunkte, die zu einer geplanteren Stadtentwicklung und Stadterweiterung führen sollten. Einzelne Modellsiedlungen und Gartenstädte nach einer einheitlichen Gesamtkonzeption wurden geplant, gebaut und in der Fachpresse (immer wieder) veröffentlicht, um die Möglichkeiten planvollere Stadterweiterungen zu dokumentieren. Diese reformerischen Ideen der Vorkriegszeit fanden unter veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen in Deutschland ihren Niederschlag in einer staatlichen Wohnungspolitik nach 1918. Die Kritik an der Bauspekulation und den Mietskasernen führte nun in den zwanziger Jahren zum Bau von einheitlich geplanten großen Siedlungen. Diese »Trabanten« mit modernen Kleinwohnungen (»Licht, Luft, Sonne«) wurden von großen Bauträgern, vorwiegend auf kommunalen Grund errichtet.

³ F. Toennies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Berlin 1887.

⁴ Zit. n. M. Scott, *American City Planning since 1890*, Berkeley and Los Angeles 1969, S. 97.

1908 und 1917 die Siedlung Forest Hills Gardens errichtete.⁷ Frederick Law Olmsted Jr., der für die Planung verantwortlich zeichnete, ersetzte das vormals vorgesehene Rechteck-Blockraster durch geschwungene Straßen nach dem Vorbild von Letchworth.⁸ Die hohen Bodenpreise bewirkten allerdings, daß nur relativ teure Wohnhäuser entstanden, und die Idee einer sozial durchmischten Gartenstadt aus ökonomischen Gründen auf der Strecke blieb. Realisierte Beispiele von Garten(vor)stadtsiedlungen gab es bis auf wenige kleinere philanthropisch motivierte Siedlungen in den USA also nicht. Eine Modellsiedlung, die den USA-Gegebenheiten entsprach, erwies sich für die Reformer als dringend wünschenswert. Gegenüber dem England der Vorkriegszeit und den USA der Nachkriegszeit hatten sich inzwischen zwei für die Siedlungsplanung bedeutsame Entwicklungen vollzogen: Die Steigerung der Realeinkommen ermöglichte es jetzt breiten Kreisen der Bevölkerung, ein eigenes Heim zu finanzieren, und die zunehmende Motorisierung ermöglichte es, diesen Traum vom »American way of life« am Stadtrand zu realisieren.

Viele Planer hatten während des Ersten Weltkrieges Erfahrungen bei der Planung und Umsetzung der kriegsbedingten staatlichen Wohnungsbauprogramme in den USA gesammelt und suchten diese nun in Form von einheitlich geplanten, wohn- und sozialreformerisch motivierten Siedlungsvorhaben fortzusetzen. 1923 war die Regional Planning Association of America (RPAA)⁹ begründet worden, deren treibende Kraft Henry Wright¹⁰ in New York war. In eher informellen Treffen diskutierte ein interdisziplinär zusammengesetzter »think tank« von nicht mehr als einem Dutzend Wohnungs- und Stadtplanungsexperten, u. a. Catherine Bauer, Lewis Mumford und Clarence S. Stein, Konzeptionen und Realisierungschancen einer Siedlung, in der ihre Ziele beispielhaft umgesetzt werden könnten. 1923 hatten Clarence S. Stein, Henry Wright und der Immobilienmakler und Developer Alexander M. Bing und andere RPAA-Mitglieder Ebenezer Howard und Raymond Unwin besucht und britische Gartenstadtsiedlungen kennengelernt. Sie kehrten als »bekehrte« Jünger Howards zurück und beschlossen, mit finanzieller Unterstützung von Bing eine amerikanische Version zu realisieren. 1925 war die RPAA in New York Gastgeber der zuvor nur in Europa abgehaltenen Tagungen der International Federation for Town and Country Planning and Garden Cities. Themenschwerpunkte der Tagung waren Gartenstädte und Regionalentwicklung. U. a. nahmen Ebenezer Howard, Patrick Geddes, Barry

⁷ Vgl. V. Seyfried, Forest Hills Gardens, in: K. T. Jackson (Ed.), The Encyclopedia of New York City, New Haven & London 1995, S. 427.

⁸ R. Plunz, A History of Housing in New York City, Dwelling Type and Social Change in the American Metropolis, New York 1990, S. 117 ff.

⁹ Vgl. R. Lubove, Community Planning in the 1920's: The Contribution of the Regional Planning Association of America, Pittsburg 1963.

¹⁰ H. Churchill / H. Wright, 1878–1936, in: D. A. Krueckeberg (Ed.), The American Planner, Biographies and Recollections, New York and London 1983, S. 208 ff.

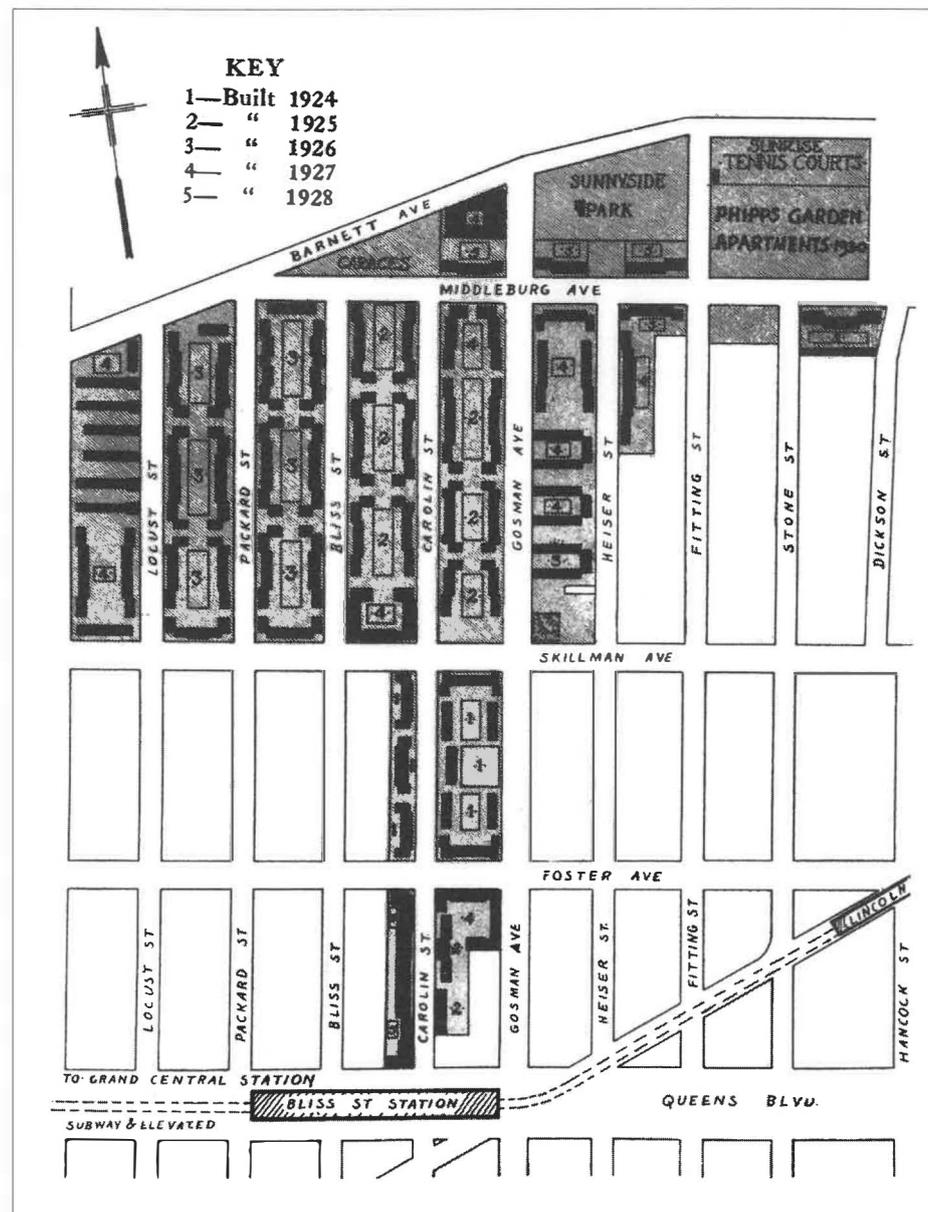


Abb. 2: Lageplan der Siedlung Sunnyside Gardens (bis 1928).

Parker und Raymond Unwin an der Tagung teil, um die Ideen der RPAA zu protegierten.¹¹

1924 hatte die RPAA einen Ableger, die City Housing Corporation (CHC) gegründet, die mit einer begrenzten Dividende die Synthese zwischen Theorie und Praxis bewerkstelligen und das Projekt einer Modellsiedlung auf den Weg bringen sollte. Die Gesellschaft erwarb 1924 ein Grundstück in Queens, und Clarence S. Stein und Henry Wright begannen mit der Planung und dem Bau von Sunnyside Gardens. Da das Blockraster durch die Erschließung bereits vorgegeben war, bestand nicht die Möglichkeit, auf andere gartenstadtähnliche Parzellierungen zurückzugreifen. 1928 war das Projekt fertiggestellt und hatte sogar einen Gewinn abgeworfen. Ca. 1200 Wohneinheiten wurden realisiert, und durch die gute Anbindung nach Manhattan erwies sich das Projekt als sehr erfolgreich. Neben Lewis Mumford, Perry Como und Bix Beiderbecke lebten hier auch andere bürgerliche Intellektuelle und Künstler in der ersten geplanten »garden community«. Mit Ende des Ersten Weltkrieges war das Fehlen eines Stadt- und Regionalplanes für New York, inzwischen größte Stadt und bedeutendstes Handels- und Finanzzentrum der Welt, immer offenkundiger geworden. Die zunehmende Motorisierung, neue Tunnel-, Brücken-, und Straßenverbindungen mit dem Umland hatten Einwohnerverluste in Manhattan und Suburbanisierungsprozesse befördert, so daß die regionale Dimension der Planung zunehmend bedeutsamer wurde. Unabhängig – und später von der RPAA heftig kritisiert – war Anfang der zwanziger Jahre eine privat finanzierte Organisation, die Advisory Commission on City Planning¹², unter der Federführung von Charles Dyer Norton mit der Erarbeitung eines Regional Plan of New York and its Environs betraut.¹³ Raymond Unwin, der damals wohl bekannteste Stadtplaner der Welt, hatte beratend an dem Planwerk mitgewirkt. Nach dem frühen Tod von Charles Dyer Norton übernahm Thomas Adams, der an der Planung von Letchworth mitgearbeitet hatte und mit englischen Verhältnissen bestens vertraut war, die Federführung für das gigantische Werk als »General Director of Plans and Surveys«. Das Plangebiet betraf drei US-Bundesstaaten und nahezu 500 öffentliche Körperschaften. Zwischen 1927 und 1931 wurden acht Bände veröffentlicht, die eine grundlegende Bestandsaufnahme mit Planungsvorschlägen für eine bessere Landaufteilung, ein Parksystem und Verkehrsverbesserungen beinhalteten. 1929 und 1931 wurden schließlich unter der Federführung von

¹¹ U. a. berichtete Clarence S. Stein über den Plan für den Staat New York, Thomas Adams über den New York Regional Plan und Raymond Unwin über Methoden der Dezentralisierung; vgl. International Town Planning Conference New York, 1925, Report.

¹² U. a. gehörten Frederick Law Olmsted Jr., Thomas Adams, John Nolen, Charles Dyer Norton und Edward M. Basset zu der Advisory Planning Group. Basset hatte 1908 Deutschland besucht und war beeindruckt von den geplanten Stadterweiterungen und Zonenbauordnungen. Er war maßgeblich für die erste Zonenbauordnung für New York (1916) verantwortlich.

¹³ Vgl. D. A. Johnson, Planning the Great Metropolis. The 1929 Regional Plan of New York and its Environs, London 1996.



Abb. 3: Aufgliederungskonzept für eine Nachbarschaftseinheit (nach C. Perry).

Thomas Adams die Planbände: *The Graphic Regional Plan of New York and its Environs* und *The Building of a City* veröffentlicht.¹⁴ Die Russel Sage Foundation hatte das Vorhaben und die Publikation, deren Geamtkosten bei ca. 1 300 000 Dollar

¹⁴ M. Simpson, Thomas Adams and the Modern Planning Movement, London and New York 1985, S. 165.

lagen, großzügig gesponsert. Obwohl es zwischen Thomas Adams und Lewis Mumford, dem Wortführer der RPAA, heftige Auseinandersetzungen um den Regional Plan gab, sollte es doch einmal zu einer Kooperation und zu einem Konsens der Einschätzung kommen.

Clarence Perry, gleichzeitig Mitglied der RPAA und Mitarbeiter am Regional Plan formulierte in dem Bericht »Regional Survey of New York and its Environs«¹⁵ die grundlegenden Prinzipien einer Nachbarschaftseinheit mit einer Separierung der Verkehrsarten unter dem anspruchsvollen Titel: »Die Stadt für das Autozeitalter«. Die grundlegenden Prinzipien von Perry waren die Festlegung einer Einwohnerobergrenze, die bei 5000 Einwohnern lag und sich am Einzugsbereich einer Grundschule orientierte. Propagiert wurden ferner Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs am Rande der Siedlung, an Verkehrswegen am besten an den Schnittstellen zwischen den Nachbarschaftseinheiten, fußläufige Erreichbarkeit der zentralen Einrichtungen, Umleitung des Durchgangsverkehrs, Separierung der Verkehrsarten, Sackgassenstraßen, ein Grüngürtel um die Siedlungseinheit und damit die Abgrenzung gegenüber anderen/weiteren Siedlungseinheiten. Clarence Perry hatte im Vorort Forest Hills Gardens in Long Island gelebt und vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrungen diese expliziert und auf ein Modell zugespitzt.¹⁶ Während die Sozialökologen noch analysierten und in großstadtfeindlichem Gedankengut befangen waren, identifizierte Perry ein positives Gegenbild, die Blaupause für städtebauliche Planungen, die die negativen Seiten der Großstadt und Vermassung zu vermeiden suchte. Eine Reihe von technischen Planungsprinzipien, die seit Ende des 19. Jahrhunderts integraler Bestandteil der Städtebau-Lehrbücher waren, fanden hier eine schlüssige Zusammenführung. Für Perry war die Nachbarschaftsidee das Strukturprinzip für »Wohnen im Maschinenzeitalter« schlechthin, und er sah einen Zusammenhang zwischen Schaffung von neuen Nachbarschaften und der »wissenschaftlichen Slumsanierung«.¹⁷

1928 nach Fertigstellung von Sunnyside Gardens erwarb die City Housing Corporation ein Gelände in Fair Lawn New Jersey, um hier das theoretische Gerüst von Perry in die bauliche Realität umzusetzen. Zwei RPAA-Mitglieder, Clarence S. Stein und Henry Wright, zeichneten für die Architektur und städtebauliche Planung der

¹⁵ C. A. Perry, The Neighborhood Unit, in: Regional Survey of New York and its Environs, Vol. VII, Neighborhood and Community Planning, New York 1929.

¹⁶ »What Perry did was to make more explicit, in a better defined structure, the life that he had there (in Forrest Hills, der Verf.) found rewarding«; L. Mumford, The City in History, Harmondsworth 1975, S. 569.

¹⁷ Später formulierte Perry vor allem sechs Prinzipien als konstitutiv für Nachbarschaftseinheiten: »Size, Boundaries, Open spaces, Institution Sites, Local Shops, Internal Street System«; C. A. Perry, Housing for the Machine Age, New York 1939. Polemisch stellte Perry 1939 (S. 209) die Frage: »In a word, if one had the wealth of a Midas and the power of a Fascist dictator, how would one build an urban neighborhood?«

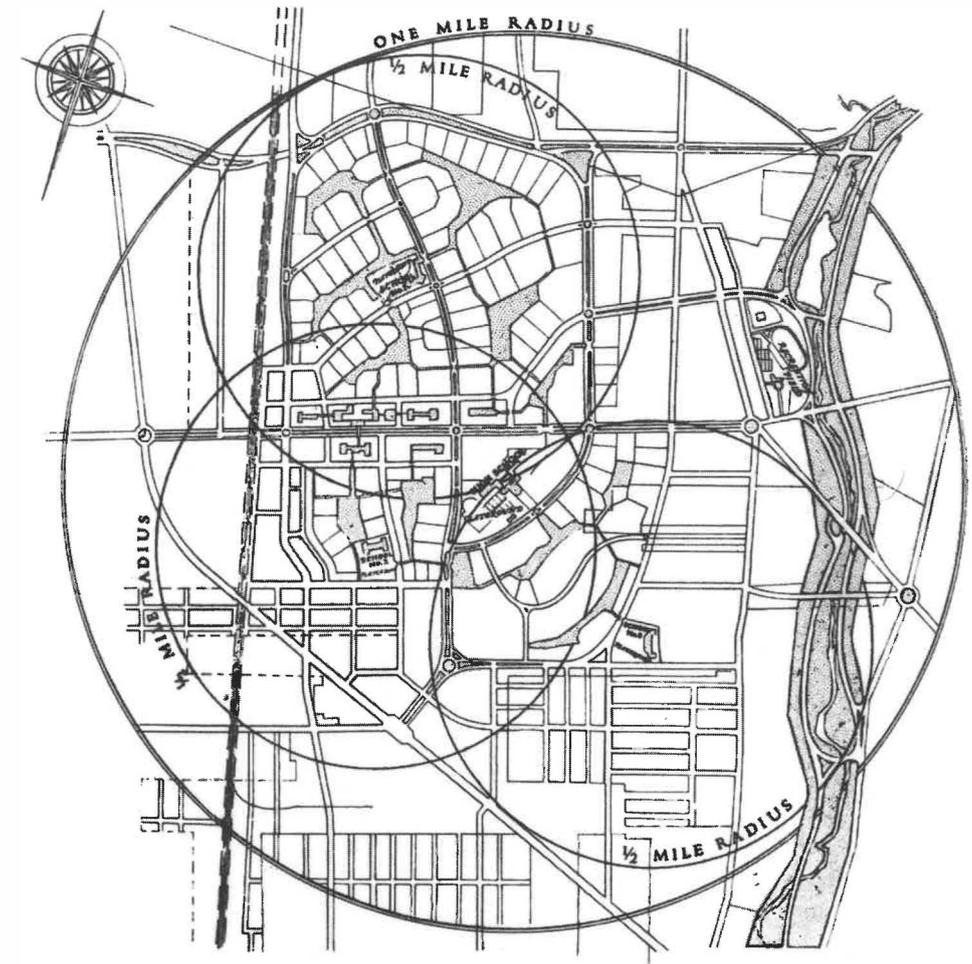


Abb. 4: Übersichtsplan von Radburn mit drei Nachbarschaften.

Siedlung Radburn¹⁸ verantwortlich, die schnell weltweit zu dem Modell werden sollte. Thomas Adams, Raymond Unwin, Frederick Ackermann und Robert D. Kohn wurden als Berater herangezogen. Radburn, nie zu Ende gebaut, wurde ein Opfer der

¹⁸ Die Literatur zu Radburn ist mittlerweile kaum noch zu überschauen. Vgl. u. a. Radburn a town planned for safety, in: The American Architect, Jan. 1930, S. 45 ff.; L. Broulow, Radburn. A New Town Planned for The Motor Age, in: International Housing and Town Planning Bulletin, February 1930, S. 4 ff.; H. M. Wright (Jr.), Radburn Revisited, in: Ekistics 196, March 1972, S. 196 ff. und vor allem C. S. Stein, Toward New Towns for America, Cambridge and London 1966.

Weltwirtschaftskrise. Das planerische Ideal wurde ein finanzielles Desaster. Im Mai 1929 zogen die ersten Eigentümer nach Radburn, im Herbst kam es zum Wall Street Krach. Viele Radburner verloren Arbeitsstellen und Einkommen und mußten wieder ausziehen. Die City Housing Corporation verfügte nur über eine Eigenkapitaldecke von ca. 3 Millionen Dollar, während 80–90 Millionen Dollar für das Projekt benötigt wurden. Die Gesamtplanung sah drei Nachbarschaftseinheiten und insgesamt 25 000 Einwohner vor.¹⁹ Bis 1931 lebten etwa tausend Menschen in den beiden »super-blocks«. Weder gelang es, Industrien nach Radburn anzuziehen, noch war es möglich, den Grüngürtel um die Siedlung anzulegen. Aber zum ersten Mal war es gelungen, die Idee der Nachbarschaft baulich zu realisieren, sie weiter zu propagieren und den Mythos der Nachbarschaftsidee, die »Radburn Idea« zu befördern.

Radburn konnte, so auch Stein, nicht als eine Gartenstadt gelten. Kein Element der Planung von Radburn war vollständig neu. Aber es war ein (Vor-)Stadtmodell, das gemeinschaftliche Lebensformen befördern und modernen Anforderungen, wie dem Individualverkehr, gerecht werden sollte. Kein Konzept der Nachbarschaftsidee mehr, das nur auf Papier verbleiben sollte, sondern sich konkret baulich-räumlich manifestierte: ein Modell, ein Symbol zum Anfassen und Ansehen!²⁰ Über 70% der Bewohner von Radburn waren vor allem »white collar«, Pendler aus New York. Die Entstehung von nachbarschaftlichen Einrichtungen bald nach Fertigstellung der ersten Abschnitte, der Radburn Citizens Association, weiterer Komitees und der Parent Teacher Association ist aber wohl weniger der gemeinschaftsbildenden Kraft der Siedlungsarchitektur zuzuschreiben als vielmehr dem Fehlen jeglicher Einrichtungen in der 5000-Seelengemeinde Fairlawn – in deren Gemeindegrenzen Radburn gebaut wurde –, die sich, auch lokalpolitisch, von den 25 000 (geplanten) Bewohnern der neuen Großwohnsiedlung Radburn »bedroht« sahen. Entgegen Howards Vorstellung vom Gemeinschaftseigentum wurden die Häuser und Grundstücke in Radburn privat veräußert. Während die Planer große Hoffnungen auf einen neuen Gemeinschaftsinn setzten, dominierten bei den Bewohnern konventionelle und konservative Wertvorstellungen. Radburn wurde zum Mekka der Planer, während die alltägliche Lebenswelt für Eigentümer, die »Radburnites«, weitgehend der Normalität anderer amerikanischer vorstädtischer Siedlungen entsprach und so auch von den Bewohnern gewollt wurde. Moderne »Neue Häuser für alte Werte«, moderner Städtebau und traditionelle Wohnbauarchitektur kennzeichnen den Vorort. 1933 ging die CHC in den Konkurs. Als reformerische Schöpfung und Kind der boomenden 20er Jahre wurde sie nun ein Opfer der ökonomischen Realitäten der Weltwirtschaftskrise. Während die Krise in Radburn individualisiert »gelöst« wurde, regte sich in Sunnyside aktiver

¹⁹ C. S. Stein (s. A 18), S. 37.

²⁰ E. Ladner Birch, Radburn and the American Planning Movement, in: D. A. Krueckeberg, Introduction to Planning History in the United States, New Brunswick 1983, S. 122 ff.



Abb. 5: Radburn – Luftfoto 1929.

Widerstand gegen die »pseudo-philanthropischen« Methoden der CHC.²¹ Der von den Planern intendierte Nachbarschaftsgeist erwies sich nun als Bumerang gegen ihre eigenen Schöpfer. Über die Hälfte der Bewohner hatte sich in Sunnyside organisiert und stellte 1935 die Zahlungen gegenüber den Banken ein. Die Gründer der CHC wurden wegen angeblich krimineller Methoden angeklagt.

Damit war auch die Frage thematisiert, ob bei derartigen Projekten eine homogene oder heterogene Sozialstruktur anzustreben sei und ob eine solche überhaupt planbar sei. Perry als Nicht-Soziologe hatte ein Leitbild formuliert, das vor allem soziologische Kritik herausforderte. Nach Mumford seien Nachbarschaften »natürliche Gegebenheiten«: »Neighborhood unit organisation seems the only practical answer to the gigantism and inefficiency of the over-centralised metropolis.« Er schlug später unter Bezugnahme auf Radburn vor: »The mixture of social and economic classes within a neighborhood should have its correlate in a mixture of housing types and densities of occupation.«²² Reginald Isaacs sah dagegen in der Nachbarschaftseinheit ein Instru-

²¹ D. Schaffer, Garden Cities for America: The Radburn Experience, Ph. D., Rutgers University, New Brunswick 1981, S. 252.

²² L. Mumford, The Neighborhood and the Neighborhood Unit, in: The Town Planning Review 1953/54, S. 266 und 268.

ment Segregation zu befördern. Er kritisierte die großen Erwartungen, die auch in politischer Hinsicht an die Idee geknüpft wurden und zitierte einen Autor, der geschrieben hatte: »When you rear children in a good neighborhood, they will go out and fight Communism.«²³ Isaacs betonte, daß mit der Fokussierung auf einzelne Nachbarschaften gesamtstädtische Bezüge verlorengehen, Maßnahmen der Slumsanierung und Bestandsverbesserung gegenüber dem Neubau zurücktreten und Städte dynamische, sich schnell verändernde Organismen seien, denen das Nachbarschaftskonzept keine Rechnung tragen würde.

Propagiert wurde die Idee von einflußreichen Publizisten und Planungsfachleuten wie Lewis Mumford,²⁴ der Wohnungsbauexpertin Edith Elmer Wood, von Harold Buttenheim, dem Herausgeber des *American City Magazine* und auch von Thomas Adams. Adams konnte sich, obwohl sein *Regional Plan* von Mumford heftig kritisiert wurde, mit dem baulichen Realisat der RPAA durchaus anfreunden. Als Pragmatiker verband sich nach seinen Vorstellungen hier die »City beautiful« Idee mit der amerikanischen »City scientific«, und er sah die »home neighbourhoods«, wie er sie nannte, in direktem Zusammenhang mit der Slumsanierung. »The attack (on slum districts), however, can be indirectly assisted by the development of model home neighbourhoods in the suburbs just as much as by replanning and rebuilding the slum areas themselves. No direct attack on the slums districts will yield completely satisfactory results.«²⁵ Mumford wies 1929 dagegen auf Bezüge zwischen Einzelhaus und sozialer Gemeinschaft hin: »A good house can not exist in a city by itself; it can only come as part of a community plan, and until we learn to design our communities and our houses cooperatively, treating each separate unit as part of the whole, we shall not succeed much better than the jerry-builder does today.«²⁶

3. Von der Idee zum Plan und zur Realität: Nachbarschaften in England

Man kann zugespitzt formulieren, daß sich in den dreißiger Jahren international ein städtebauliches Leitbild durchgesetzt hatte, das Auflockerung, Dezentralisierung und Gliederung und Ordnung des großstädtischen Gefüges durch Nachbarschaftseinheiten, gegliederte Wohnbezirke oder Siedlungszellen vorsah. Unterschiede gab es ledig-

²³ R. R. Isaacs, Are Urban Neighborhoods possible?, in: *Journal of Housing*, July-August 1948. Isaacs karikiert die Idee (S. 219): »Perhaps in the future planners will agree with the brash young planner, who, when asked: 'what is the neighborhood theory?' – replied: 'Oh, it is a fad picked up by technicians, who have not yet reached the maturity of the well rounded planner'.«

²⁴ »The Radburn Plan, the first major departure in city planning since Venice«; vgl. L. Mumford (s. A 16), insert 51.

²⁵ Th. Adams, *The Design of Residential Areas, Basic Considerations, Principles and Methods*, Cambridge 1934, S. 265.

²⁶ Zit. n. D. Albrecht (Ed.), *World War II and the American Dream, How Wartime Building Changed a Nation*, Washington DC and Cambridge Massachusetts 1995, S. 146.

lich hinsichtlich des (ideologischen) Begründungskontextes und der baulich-architektonischen Ausformungen. Eugen C. Kaufmann, in den zwanziger Jahren für den Wohnungsbau »Neues Frankfurt« tätig, Mitglied der MARS-Group und nun Forschungsdirektor im Housing Centre in Großbritannien, stellte 1936 Nachbarschaften als neue Elemente der Stadtplanung vor und brachte sie in Zusammenhang mit den Stadtneugründungen in der Sowjetunion.²⁷

Der Plan von Radburn war in England 1933 veröffentlicht worden²⁸ und korrespondierte mit einem anderen Argumentationsstrang, der in Großbritannien von Bedeutung war. Kritiker monierten in England eine fehlende soziale Durchmischung in den neuen Wohnsiedlungen des kommunalen Wohnbaus. Siedlungen mit ausschließlich Geschoßwohnungsbau, für die untersten Einkommensgruppen würden Jugendkriminalität und Vandalismus befördern. Daher sollten Siedlungen und Quartiere mit einer einseitigen Sozialstruktur möglichst vermieden werden. Neue Siedlungen sollten als Nachbarschaftseinheiten mit sozialen Einrichtungen entstehen und durch Schulen und andere Gemeinschaftseinrichtungen ergänzt werden. In Nachuntersuchungen zu Slumsanierungsvorhaben waren schon 1934 Nachbarschaften als Planungseinheiten vorgeschlagen worden. »A neighbourhood unit should have for its focal point the elementary school with its playground.«²⁹ In dem Barlow-Report (»Royal Commission on the Geographical Distribution of the Industrial Population«) 1939 wurden »mixed neighbourhoods« für neue Siedlungen und New Towns ins Gespräch gebracht, die die menschlichen Kontakte des alten englischen Dorfes wiederbeleben sollten. Das Leitbild der »mixed neighbourhoods« wurde für England damit quasi zum »amtlichen Leitbild«.

Nicht nur für den Wohnungsneubau an der Peripherie, auch für die Slumsanierung mit folgender Wiederbebauung sollten geplante Nachbarschaftseinheiten in den folgenden Jahren das grundlegende Leitbild bilden.³⁰ Als Allheilmittel sollten sie Kriminalität mindern und positiv auf Formen abweichenden Verhaltens einwirken.³¹ In einer Studie über die Sozialstruktur von Städten war 1943 die Nachbarschaftsidee als Planungsgrundlage festgelegt worden³² und vor allem an den Wiederaufbauplanun-

²⁷ E. C. Kaufmann, Neighbourhood Units as New Elements of Town Planning, in: *Journal of Royal Institute of British Architects*, Dec. 1936, S. 165.

²⁸ L. Levine, A Neighborhood Unit for Radburn, in: *The Architectural Record*, March, S. 230 ff.

²⁹ H. Quigley, *Isma Goldie*, Housing and Slum Clearance in London, London 1934, S. 193.

³⁰ Vgl. D. Schubert, Old Slums and New Neighbourhoods: Origins of the Neighbourhood Units Idea in Great Britain and Germany: Examples from London and Hamburg, in: *Planning History* 3/1995, S. 32 ff.

³¹ »The loss of neighbourhood values has ist further bearing on socially disorganized areas.« Vgl. W. R. Taylor, The neighborhood Unit Principle in Town Planning, in: *Town Planning Review* July 1939, S. 177.

³² J. D. Tetlow, Sources of the Neighbourhood Idea, in: *Journal of the Town Planning Institute* 1958/59, 45, S. 114.

gen für London wurde das Konzept weiter konkretisiert. Mit dem MARS-Plan³³ 1942 wurde die Nachbarschaftsidee als grundlegendes Planungsleitbild für die Neuorganisation Londons ausgeformt. Die MARS-Group hatte sich zunächst vorwiegend mit architektonischen Fragen beschäftigt und die Vorstellungen der CIAM in England propagiert. 1937 war ein »Town Planning Committee« eingesetzt worden, um Fragen der Londoner Stadtentwicklung zu analysieren. Ihm gehörten Maxwell Fry, Godfrey Samuel, William Tatton Brown, Arthur Ling, Christopher Tunnard und Arthur Korn als Vorsitzender an. Ausgangspunkt der Arbeitsgruppe war die Formlosigkeit Londons, die nach bestimmten Prinzipien in eine neue urbane Struktur transformiert werden sollte. »London is unique and, at the same time, a typical metropolis. It shares with other capitals all the typical features: the general chaotic conditions, the spoiled countryside, the slums, the dreary suburbs.«³⁴

Der MARS-Plan für London basierte auf einer grundlegenden Bestandsaufnahme und zielte auf völlige Re-Organisation der räumlichen Strukturen Londons. Grob skizziert sollte die Themse eine geographische Grundstruktur bilden, die Stadt sollte durch einen äußeren Ring eingefasst werden, und von zwei parallel nördlich und südlich der Themse verlaufenden Achsen sollten jeweils Siedlungsbänder auf den äußeren Ring abzweigen. Diese Bänder sollten in Form von Einheiten unterschiedlicher Größe klar gegliedert werden: Wohneinheiten für 1000 Menschen, Nachbarschaftseinheiten von 6000 Menschen, Bezirks-, und Stadteinheiten von 50 000 Menschen und schließlich eine Art von Bezirkseinheiten mit ca. 600 000 Menschen. Sechzehn derartiger Bezirke würden dann die Metropole London mit ca. 10 Millionen Einwohnern bilden. »Only by forming clearly defined units, which in turn are part of larger units can social life be organized.«³⁵ Es war klar, daß der Plan ein gigantisches Umstrukturierungs- und Neubauprogramm bedeutete, gleichzeitig aber auch neben den Kriegszerstörungen noch den Abriß ganzer Stadtteile vorsah. Das Konzept knüpfte an Miljutins³⁶ Bandstadtideen und Planungen der Neuen Stadt in der Sowjetunion und an das Konzept Ernst Mays der Wohn- und Trabantsiedlungen an.³⁷

War der MARS-Plan der engagierten nebenberuflichen Tätigkeit von Architekten und Planern entsprungen, so bildete der County of London Plan 1943 die »offizielle

³³ Die MARS-Group war 1934 von Architekten und Planern gegründet worden, die der CIAM nahestanden. E. Pfeil gibt fälschlicherweise an: »Der Plan der MARS-Gruppe für Greater London verwendete das Nachbarschaftsprinzip nicht.« Vgl. E. Pfeil, Zur Kritik der Nachbarschaftsidee, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 1963, S. 39.

³⁴ A. Korn / F. J. Samuely, A Master Plan for London, Based on research carried out by the Town Planning Committee of the M.A.R.S. Group, in: Architectural Review, June 1942, 143.

³⁵ Ebda., S. 145.

³⁶ N. A. Miljutin, Die Planung der neuen Stadt (1930), Deutsche Ausgabe Reprint Basel 1992 mit Anmerkungen zum Kontext der Arbeit.

³⁷ »It was frankly Utopian and socialistic in concept«; vgl. D. Sharp, Concepts and Interpretation. The aims and principles of the MARS plan for London, in: Perspektiva 13/14, 1971, S. 167.

THE COMMUNITY OF ELTHAM

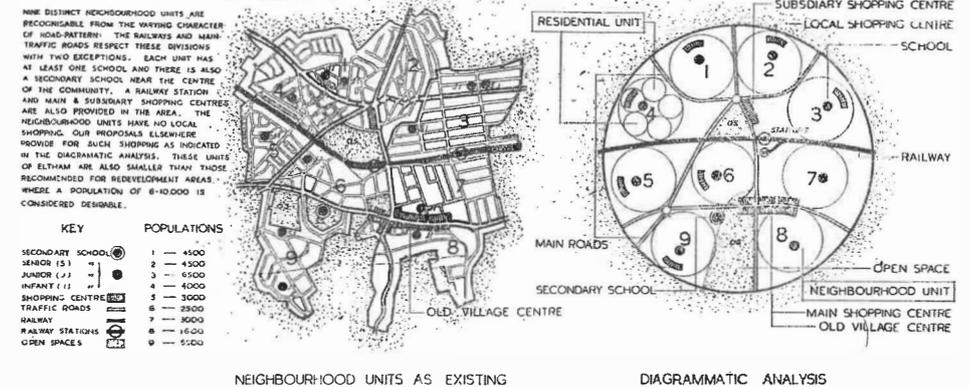


Abb. 6: Nachbarschaftsmodell nach dem Greater London Plan (Eltham).

Version« der Planungsleitlinien. 1940 war im London County Council unter dem für Stadtplanung zuständigen Architekten F. R. Hiorns die Idee für einen neuen Gesamtplan entstanden. Hiorns hatte die Ernennung von Patrick Abercrombie als Konsultanten empfohlen. Hiorns wurde schließlich durch seinen Stellvertreter Forshaw ersetzt, und gegen Ende 1941 lagen bereits Grundzüge des Planes fest, der 1943 veröffentlicht wurde.³⁸ Nach dem Plan sollten bis 1,2 Mio. Personen, die in engen und überbevölkerten Gebieten lebten, aus London in »gesunde«, neue Wohnungen umgesiedelt werden. Demnach wäre ca. ein Siebtel der damaligen Londoner Bevölkerung von derartigen »Gesundungsmaßnahmen« betroffen gewesen. Die wissenschaftlich abgeleitete Forderung der Dezentralisierung stand aber in einem grotesken Mißverhältnis zu den realen Steuerungs- und Finanzierungsmöglichkeiten einer derartigen Umsiedlung, zu denen im Plan auch keine konkreten Aussagen gemacht wurden.

Das Argument der Nachbarschaftseinheiten mit sozialer Durchmischung bildete auch die wesentliche Planungsgrundlage für den County of London Plan 1943. Als zentrales Problem wurde gesehen: »Some stiffening structure to the apparently amorphous mass ... Gigantic re-housing operations, both inside the built-up area in the form of flats and outside in the form of cottage estates, inevitably left large areas as depressed as before, because they were not so insanitary as to be technically slums.«³⁹ Der Plan sah massive Eingriffe in die nicht kriegszerstörten Gebiete und einen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in neuen Dimensionen nach dem Leitbild

³⁸ Da der London County Council keine Planungskompetenzen für die City hatte, stellte die City of London Corporation hatte für die City einen separaten Plan auf.

³⁹ J. H. Forshaw / P. Abercrombie, County of London Plan, prepared for the London County Council, London 1943, S. 1, 3.

der Nachbarschaftseinheiten vor. Das East-End Londons (Bethnal Green), Bermondsey und andere Teile wurden pauschal als Slums eingestuft, und durch weitere Abrisse sollten »tabula rasa« Planungen ermöglicht werden: »A great majority of the houses might be regarded as slum dwellings, which, judged by any reasonable standard, are obsolete and incapable of being made fit for habilitation. Moreover, they lack open spaces and other amenities which are necessary to modern development... Partial solutions are not sufficient.«⁴⁰ Die Planungsziele wurden beispielhaft mit einer Nachbarschaftseinheit im East End in Shoreditch-Bethnal Green durchgespielt. Das Gebiet umfaßte ca. 200 acres, 2000 Häuser und 1700 Mietwohnungen und eine Bevölkerung von ca. 13 200 Personen. »Obsolence, overcrowding, insanitary conditions, lack of open spaces, inadequate road system and bomb damage, require now, or within a short time of years a high degree of reconstruction in conformity with modern accepted standards... Of the houses, 2411 or 60 per cent may be termed slums and the remainder have a limited useful life.«⁴¹ Ähnliche Planungsbeispiele von Nachbarschaftseinheiten wurden von Forshaw und Abercrombie für andere Gebiete durchgespielt.

Die Wiederaufbaugebiete sollten ähnliche Größen wie die im Rahmen der großangelegten Bevölkerungsumsiedlung vorgesehenen New-Towns mit ca. 60 000–100 000 Einwohnern haben und in Nachbarschaftseinheiten von 6000–10 000 Menschen unterteilt werden. Diese wiederum sollten Freiflächen und alle erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen enthalten. Als Dichte für Wohnbezirke waren 136 Personen pro acre zugrunde gelegt, 4 acres pro 1000 Menschen sollten für Freiflächen zur Verfügung stehen. Diese Dichte stellte eine Mischung aus aufgelockerter Bebauung mit Haus-Zeilen (100 E. pro acre) und Geschoßwohnungsbau (200 E. pro acre) dar. Insofern war auch eine Mischung von unterschiedlichen Gebäudetypen geplant. »The composite plans which we have prepared provide a proportion of lofty blocks of flats, spaced well enough apart for groups of trees, with terraced houses dispersed in regular but not monotonous form, the whole interspersed with open space and organically related to the smaller neighbourhood centre and finally the centre of the whole community.«⁴²

Die MARS-Gruppe begrüßte 1943, daß nun endlich ein Gesamtplan für London aufgestellt worden sei. »The Mars Group desires to convey to the London County Council its welcome of the County of London Plan as the first adequate and comprehensive plan for the county, and one of the first plans to be sponsored by an official body, in which modern planning principles are applied to establish a social organism«. Kritik wurde aber an dem Gliederungspinzip des Planes geübt: »Doubt is

⁴⁰ Ebda., S. 76.

⁴¹ Ebda., S. 99.

⁴² Ebda., S. 9.

expressed about the advisability of adopting the community unit principle throughout to the exclusion of other important considerations, as it has yet to be proved whether a live community spirit can exist in all the communities which the Plan creates or retain, and research into needs and optimum size of a Community and a Neighbourhood is proceeding.«⁴³ Ein Jahr nach der Veröffentlichung wurden amerikanische Planungsexperten nach ihrem Urteil zu dem Plan befragt. Clarence S. Stein ging der Plan mit seinen Vorstellungen zur Aufgliederung und Auflockerung immer noch nicht weit genug. Catherine Bauer dagegen fragte »Planning is Politics – but are planners politicians?«, und bewunderte den Plan, stellte aber die politische Umsetzbarkeit in Frage.⁴⁴

Aufgrund der Vorarbeiten des County of London 1943 Planes war Patrick Abercrombie vom Ministerium für Landes- und Stadtplanung mit der Ausarbeitung eines Planes für Greater London beauftragt worden. Während sich der Plan von 1943 auf das administrative Gebiet des LCC bezog, wurde nun ein Gebiet von 30 Meilen um das Zentrum einbezogen. Der Greater London Plan umfaßte ein Gebiet von 2.599 Quadratmeilen und eine Gesamtbevölkerung (1938) von ca. 6,5 Millionen. Das administrative Gebiet des LCC betrug demgegenüber nur 118 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 4 Millionen.⁴⁵ Die Bevölkerungszahl im LCC-Gebiet war zwischen 1919 und 1939 um ca. 500 000 zurückgegangen. Die Bevölkerungszahlen wurden für die Planung von 1937–1941 zunehmend und dann bis auf das Jahr 1971 hin abnehmend angenommen. Ungefähr 1971 sollte wieder der Bevölkerungsstand von 1937 erreicht sein. Die Abnahme könnte nach Abercrombie nicht als Argument gegen die Dezentralisierung gewertet werden. Der Plan sah vier konzentrische Ringe vor: Im inneren Ring, der dem LCC-Gebiet entsprach, sollten keine weiteren Bebauungen zugelassen sowie eine Dezentralisierung durchgeführt werden. Im suburbanen Ring, der weitgehend bebaut war, sollte nur ausnahmsweise gebaut werden dürfen. In einem Grüngürtel von ca. 2 Meilen sollten nur kleinere Erweiterungen der bestehenden Orte zugelassen werden, sonst sollten die Flächen für Erholung und Grünflächen gesichert bleiben. Dagegen sollte der äußere Ring für die umgesiedelte Bevölkerung und den Bau von acht »Satellitenstädten« unter Beibehaltung der sonst vorwiegend agrarischen Charakters genutzt werden.⁴⁶ Der Greater London-Plan von 1944 war von seinen Grundzügen her damit noch radikaler in seinen Dezentralisierungsbestrebungen als der County of London Plan 1943.

Das im Plan von 1943 entwickelte Konzept der organischen Gemeinschaften sollte weiter entwickelt werden. »Both the neighbourhood and the town should be given

⁴³ Royal Institute of British Architects, (RIBA) Sir Ove Arup Papers, Box 1.

⁴⁴ Vgl. Architectural Review, Sept. 1944.

⁴⁵ P. Abercrombie, Greater London Plan, London 1944, S. 22.

⁴⁶ Ebda., S. 7.

physical definition and unmistakable separateness, and the population should be socially stable. This stability can largely be achieved by the provision within the community of a variety of houses and dwellings to meet the needs of all population groups.«⁴⁷ Nicht das Nachbarschaftskonzept, sondern das Gemeinschaftskonzept sollte die Planungsgrundlage bilden. »We have used the community as the basic planning unit... Each community would have a life and character of its own, yet its individuality would be in harmony with the complex form, life and activities of the region as a whole.«⁴⁸ Die Gemeinschaften sollten 1200–3000 Wohneinheiten umfassen, abgeschlossen sein und Freiräume, Schulen, Läden, öffentliche Gebäude und lokale Dienstleistungsindustrien umfassen. Abercrombie sah die Gründung von sieben New Town (»Quasi-satellites«) vor mit einer Bevölkerungszahl von max. 60 000 Einwohnern.

Die Zergliederung der Stadt in kleinere Einheiten würde aber nicht automatisch eine gesamtstädtische Identität implizieren. So merkte Purdom an: »The plan that London needs must necessarily have its parts, ... the nature and functions of the communities of neighbourhoods, which I think should constitute the cellular structure of London; but something more than mere cells, or a mass of cells, i.e., protoplasm, is necessary to make London an organism: form articulation and movement make a city. These are not in the Plan. There must be a whole, which is itself a unit; and the only unitary conception I find in the Plan is in the roads scheme.«⁴⁹ Purdom votierte auf der anderen Seite aber auch für die Einführung von Nachbarschaftseinheiten als grundlegende Struktur für den Wiederaufbau, wobei von ca. 250 derartigen Einheiten für London auszugehen wäre.

Fast gleichzeitig mit Beginn des Zweiten Weltkriegs begannen damit Diskussionen, wie das England der Nachkriegszeit auszusehen hätte. Alle Visionen gingen davon aus, daß das Kriegsende ein neues Zeitalter einleiten würde, in dem mit den Fehlern der Vergangenheit aufgeräumt werden würde. Fast selbstverständlich erschien, daß eine großangelegte Umgestaltung der Städte erfolgen müsse und daß der Stadtplanung beim Wiederaufbau nicht nur eine, sondern *die* zentrale Stellung für die Gestaltung des Nachkriegsenglands zufallen müsse. Was Architekturzeitschriften und Magazine für den Wiederaufbau publiziert hatten, wurde nun eingefordert. Die Bevölkerung, die den »Blitz« erdulden mußte, erwartete nun, daß Pläne, wie der Abercrombie-Plan und Versprechungen der Ausstellungen »Living in Cities« und »When we built again«, und damit die Vision eines »neuen Englands« Realität werden sollten. Aus der Parole »homes for heroes« nach dem Ersten Weltkrieg wurde nun »homes for all«. Aber in Großbritannien konnten die großen Visionen für den Städtebau in der Nachkriegszeit

⁴⁷ Ebda., S. 112.

⁴⁸ Ebda., S. 113.

⁴⁹ C. B. Purdom, How should we rebuild London?, Welwyn Garden City 1945, S. 145.

nur fragmentarisch umgesetzt werden. Finanzierungs- und Eigentumsprobleme erschwerten in innerstädtischen Bereichen die Realisierung, wenngleich unter Planern über die grundlegenden Ziele und Leitbilder des Wiederaufbaus international kaum Kontroversen bestanden. So war man gezwungen, neben dem »sanierenden Wiederaufbau« sich auf die Planung und den Bau von neuen Siedlungen nach dem Prinzip der Nachbarschaftseinheiten am Stadtrand zu konzentrieren.

4. Von der Nachbarschaft zur »Ortsgruppe als Siedlungszelle«

In Deutschland entwickelte sich in den dreißiger Jahren dagegen eine ideologisch gefärbte Städtebaudiskussion. Zwischen Stadtplanung, Raumplanung und schließlich »Volk ohne Raum« postulierten die Nationalsozialisten einen direkten Zusammenhang. Die Städtebaukonzepte knüpften an die skizzierte Großstadtkritik aus dem 19. Jahrhundert an und postulierten »Entballung«, die »Auflockerung der Städte«, die »neue Stadt« und die »Einheit von Volk und Raum«. »Die Stadt als Sitz des Judentums« und »Ort des Marxismus«, so der nationalsozialistische Chefideologe Gottfried Feder, sollte aufgelockert und gegliedert werden. Feder bestimmte deduktiv auf empirisch-statistischem Wege optimale Stadtgrößen und städtebauliche Zielvorstellungen aus der vorhandenen Siedlungsstruktur. »Dieser Stadtorganismus wird sich zusammensetzen aus einer ganzen Reihe von Zellen, die sich dann zu Zellverbänden innerhalb verschiedener Unterkerne um den Stadtmittelpunkt herum gruppieren.«⁵⁰ Auch Feder schlug als Gliederungskriterium Volksschulen vor. Über städtebauliche Maßnahmen sollte nun die »Gesundung des Volkskörpers« betrieben werden. »Stadtgesundung« in Form von Sanierung und Wohnungsneubau für Volksgenossen bildeten die zentralen Ansatzpunkte der Wohnungspolitik. »Die soziale Gesundung ist für das Städteplanen in den Vordergrund getreten«, schrieb der Soziologe Andreas Walther.⁵¹

Die amerikanischen und englischen Pläne der Nachbarschaftseinheiten waren auf internationalen Tagungen präsentiert und auch unter deutschen Planern diskutiert worden. Clarence S. Steins Partner Henry Wright hatte schon 1932 in einem Artikel in »die neue stadt« seine Vision der Nachbarschaftsidee auch dem deutschen Fachpublikum vorgestellt: »Wir brauchen nicht mehr Meilen von Arterien oder mehr acres von Plänen, sondern mehr Entfaltung des Gemeinsinnes.«⁵² 1934 veröffentlichte

⁵⁰ G. Feder, Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung, Berlin 1939 S. 19. Vgl. hierzu auch: D. Schubert, Gottfried Feder und sein Beitrag zur Stadtplanungstheorie, in: Die alte Stadt 13 (1986), S. 192 ff.

⁵¹ A. Walther, Neue Wege zur Großstadtsanierung, Stuttgart 1936, S. 3.

⁵² H. Wright, »Planen oder nicht Planen«, in: die neue stadt, internationale monatschrift für architektonische planung und städtische kultur, 1932 (Reprint RWTH Aachen, Lehrstuhl Planungstheorie) S. 194.

lichte Bruno Schwan auch Plan und Fotos von Radburn.⁵³ Weniger wurden die anglo-amerikanischen Leitbilder kritisiert, sondern als Hauptmängel der Planung in westlichen Demokratien wurden »weltanschauliche Hemmungen« angegeben, die die Durchführung vereiteln würden: »Auch die aufgeklärte Demokratie kann es nicht verstehen, die Bevölkerungsmasse in Gliedgemeinschaften zu zerlegen ... Daher ist allein der volksnahe Nationalsozialismus, dem bereits das Wunder der politischen Formung der Volksmasse gelungen ist, berufen, gemäß seiner organischen Denkweise die Großstadt zu Gliedeinheiten zurückzuführen.«⁵⁴

Gottfried Feder hatte den Zusammenhang zwischen nationalsozialistischer Ideologie und Städtebau noch allgemein gefaßt: »Die Städte der Zukunft werden ein anderes Gepräge tragen. Sie werden wie die einzelnen Bauten aus dem Geist der neuen Zeit heraus gestaltet werden müssen. Diese neuen Städte einer neuen Weltanschauung werden der sichtbarste Ausdruck und dauerndste Ausdruck neuen Gemeinschaftswillens sein.«⁵⁵ Wie aber sollte man ein derartiges Gliederungsprinzip entwickeln, das den großen städtebaulichen Aufgaben, der Umgestaltung der Führerstädte, den neuen Städten wie Wolfsburg und Salzgitter sowie dem »Aufbau im Osten« gleichermaßen gerecht wurde, ohne die Planungsprinzipien der »dekadenten« westlichen Demokratien zu imitieren?

Der Gedanke der »Ortsgruppe als Siedlungszelle« lag quasi in der Luft, knüpfte an die Nachbarschaftsidee an, konnte aber als etwas vollkommen anderes und nationalsozialistisches dargestellt werden. Mit diesem Begründungskontext konnte auf Nachbarschaften germanisch-völkischen Ursprungs verwiesen werden, die mit Sippe, Nachbarschaft und Kameradschaft ein Volk konstituierten: »Wer in der Nachbarschaft nur einen bequemen Einteilungs- und Aufgliederungsgrundsatz sieht, sich ihrer im Dienste eines Zweckverbandes bedient, der schädigt sie in ihrem Wesen. Die rechte Nachbarschaft ist Trägerin eines eigenen Lebensgefühls und daher als Schöpfung des Volksgeistes so eigenwillig wie ein Eichenblatt. Keine gleicht der anderen, jede hat ihr eigenes Gesicht.«⁵⁶ Umgesetzt als städtebauliches Gliederungsprinzip wurde die NSDAP-Ortsgruppe als Nachbarschaftseinheit im Rahmen von Vorarbeiten für die Aufstellung eines Generalbebauungsplanes 1941 für Hamburg wie folgt formuliert: »Die Anonymität der Großstadt ist eine Folge der amorphen Bildung. Es ist notwendig, daß sie wieder durchsichtiger gemacht, daß sie gegliedert, gestaltet und geordnet wird. Damit Nachbarschaften entstehen können, müssen die Siedlungszellen klar

⁵³ B. Schwan, Städtebau und Wohnungswesen der Welt, hrsg. i. A. des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Berlin 1935, S. 9. Der Artikel über die USA wurde von John Nolen verfaßt.

⁵⁴ H. Dörr, Bomben brechen die »Haufen«-Stadt, Stadtplanliche Betrachtung des Luftkriegs, in: Raumforschung und Raumordnung, 4/1941, S. 271.

⁵⁵ G. Feder (s. A 50), S. 1.

⁵⁶ E. Lehmann, Volksgemeinschaften aus Nachbarschaften. Eine Volkskunde des deutschen Nachbarschaftswesens, Prag, Berlin, Leipzig 1944, S. 12.

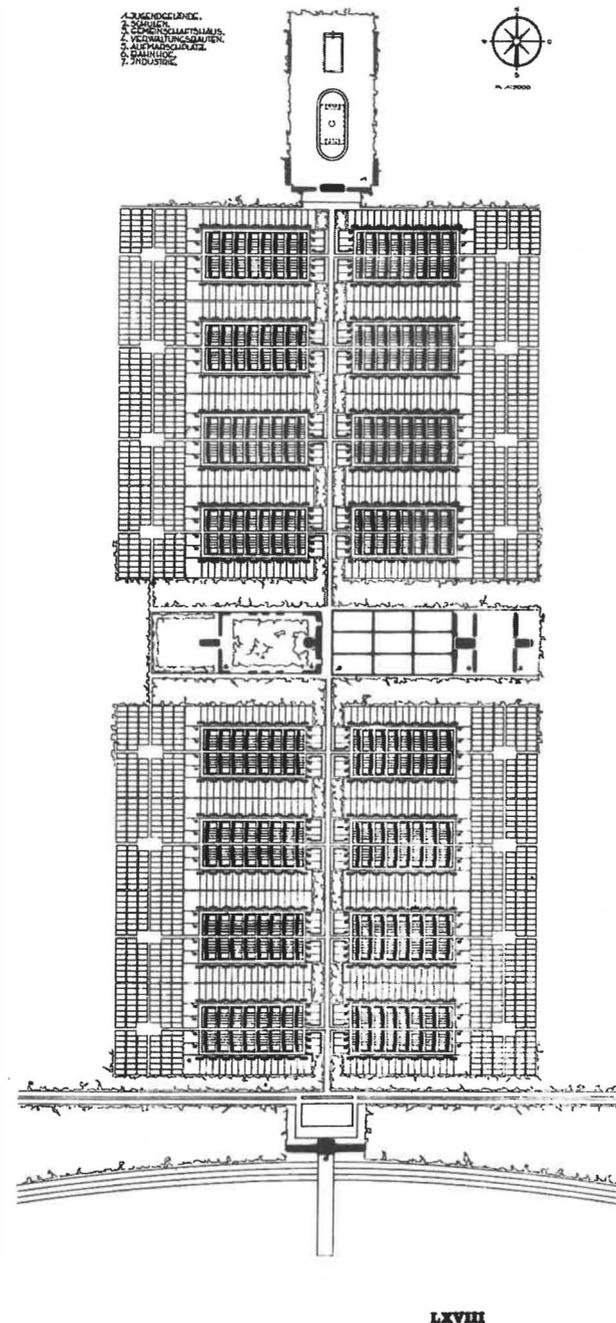


Abb. 7: Aufbau einer zellengegliederten Stadt mit ca. 20 000 Einwohnern (H. B. Reichow 1942).

voneinander abgesetzt werden. Durch ihre Ausrichtung auf die Gesamtsiedlung und die Einbindung dieser in den gesamten Volksraum kann jede engstirnige Kirchturnpolitik verhindert werden. Bei der Wohnung und bei der Siedlungszelle hat also die Sanierung der Großstadt zu beginnen.«⁵⁷ Das Organisationsprinzip der Stadtlandschaft sollte demnach die politische Gliederung der Partei sein. Hier bot sich die Ortsgruppe mit ca. 6000–8000 Personen an, und entsprechend wurde das Konzept benannt: »Die Ortsgruppe als Siedlungszelle«. Dabei war eine Mischung von Miet- und Eigentumswohnungen, Reihenhäusern und Geschoßwohnungsbau bis max. drei Geschossen einschließlich Schulen, Läden und Infrastruktur vorgesehen. Bei diesem Siedlungskonzept sollten die Nachteile der Großstadt und die Vorzüge des Dorfes zu einer »neuen Gemeinschaftsbildung« verbunden werden.

Vor dem Hintergrund der Kriegszerstörungen wurde 1944 für Hamburg ein weiterer Plan entwickelt, der die Ziele der Auflockerung mit dem Konzept »Ortsgruppe als Siedlungszelle« noch konsequenter fortentwickelte. Bei Planungen für zerstörte Stadtgebiete wurde dieses Konzept erprobt und es sollte die Basis für einen großzügigen Wiederaufbau der Wohngebiete bilden. »Die neue Generalplanung geht von den nun durch die Zerstörung geschaffenen Tatsachen und völlig neuen Möglichkeiten aus... Sie hat zum allgemeinen, tragenden Leitgedanken statt seelenloser Steinwüsten würdige Heimstatt der Menschen, statt amorpher Häusermengen einzelne zellenhafte, zu erlebende Siedlungsgebilde, statt formloser Massenhaftigkeit gegliederte Gestalt. Der neue Generalplan betrachtet es als seine Aufgabe, eine Stadt zu schaffen, in der sich trotz der Größe der einzelne Volksgenosse nicht als eine Nummer untergehend fühlt, sondern zu einer Nachbarschaft gehörig, sich in eine noch zu übersehende Gemeinschaft eingebunden... Die für den einzelnen Menschen tagtäglich zu erlebende Größe eines Gemeinschaftsgebildes ist die Ortsgruppe, eine Siedlungszelle von rund 6000 Einwohnern, die einem Schulbezirk gleichkommt.«⁵⁸

Die Schreckenserlebnisse des Luftkriegs sollten sich durch präventive städtebauliche Maßnahmen nicht wiederholen können. Gutschow berichtete 1944 über die Hamburger Erfahrungen des Feuersturms und daraus zu ziehende städtebauliche Konsequenzen: »Die Wunden, die der Luftkrieg in die Großstädte gerissen hat und vielleicht noch reißen wird, dürfen beim Wiederaufbau nicht einfach geschlossen werden. Neue Stadtformen, aufgelockerte ›Stadtlandschaften‹, Siedlungszellen mit kulturellem Eigenleben müssen und werden entstehen... Die Auflockerung der Stadtmasse in Siedlungszellen mit Eigenleben macht die Großstadt nicht nur unvergleichlich viel ›lufthärter‹, sondern gibt der Stadt im nationalsozialistischen Reich Daseinsberechtigung, da sie die Voraussetzungen für das Werden eines örtlichen, bodengebundenen Gemeinschaftsgefühls schafft. Volksgemeinschaft wird erst in kleinen,

⁵⁷ *Staatsarchiv Hamburg*, Bestand: Architekt Konstanty Gutschow, A 44 D 22.

⁵⁸ *Ebda.*, A 44 D 38.

überschaubaren Siedlungsgebilden möglich. Die Gliederungsbereiche der Partei von der Zelle zum Block und zur Ortsgruppe, in denen die Gemeinschaft lebt, ist städtebaulich sichtbar in der Siedlung zu gestalten.«⁵⁹ Neben den eher ideologisch motivierten Begründungen der Auflockerung implizierte der Umbau der Siedlungsstruktur für die – nach amerikanischem Vorbild angenommene – Massenmotorisierung der Bevölkerung stadtstrukturelle Modernisierungen.

Als Gliederungsprinzip sollte die Ortsgruppe nicht nur in Hamburg und anderen Städten, sondern auch in den eroberten Ostgebieten Anwendung finden. »Die Gestaltung der Siedlungsmasse durch den Städtebau und die Gestaltung der Masse des Volkes durch die Partei sind gleichlaufende und verwandte Aufgaben. Und die beste Methode, nach der die Masse zu gestalten ist, ist notwendig die gleiche für die Zuordnung von Wohneinheiten in der städtischen Siedlung wie für die Zuordnung von Menschen in der politischen Organisation der Partei... Zweckmäßig für die Arbeit der Partei ist also, wenn den Hoheitsbereichen, die der Bewältigung der Führungsarbeit dienen, Bereiche im städtischen Siedlungsraum gleichlaufen.«⁶⁰ Die »Ortsgruppe als Siedlungszelle« ist in Reinkultur nicht gebaut worden, aber es gibt viele Planungen, wie man sie sich umgesetzt vorzustellen hätte. Heinrich Himmler, der Reichsführer der SS, beabsichtigte, dieses Planungsprinzip zur »Festigung deutschen Volkstums im neuen Osten« anzuwenden und erklärte 1942 in einer Anordnung: »In der Gestaltung der Wohngebiete darf keine schematische Massenhaftigkeit Platz greifen, sondern es müssen in städtebaulichem Sinn wohnliche, gemeinschaftsfördernde Siedlungen geschaffen werden... Die Maßstäbe für eine Gliederung der Wohngebiete nach den Bedürfnissen der Gemeinschaftsbildung gehen auf die gleiche Wurzel zurück, aus der die politische Gliederung der Volksgemeinschaft abgeleitet ist. Die Untergliederung der städtischen Wohngebiete wird daher mit der Gliederung der politischen Organisation der Volksgemeinschaft in Zellen, Ortsgruppen und Kreise möglichst weitgehend in Übereinstimmung zu bringen sein. Die der Ortsgruppe entsprechende städtebauliche Einheit ist in sich sinngemäß in kleine Zellen und schließlich in überschaubare Straßenräume, klare Platzbildungen, Wohnhöfe und nachbarschaftliche Gruppen zu gliedern.«⁶¹ Mit völkischer Diktion verbrämt, schimmern hier die Nachbarschaftskonzepte aus dem amerikanischen und englischen Städtebau durch, die seit Anfang der dreißiger Jahre in der Planerwelt immer mehr Anerkennung fanden.

⁵⁹ *Hamburgisches Architekturarchiv der Hamburgischen Architektenkammer*, Bestand C 65.

⁶⁰ C. Culemann, Die Gestaltung der städtischen Siedlungsmasse, in: *Raumordnung und Raumforschung* 3/4, 1941, S. 123. Culemanns Vorschlag wird 1956 wieder publiziert, und er wird als »einer der Pioniere der deutschen Landesplanung« gewürdigt. Die dokumentierten Pläne von 1941 und 1956 sind vollkommen identisch, nicht einmal das für »Wehrmachtsanlagen« reservierte Areal ist im Plan geändert worden.

⁶¹ *Zit. n. E. Lehmann* (s. A 56), S. 13–14.

5. Nachbarschaften als Stadtgliederungsmodell für den Wiederaufbau

Da das Konzept der »Ortsgruppe als Siedlungszelle« durch den nationalsozialistischen Entstehungszusammenhang diskreditiert war, wurde es nach 1945 begrifflich in »Zelle«, »Knolle« oder »Siedlungseinheit« transformiert. Die Ziele lesen sich daher durchaus ähnlich wie vor 1945, wenngleich die Terminologie quasi entnazifiziert ist: »Für alle Stadtgebiete ist eine Auflockerung dringend erforderlich ... Die Stadtteile sind so zu planen, daß sie neben der Verwaltung eine kulturelle, soziale und bedingt wirtschaftliche Einheit bilden mit allen erforderlichen Bauwerken für Schule, Kirche, Gewerbe, Handwerk, zum Teil Industrie, mit Sport und Erholungsflächen. Sie bilden organische Zellkörper, die sich organisch in einem Gesamtkörper zusammenschließen.«⁶² Konstanty Gutschow schrieb 1946 an Albert Speers ehemaligen Büroleiter Rudolf Wolters: »Mein Hobby, die Siedlungszelle, habe ich überigens mit Entzücken in den Londoner Wiederaufbauplänen von Abercrombie wiedergefunden. Dort sind sie neighbourhood units genannt. Sie sind der ganze Leitgedanke der ganzen Planung ... In Hamburg werden diese Gebilde jetzt, nachdem sie durch mein Malheur als Siedlungszellen diffamiert sind, Siedlungsknollen genannt. Ich hoffe, daß sie diesen mir so am Herzen liegenden städtebaulichen Gestaltungsgedanken nicht ernsthaft als Infiltration des Totalitätsanspruches der Partei an den Städtebau diagnostizieren.«⁶³ Da Gutschow die Londoner Pläne durchaus bekannt waren, ist seine Darstellung und sein »Patentanspruch« irreführend. So wurde nach 1945 in Deutschland der »ideologische Ballast« der Stadtplanung abgeworfen und aus dem nationalsozialistischen Leitbild »Ortsgruppe als Siedlungszelle« das westlich, demokratisch geprägte Leitbild der Nachbarschaftseinheiten, in Hamburg auch »Siedlungsknollen« genannt.

Damit knüpfte der deutsche Nachkriegsstädtebau eng an die Ziele der nationalsozialistischen Phase sowie der Zeit davor an, wenn auch rassenpolitische Begründungen entfallen und durch andere Argumentationen ersetzt wurden. Die wirtschaftliche und technische Elite blieb weitgehend vom Entnazifizierungsprozeß verschont, und der Wiederaufbau lag in den Händen »bewährter« Praktiker.⁶⁴ In ungebrochenem Selbstbewußtsein ihrer Fachkompetenz blieben bis auf wenige Ausnahmen alle Architekten und Planer in führenden Stellungen in Bauverwaltungen und Hochschulen, wenn auch einige wenige vom 1. und 2. Glied zurücktreten mußten, wie etwa Gutschow. Eine »Stunde Null« hat es daher nicht gegeben, vielmehr lassen sich eindeutig biographische und planerische Kontinuitäten ausmachen. Die Architekten und Pla-

⁶² Ebda., S. 18.

⁶³ Zit. n. W. Durth, Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, Braunschweig 1986, S. 257/58.

⁶⁴ K. von Beyme, Der Wiederaufbau, Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, München 1987, S. 47.

ner, die 1933 aus politischen oder/und rassistischen Gründen emigrieren mußten, hatten es vermutlich nach 1945 schwerer, am Wiederaufbau teilzunehmen, als die »Daheimgebliebenen«, die später eine »innere Emigration« vorgaben und schon in den Trümmern den Wiederaufbau im Geiste pflanzten. In den Grundsätzen für Demonstrativbauvorhaben des Bundesministeriums für Wohnungswesen und Städtebau hieß es noch 1967 in einem Resümee zu 10 Jahren Demonstrativbauvorhaben unter den zu verfolgenden Planungszielen: »Ziel ist eine wohngerechte und gemeinschaftsfördernde Bebauung, die in ihrer Gestaltung der gestellten Aufgabe entspricht. Dies setzt voraus: eine von städtebaulichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmte Gliederung in überschaubare Einheiten entsprechender soziologischer Mischung und einer für städtisches Leben sinnvollen Dichte.«⁶⁵

Entpolitisiert wurden die Nachbarschaften nun mit biologistischen Analogien, begründet als »organische« Gliederungseinheiten. Hamburgs damaliger Bausenator und späterer Bürgermeister Nevermann schrieb 1950 zum Aufbauplan durchaus in der Terminologie Gutschows vor 1945: »Man macht in der ganzen Welt die übermäßige Zusammendrängung der Menschen für die kulturellen und gesundheitlichen Mißerfolge der Großstädte verantwortlich. Das Heilmittel ist Auflockerung ... Heilmittel ist das Schaffen kleinerer Einheiten innerhalb eines großen Gesamtkörpers ... Die Wohngebiete, die so wachsen sollen, daß sie eigene Stadtlandschaften, »Knollen«, darstellen, die mit einem Grünrand abgegrenzt und auch verbunden werden.«⁶⁶ Ca. 5000 bis 7000 Einwohner pro Siedlungseinheit bildeten die quantitative Gliederungsgröße.⁶⁷ Stöckli formulierte noch zugespitzter: »Angewidert vom asozialen Charakter der Großstadt lehnen heute ihrer öffentlichen Verantwortung noch bewußte Kreise die großstädtische Lebensform ab und verlangen ihre völlige Ausmerzung.« Wenn es dagegen gelingt für die Nachbarschaft den richtigen Maßstab zu finden, »so entsteht eine kulturell wertvolle Kleinstadt in einem modernen Gewande, die nur Vorteile kennt, oder vielmehr die Vorteile der Kleinstadt und der Großstadt miteinander verbindet ... Die Nachbarschaft ist die urwüchsige Grundlage der Gemeinde, und die sich daraus entwickelnden Gemeinschaftsbande ergeben eine natürliche ökonomische Brüderlichkeit.«⁶⁸

Vor allem H. B. Reichow war es in Deutschland, der noch vor 1945 die »Ortsgruppe als Siedlungszelle« propagierend, nun biologistische Metapher verwandte und »organische Nachbarschaftseinheiten« zu planen suchte. In der Zeit des Nationalsozialismus noch Mitarbeiter bei Konstanty Gutschow, gelingt ihm problemlos die Mu-

⁶⁵ Wohnungsbau und Stadtentwicklung, Demonstrativbauvorhaben des Bundesministeriums für Wohnungswesen und Städtebau, München 1967, S. 19.

⁶⁶ P. Nevermann, Zum Hamburger Aufbauplan, in: Baurundschau 1, 1950, S. 7.

⁶⁷ Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Handbuch der Siedlungsplanung, Hamburg 1963, S. 10.

⁶⁸ A. Stöckli, Die Stadt. Ihr Wesen und ihre Problematik, Köln-Deutz 1954, S. 0, 149 und 144.

tation von der NS-Terminologie in eine scheinbar unpolitische Terminologie, die sich der Vorbilder aus der Natur bedient. Formulierte er noch 1941, daß bei der Stadtplanung eine »einheitliche Ausrichtung von der Siedlungszelle her im Sinne des neuen weltanschaulichen und politischen Aufbaus unseres Reiches« vorzusehen sei, geht es sieben Jahre später um die »gebundene Ordnung der organischen Stadtlandschaft mit zellengegliederten Nachbarschaften«. ⁶⁹ In den von im geplanten Nachkriegssiedlungen wie der Gartenstadt Hohnerkamp in Hamburg, der Sennestadt bei Bielefeld und der Neuen Vahr in Bremen bedient sich Reichow des verästelnden Prinzips der Erschließung und der getrennten Verkehrswege, dem »Radburn-Prinzip«. ⁷⁰ Reichow wurde teilweise als »Prinz Bernhard von Organien« verspöttelt, seine Siedlungsplanungen zählten aber zu den einflußreichsten Nachkriegsprojekten und sein (häufig falsch verstandenes) Buch die »Autogerechte Stadt«, in dem er vor allem das Radburn-Prinzip propagierte, wurde zu einem Bestseller. Ähnlich, wenn auch technokratischer und ohne biologistische Analogien, argumentierten die Autoren des einflußreichen Werkes der »Gegliederten und aufgelockerten Stadt«. ⁷¹ Ohne Umstände gaben sie zu, daß ihr Werk in der Zeit des Nationalsozialismus entstanden war und bemüht sich daher auch kaum um eine neuen Terminologie. Einer der Autoren, Roland Rainer, hatte schon 1948 die Nachbarschaftsidee als städtebaulichen Organisationsgedanken hervorgehoben und die Pläne von Clarence Perry und von Radburn auch für die deutschsprachigen Leser publiziert. ⁷²

In Großbritannien sollten Auflockerung, Dezentralisierung, Slumsanierung, Wohnungsneubau und Raum(neu)ordnung zu einem integrierten Konzept verschmolzen werden. Die erste Voraussetzung war die Bereitstellung von neuem Wohnraum. Um den Ballungsraum Groß-London nicht weiter zu verdichten wurde an die Gartenstadtidee angeknüpft, und neue selbständige Einheiten sollten die Grundlage für eine Dezentralisierungsstrategie bilden. »We need a basic plan of city growth, the reconstructed city has to be reduced in size, and the new city, together with the surrounding towns, including those new towns that are rightly called its satellites, create the

⁶⁹ H. Reichow, Grundsätzliches zum Städtebau im Altreich und im neuen deutschen Osten, in: Raumforschung und Raumordnung 3/4, 1991, S. 226, sowie: H. B. Reichow, Organische Stadtbaukunst, Braunschweig 1948, S. 105.

⁷⁰ Jegliche Planung wurde von Reichow unter dem Kriterium organisch/anorganisch bewertet, so auch die Wiederaufbauplanung mit Nachbarschaftseinheiten für den Londoner Stadtteil Shoreditch. Vgl. H. B. Reichow (s. A 69), S. 128 ff.

⁷¹ J. Göderitz / R. Rainer / H. Hoffmann, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957. So heißt es hier (S. 24) zum Thema »Gefahr der Vermassung«: »Wie die Masse der Menschen durch Gruppierung und Gliederung organisiert und übersichtlich gemacht wird, so kann auch der Stadtraum, die Masse der städtischen Baugebiete als das bauliche und räumliche Gefäß menschlichen Lebens, nur durch Gliederung in überschaubare Einheiten geordnet d. h. organisiert werden ... Aus dem englischen »neighbourhood« abgeleitet, hat man solche Einheit »Nachbarschaft« genannt und zur Grundlage städtebaulicher Organisation gemacht.«

⁷² R. Rainer, Städtebauliche Prosa, Tübingen 1948, S. 47 und 130.

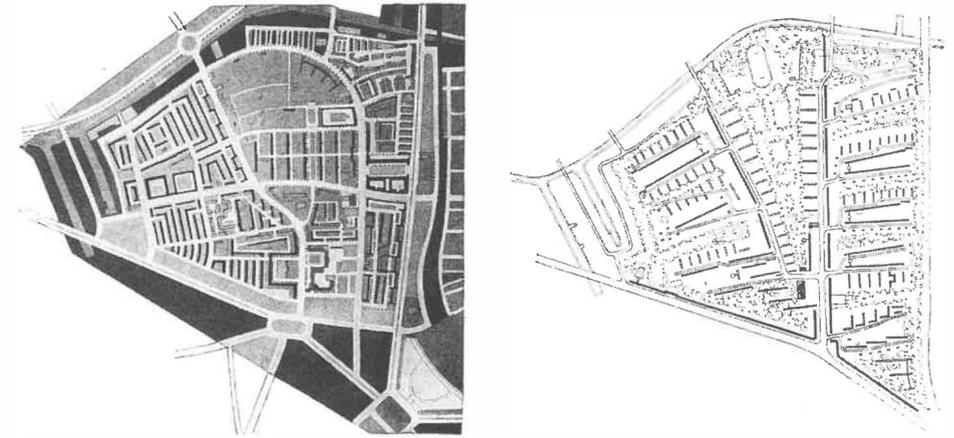


Abb. 8: Reichows Kritik am Greater London Plan: Anorganische Nachbarschaften (links) und sein Vorschlag organischer Wiederaufbauplanung (rechts) 1948.

region.« ⁷³ Die Begriffswahl für die zu gründenden Städte fiel auf »New Towns«, ⁷⁴ um einen gesellschaftlichen Wandel und Neubeginn der Nachkriegsära zu dokumentieren. 1946 wurde das New Towns Gesetz verabschiedet, und es wurde angemerkt, »that is not called a »Satellite Town Bill« or a »Garden Cities Bill«. ⁷⁵ Die angeblich unterschiedlichen Definitionen zwischen Gartenstadt, Satellitenstadt ⁷⁶ und New Town muten allerdings etwas spitzfindig an. Grundlegender Gedanke dahinter war vor allem, die Dezentralisierung der Großstädte, besonders Londons zu ordnen und zu organisieren.

⁷³ C. B. Purdom, The Building of Satellite Towns. A Contribution to the Study of Town Development and Regional Planning, London 1949, S. 18.

⁷⁴ F. Schaffer, The New Town Story, London 1972, S. 19. Die New Towns und die jeweiligen Nachbarschaftskonzepte sind auch in der deutschsprachigen Literatur ausführlich beschrieben worden; vgl. H. Bruckmann / D. L. Lewis, Neuer Wohnbau in England, Stuttgart 1960 sowie R. Rosner, Neue Städte in England, München 1962 und H. Weyl, Stadtsanierung und neue Städte in England, Essen o. J.

⁷⁵ Vgl. C. B. Purdom (s. A 49), S. 23.

⁷⁶ Der Begriff wurde zuerst 1915 in der amerikanischen Diskussion von G. R. Taylor »Satellite Cities« (New York 1915) eingeführt. »By a satellite town is meant a town in the full sense of the word, a distinct civic unit with its own local government and corporate life, possessing the economic, social, and cultural characteristics of a town, and, while still maintaining its identity, in some sort of relation of independence upon a larger town or city. The term does not mean a village, because a village has not the functions of a town, neither does it mean a suburb or any form of community that is absorbed or in process of absorption into another community, and lacks its own local government, even though it may have a distinct name. The word »satellite« is used in the sense of a body under the influence of a more powerful body but possessing its own identity.« Vgl. C. B. Purdom, ebda., S. 24.

Gordon Stephenson, einer der einflußreichsten Planer in England in der Vor- und Nachkriegszeit, hatte schon 1929 Radburn besucht und war in verschiedenen Positionen im Ministry of Town and Country Planning und später als Professor in Liverpool einer der eifrigsten Propagandisten der Gartenstadtidee. 1948 erschien Thomas Sharps Buch »Städtebau in England« in der Übersetzung von Gerhard Jobst in Deutschland. Das Buch war in England schon 1940 erschienen, und die Publikation spiegelt die deutsche Suche nach politisch nicht vorbelastetem planerischen Gedankengut, das »gesicherte Erkenntnisse« für den Wiederaufbau liefern sollte. Auch Sharp propagierte die Idee der Planung von Nachbarschaften, die »mit dem ihr eng verwandten Gedanken der Trabantenstadt wahrscheinlich eine der wichtigsten Entwicklungen in die ganze Geschichte des Städtebaus« bringt.⁷⁷ Sharp sah die Nachbarschaften in Verbindungen mit einer bandartigen Erweiterung der Stadt und knüpfte hier an die Konzepte des MARS-Planes für London an.

Die New Towns bildeten in Großbritannien das großmaßstäbliche Experimentierfeld für die Umsetzung der Nachbarschaftsidee. »Most of the towns have adopted the principle of neighbourhoods varying in population from 5 000 to 10 000 ... But their effectiveness in creating ›neighbourhood‹ consciousness seems to vary.«⁷⁸ Anthony Goss resümierte 1961: »Sixteen years have passed since the neighbourhood theory was officially adopted in Britain. Since then a considerable number of neighbourhoods have been built, especially in the New Towns ... The neighbourhood units built in Britain in the last sixteen years have not only provided an improved living and social environment for hundreds of thousands of people, but also provide most valuable practical experience for testing and developing the neighbourhood unit concept.«⁷⁹ Auch hier ging es wieder um die Frage, wie die Sozialstruktur in den New Towns geplant werden könnte. Peter M. Mann schlug »social balanced neighbourhood units« vor, die jeweils ein kleinteiliges Abbild der gesamtstädtischen Sozialstruktur sein sollten.⁸⁰ In den New Towns wurde das Konzept im großen Maßstabe umgesetzt, obwohl der Aspekt der Gemeinschaftsbildung vielfach überschätzt wurde. Nicht einmal ein Drittel der Bewohner der New Town Stevenage, die mit sechs Nachbarschaften von 10 000 Einwohnern geplant war, konnten den Namen ihrer Nachbarschaft angeben.⁸¹ »We chose the house rather than the neighbourhood« resümiert Bracey in seiner vergleichenden Studie neuer Siedlungen in den USA und in England.⁸² Frederick Gibberd, einer der bedeutendsten Stadtplaner der Nachkriegs-

⁷⁷ Th. Sharp, Städtebau in England, Berlin 1948, S. 74.

⁷⁸ F. J. Osborn / A. Whitteck, The New Towns. The Answer to Megalopolis, London 1969, S. 146.

⁷⁹ A. Goss, Neighbourhood Units in British New Towns, in: Town Planning Review, 1961, S. 66 und 82.

⁸⁰ P. M. Mann, The Socially Balanced Neighbourhood Units, in: Town Planning Review 1958, S. 91 ff.

⁸¹ Zit. n. S. Keller, The Urban Neighborhood: A Sociological Perspective, New York 1968, S. 99.

⁸² H. E. Bracey, Neighbours. On New Estates and Subdivisions in England and U.S.A., London 1964, S. 45.

zeit in Großbritannien, betonte die Bedeutung von Nachbarschaftseinheiten zur Stadtgliederung, relativierte aber in seinem lehrbuchähnlichen Werk schon den Stellenwert bei der Entfaltung des Nachbarschaftssinns: »The object of arranging the towns housing in the form of neighbourhoods is to enable the family unit to combine, if it so wishes, with other families into a community which has definite social contacts and a recognizable physical unity. The neighbourhood is essentially a spontaneous social grouping, and it cannot be created by the planner.«⁸³ Eine empirische Untersuchung kam 1970 zu dem Ergebnis,⁸⁴ daß die Planung nach dem Prinzip der Nachbarschaftseinheiten mit Separierung der Verkehrsarten (»Radburn planning«) von den meisten lokalen Behörden praktiziert wurden.

Aber auch in England blieb das Konzept der Nachbarschaften auf den kommunalen Wohnungsbau und die New Towns beschränkt, der freie Wohnungsmarkt operierte nach anderen Prinzipien. In den USA dagegen, wo der öffentlich geförderte Wohnungsbau gegenüber England und der BRD fast bedeutungslos war, bewirkte die Propagandamaschinerie für die Nachbarschaftsidee, daß sich clevere Immobilienspekulanten einzelner Elemente und Begriffshülsen bedienten. An der Dominanz der Marktkräfte änderte auch die Tatsache wenig, daß das Nachbarschaftskonzept nun »amtlich« als Leitbild propagiert wurde. In der Präambel zum Wohnungsbaugesetz von 1949 wurde festgelegt, daß die Heime der Bürger der USA in Nachbarschaften zu integrieren seien.⁸⁵ Von der American Public Health Association und vom Committee on the Hygiene of Housing wurde vom Public Administration Service 1948 und 1960 in einer Neuauflage das Büchlein »Planning the Neighborhood« herausgegeben. Vorsitzender des Komitees war Thomas Adams Sohn Frederick J. Adams, der die Zutaten zum Rezept der Nachbarschaftsidee weiter systematisierte und den Begriff wie folgt definierte: »The neighborhood is a physical concept: it is the area within which residents may all share the common services, social activities and facilities required in the vicinity of the dwelling.«⁸⁶ Ein beigefügtes Glossar und eine umfangreiche Bibliographie konnten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß realisierte Beispiele eher dürftig waren. 1947 stellte James Dahir, wiederum im Auftrage der Russel Sage Foundation, eine Evaluierung des Konzeptes und seiner Umsetzungen an.⁸⁷ Er kommt zu dem Ergebnis, daß das Konzept weltweit theoretisch anerkannt sei, dokumentiert Beispiele aus allen Erdteilen und skizziert Implementierungsprobleme.

⁸³ F. Gibberd, Town Design, London 1969 (zuerst 1953), S. 229.

⁸⁴ A. E. J. Morris, The Radburn Dilemma, in: Official Architecture and Planning 33, May 1970, S. 416.

⁸⁵ H. Gillette, The Evolution of the Neighborhood Planning. From the Progressive Era to the 1949 Housing Act, in: Journal of Urban History Vol. 9, No. 4, S. 427.

⁸⁶ Planning the Neighborhood, Public Administration Service, by the American Public Health Association and the Committee on the Hygiene of Housing, Chicago 1960, S. 1.

⁸⁷ J. Dahir, The Neighborhood Unit Plan. Its Spread and Acceptance. A Selected Bibliography with Interpretative Comments, New York 1947.

Selten waren sich die Planer wohl weltweit derartig einig über das Leitbild städtebaulicher Aufgliederung durch Nachbarschaften.⁸⁸ Das Ziel der Stadtaufgliederung war international unumstritten,⁸⁹ auch die Methode dies über kleinere geplante Stadteinheiten und Volksschuleinheiten als Größenordnung zu realisieren, war unumstritten, lediglich bei der städtebaulichen Ausformung gab es Differenzierungen. Weltweit, auch in Skandinavien, fand die Nachbarschaftsidee begeisterte Anhänger, und die Siedlung Vällingby bei Stockholm ist wohl das bedeutendste Beispiel einer Planung nach dem »Radburn-Prinzip«.⁹⁰

Die weltweite Planungseuphorie der sechziger Jahre beförderte technokratische Modelle, die die Nachbarschaftsidee auf technisch-organisatorische Richtwerte der Infrastrukturplanung reduzierte und zunehmend verengte. Auch Vertreter der Moderne wie Walter Gropius unterstützten die Nachbarschaftsidee und damit vorgeblich zu befördernde Ziele. Auflockerung, nicht Auflösung sei, so Gropius, das Ziel organischer Nachbarschaftsplanung. »Auch wird die Zahl von Vergehen und Verbrechen mit dem wachsenden Gemeinschaftssinn in der Nachbarschaft abnehmen... Gute Planung kann zwar nicht allein, aus sich heraus, gute Nachbarschaftsbeziehungen erzeugen, aber sie kann doch den Rahmen für eine solche Entwicklung liefern.«⁹¹ Jane Jacobs rechnete in ihrem (zuerst 1961 erschienenem) einflussreichen Buch über »Tod und Leben großer amerikanischer Städte« mit dem Nachbarschaftsmythos ab. »Nachbarschaft« ist ein Wort, das den Klang einer Liebesbotschaft angenommen hat. In dieser sentimental Bedeutung ist jedoch der Begriff der Nachbarschaft für die Stadtplanung ausgesprochen schädlich. Er verleitet dazu, das Großstadtleben zu Imitationen kleinstädtischen oder vorstädtischen Lebens zu verzerren. Sentimentalität treibt hier mit guten Absichten böses Spiel, für Vernunft bleibt wenig Raum.⁹² Die »Doktrin vom Heil durch Ziegelsteine« gehörte ihrer Meinung nach zum überlebten Gedankengut von Planern. Die zunehmende Verbreitung des PKW und private Immobiliengesellschaften beförderten die unregulierte, spekulativ motivierte Suburbani-

⁸⁸ Mumford resümierte: »During the last two decades the idea of planning neighborhoods has been widely accepted. But this has taken place more in principle than in actual practice, except in the British New Towns.« Vgl. L. Mumford (s. A 22), S. 256.

⁸⁹ »The great model is Radburn«, erklärte Rasmussen und übertrug das Modell auf die Stadterweiterung von Kopenhagen und die Planung der Siedlungen »Sondergaardsparken« und »Gyngemosen«. Vgl. S. E. Rasmussen, Neighbourhood Planning, in: Town Planning Review 27, 1956/57.

⁹⁰ »Wir kannten alle die Radburn-Einheit außerhalb New Yorks«, erklärte der Chefplaner Göran Siedenbach, der allerdings einige Prinzipien des Originals modifizierte; zit. n. I. Irion / Th. Sieverts, Neue Städte. Experimentierfelder der Moderne. Stuttgart 1991, S. 181.

⁹¹ W. Gropius, Architektur, Wege zu einer optischen Kultur, Frankfurt a. M./Hamburg 1956, S. 109.

⁹² J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin 1969, S. 78. Ludwig Hilbersheimer, der sich explizit auf Clarence Stein, Henry Wright und Radburn bezieht, hatte schon in den dreißiger Jahren Modelle von »neuen Siedlungseinheiten« entwickelt, mit denen er u.a. Dessau, später auch in USA Städte wie Chicago zu überplanen suchte. Vgl. L. Hilbersheimer, Entfaltung einer Planungs Idee, Berlin/Frankfurt a. M./Wien 1963, S. 38 ff.

sierung, und Mumford schrieb 1961: »Left to themselves, as Los Angeles already demonstrated, these forces will automatically destroy the city.«⁹³ Auch in den USA blieb in der Nachkriegszeit Radburn durchaus das auf dem Papier akzeptierte Modell, das aber in der Planungsrealität weitgehend bedeutungslos bleiben sollte.

Eine Reihe von empirischen Untersuchungen hat auch in Deutschland seit den sechziger Jahren die Nachbarschaftsidee entmythologisiert.⁹⁴ Die erhofften gemeinschaftsfördernden Effekte sind kaum eingetreten, und immer deutlicher erwies sich, daß soziale Verhaltensweisen, soziale Integration und politische Gemeinsamkeiten nicht, oder nur sehr begrenzt, über baulich-räumliche Konzepte induzierbar und steuerbar, veränderbar oder beeinflussbar sind.⁹⁵ Um so erstaunlicher erscheint die derzeitige Renaissance des Nachbarschaftsmythos, bei dem Nachbarschaft als räumliche Gebietseinheit und als soziales System vermengt werden. Die Perry'sche Nachbarschaftsidee begriff die Vereinzelung und Entwurzelung nicht als Folge tiefgreifenden gesamtgesellschaftlichen Strukturwandels, sondern schrieb sie dem »Moloch Großstadt«, also einer spezifisch räumlichen Manifestation, zu. Die Folgerung, mit einer Form der Gestaltung der baulich-räumlichen Umwelt eine Veränderung des sozialen Verhaltens, schichtenübergreifenden »Kulturaustausch« und politisch harmonisierende und integrierende Wirkung erzielen zu können, erwies sich vor dem Kontext der falschen Annahmen aber als trügerisch. Zunehmend wird das Nachbarschaftskonzept als eine begriffliche Leerformel für Werbebroschüren instrumentalisiert. Seines ursprünglichen Inhalts entkleidet wird es als Marketingbegriff, ähnlich wie Gartenstadt und Wohnen im Park in inflationärer Weise benutzt. Sie nimmt die Sehnsüchte nach einer kleinteilig, überschaubaren heilen Welt auf und gibt vor, diese auf lokaler Ebene herstellen zu können.

⁹³ L. Mumford, The City in History, Harmondsworth Aufl. 1975, S. 573.

⁹⁴ Vgl. vor allem: H. Klages, Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt, Stuttgart 1968; B. Hamm, Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs, Düsseldorf 1973.

⁹⁵ »Die erhoffte Vergemeinschaftung, der Nachbarschaftsgeist wollten sich nicht oder nur zögernd einstellen... Ganz allgemein wurde die Integration empirisch schwächer gefunden, als man aus der Planungs ideologie deduziert hatte.« Vgl. E. Pfeil (s. A 33), S. 40.

Uwe Schneider / Gert Gröning

Späte Ehren für Eugen Hömig?

Eugen Hömig: ehemaliger Präsident des BDA und nationalsozialistischer Funktionär in der Reichskammer der bildenden Künste

In der Proklamation zur Gründung des Bundes Deutscher Architekten in Frankfurt am Main im Jahre 1903 war folgender Passus enthalten: »Um unseren Stand, den des selbständigen, künstlerisch schaffenden Architekten, in dessen Händen vorwiegend heute die Pflege der Baukunst als Verkünderin des Zeitgedankens ruht, in idealem Streben, aber auch in berechtigter Selbsthilfe zu befestigen und zu fördern, müssen wir uns klar sein über jene Einwirkungen, die ihn im immer heftiger werdenden Lebenskampf unserer Tage schädigend beengen, ja die, teilweise noch unbewußt, darauf hinarbeiten, ihm zum Schaden unserer Kunstentwicklung den Lebensnerv zu durchschneiden«.

Der Lebensnerv des Bundes Deutscher Architekten als eines frei konstituierten Berufsverbandes wurde spätestens mit der Eingliederung in die »Reichskulturkammer« im November des Jahres 1933 durchschnitten. Genau 15 Jahre später wurde der Verband in den westlichen Besatzungszonen neu begründet. Nach nunmehr über 60 Jahren sollte es möglich sein, daß der Berufsverband zu den Umständen, die zur Auflösung des BDA geführt hatten, ein unbefangenes Verhältnis einnimmt. Dieser fromme Wunsch eines Außenstehenden erwies sich beim Lesen einer kleinen Schrift des Bundes Deutscher Architekten aus dem Jahre 1993¹ als Irrtum. In jener Schrift, der auch das obenstehende Zitat entstammt, wurde kurz dargelegt, wie der BDA 1933 in die Reichskammer der bildenden Künste überführt und damit aufgelöst wurde. »Das alte BDA-Mitglied Eugen Hömig, seit März 1933 Präsident dieses Bundes, konnte dies nicht verhindern«, heißt es dort. Dem Leser wird mitgeteilt, daß Eugen Hömig sich der Auflösung des BDA entgegengestellt hätte. Diese Information ist falsch. Sie in einem offiziellen Text des BDA aus Anlaß des 90jährigen Bestehens zu lesen, deutet entweder daraufhin, daß der Verfasser und der verantwortliche Redakteur² es tatsächlich nicht besser gewußt haben, oder, daß sich dahinter eine Entlastungsstrategie verbirgt. Diese Strategie könnte lauten, daß es sich im Jahre 1933 um eine »erzwungene Selbstauflösung« des BDA gehandelt hatte; dem bösen System der Nationalsozialisten stünde somit der gute, oder zumindest politisch neutrale BDA gegenüber, der sich den neuen Machthabern beugen mußte.

¹ 90 Jahre BDA: Zukunft aus der Vergangenheit. Bund Deutscher Architekten, hrsg. von C. Steckeweh, Bonn: BDA 1993.

² Die Chronologie geht auf einen ursprünglich von Edgar Wedepohl, Berlin, verfaßten und 1978 in der Verbandszeitschrift »Der Architekt« publizierten Text zurück, der 1993 von Carl Steckeweh nur unwesentlich verändert, wieder zum Abdruck gekommen ist.

Die tatsächlichen Vorgänge wurden allerdings bereits 1967 von Anna Teut und unabhängig davon ein Jahr später von Barbara Miller Lane einigermaßen deutlich vorgebracht. Teut merkte zu dem Prozeß der Gleichschaltung allgemein an, daß dieser »zumindest in seiner anfänglichen Phase weitaus mehr Merkmale der Freiwilligkeit als der Willkür aufweist«.³ Konkret ist zu den Vorgängen bei Teut folgendes nachzulesen: »Der für die nationalsozialistische Machttechnik charakteristische Prozeß der Gleichschaltung ... beginnt mit dem Austausch von leitenden Persönlichkeiten und Vorstandsgremien sowie der Auflösung der auf demokratischer Wahlfreiheit basierenden Satzungen durch das autokratische ›Führerprinzip‹ ... ›Der Bund Deutscher Architekten‹ tut den verhängnisvollen ersten Schritt nach vorangegangenen Sondierungen des kunst- und machtpolitischen Terrains vergleichsweise früh, am 23. März auf einer Ausschußsitzung in Berlin (Teilnehmer waren Schultze-Naumburg, Schmitt-henner und Hömig) ... Der alte Vorstand tritt zurück ... Neuer und alleiniger Präsident wird ... Prof. Eugen Hömig, ›ein seit Jahren begeisterter Nationalsozialist‹. Hömigs erste Amtshandlung besteht darin, ›Gleichschaltungen‹ auch in den Landesleitungen und Ortsgruppen vorzunehmen. Bis zum 24. April wird der Vorgang, z. T. unter dem Eindruck ›zufällig‹ vorbeimarschierender SA-Kolonnen abgeschlossen.«⁴ Hömig konnte daraufhin im Mai 1933 in der »Bauwelt« den Vollzug der »Gleichschaltung« vermelden. »Die Gleichschaltung ist inzwischen überall durchgeführt worden. Der Bund Deutscher Architekten ist damit zu einem starken Kulturinstrument der nationalen Regierung geworden. Er steht mit allen seinen Kräften hinter der Regierung und dem Reichskanzler und Führer Adolf Hitler.«⁵ Gleichzeitig war von Hömig im Zusammenhang mit der organisatorischen Neuordnung der regionalen Gruppierungen des BDA »mit den Zielen und Richtlinien der nationalen Regierung« eine sogenannte »Architektenliste« in Vorschlag gebracht worden. Diese, so hat Lane ausgeführt, diente dazu, Mitglieder der SPD, der KPD und jüdischer Abstammung auszugrenzen.⁶ Nachdem sich der »Bund Deutscher Architekten und Ingenieure« und einige kleinere Architektenvereinigungen dem BDA angeschlossen hatten, erfolgte im September 1933 die 30. Jahreshauptversammlung in München, »flankiert von schwarzen Uniformen und mit einem überdimensionalen Hakenkreuz geziert« wie Teut berichtet.⁷ Anstelle der vormaligen, im demokratischen Sinne allerdings mühsameren Debatten gab Hömig hier einen dreistündigen Bericht, ergänzt durch programmatische Reden von Alfred Rosenberg, Paul Schultze-Naumburg, Paul Bonatz und Peter Behrens. Auf der Münchner Versammlung wurde neben dem »Führerprinzip«

³ A. Teut, Architektur im Dritten Reich 1933–1945, in: Bauwelt Fundamente 19 (1967), S. 68.

⁴ Ebda.

⁵ Ebda., S. 86 (Dokument 18).

⁶ B. Miller-Lane, Architecture and Politics in Germany 1918–1945, Cambridge: Harvard University Press, 1968, S. 174.

⁷ A. Teut (s. A 3), S. 69.

offiziell auch die »Arierklausel« bestätigt, die innerhalb des Verbandes bereits für Neuzugänge angewandt wurde, nun aber auch bestehende Mitgliedschaften betreffen sollte.⁸

All diese organisatorischen Maßnahmen vom Frühjahr bis zum Spätsommer 1933 hatten zum Ziel, die vielgestaltig entwickelte Struktur unterschiedlicher, im Bauwesen tätiger Berufsverbände zu vereinheitlichen und nach Führerprinzipien zu organisieren. Bei der Durchführung und Federführung dieses Vorhabens allerdings trat zu dem BDA eine weitere Organisation in Konkurrenz, nämlich der »Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure« (KDAI). Dieser gehörte dem 1928 von Alfred Rosenberg gegründeten »Kampfbund für deutsche Kultur« (KfdK) an. Der KDAI war im November 1931 im Hinblick auf berufsständische Interessen als Unterabteilung des KfdK gegründet worden. Neben Schultze-Naumburg, Schmitthenner und Bestmeyer gehörte auch Eugen Hönig dem KDAI an.⁹ Nach Lane unterschieden sich die beiden Organisationen in ihren doktrinären Zielen mit ihrer Ablehnung der Modernen Architektur und dem Interesse an einem auf »Blut und Boden« begründeten Stil nur graduell. »The attacks of the Kampfbund and the KDAI upon radical architects were more virulent than those made by the reorganized Werkbund and BDA ... The competition among them was thus a matter of personal and organizational rivalry, and not a question of conflicting ideas.«¹⁰ Von höchster Parteiebene aus waren im Frühjahr und Sommer 1933 unterschiedlich lautende Anweisungen über die Kompetenz bei der Durchführung des berufsständischen Aufbaus ergangen. Noch im April 1933 war in einer von Rudolf Heß unterzeichneten Anweisung des »Politischen Zentralkomitees der NSDAP« verfügt worden, daß der KDAI die relevante Organisation für den berufsständischen Aufbau darstelle.¹¹ Im Juli allerdings wurde auf einer gemeinsamen Tagung von BDA, KDAI und einer Unterkommission der »Politischen Zentralkommission der NSDAP« in Weimar festgelegt, daß der BDA die anerkannte und beauftragte Organisation für den berufsständischen Aufbau sei, was wiederum im September 1933 von Rudolf Heß bestätigt wurde.¹²

Dem KDAI kam gemäß der Juli-Vereinbarung nunmehr ausschließlich die Aufgabe weltanschaulicher Schulung im Sinne der »nationalsozialistischen Idee« zu.¹³ Die enge Zusammenarbeit wurde dadurch bekräftigt, daß Eugen Hönig im September in die Reichsleitung des Rosenbergschen »Kampfbundes für deutsche Kultur« berufen wurde.¹⁴ Damit schienen die Kompetenzen endgültig abgesteckt zu sein. Wenig später, nachdem diese Verabredung getroffen war, wurde am 22. September 1933 das

⁸ Ebda., S. 70.

⁹ B. Lane (s. A 6), S. 158.

¹⁰ Ebda., S. 175.

¹¹ A. Teut (s. A 3), S. 67.

¹² Ebda., S. 93 (Dokument 25).

¹³ Ebda., S. 88–89 (Dokument 20).

¹⁴ Ebda., S. 88–89 (Dokument 20).

»Gesetz zur Errichtung der Reichskulturkammer« verabschiedet. Innerhalb der »Reichskulturkammer« als nachgeordneter Stelle des »Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda« unter Josef Goebbels sollten sechs Reichskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechtes eingerichtet werden.¹⁵ Damit wurde eine völlig andere hoheitliche Zuordnung vorgenommen. Innerhalb der nach § 2 dieses Gesetzes zu errichtenden »Reichskammer der bildenden Künste« sollte nunmehr die berufsständische Eingliederung der Architekten vorgenommen werden. Damit wurden die bisherigen Vereinbarungen zwischen dem BDA und dem KDAI, bzw. dem »Kampfbund für deutsche Kultur« obsolet.

Lane hat hinter dieser Entscheidung, die zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Gleichschaltung führte, die persönliche Einflußnahme Josef Goebbels gesehen. »From the beginning of 1933, Goebbels had shown himself to be unsympathetic to the more vigorous opponents of modern art ... His speech at the opening of the Reichskulturkammer was nothing less than an open attack upon the conservatism of the Kampfbund.«¹⁶ Verschiedentliche Reden aus dem Jahre 1933 konnten tatsächlich die Hoffnung nähren, daß Goebbels modernen Tendenzen in der Kunst nicht abgeneigt war. Dies schien beispielsweise aus der Bestückung einer Ausstellung hervorzugehen, die Mitte 1933 vom »Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda« nach Chicago gesandt wurde und in der Werke u. a. von Barlach und Nolde zu sehen waren. Weitere Hinweise, die in der Expressionismus-Debatte im Sommer 1933 gipfelten, erweckten den Eindruck, daß Goebbels die moderne Kunst und Architektur zu fördern beabsichtige.¹⁷ Die Einrichtung der »Reichskulturkammer« hätte vor diesem Hintergrund dazu gedient, die bislang erfolgreiche Politik des Rosenbergschen »Kampfbundes für deutsche Kultur« zu schwächen. Darauf deuten auch Passagen aus der Eröffnungsrede Goebbels zur »Reichskulturkammer« vom 15. November 1933: »Wir haben den Mut, großzügig zu sein und wünschen und hoffen, daß unsere Großherzigkeit durch gleiche Großherzigkeit seitens der Künstlerwelt belohnt wird ... Die neugegründete Reichskulturkammer steht über den überlebten Begriffen von modern und reaktionär.«¹⁸

Mit der Berufung Eugen Hönigs zum Präsidenten der »Reichskammer der bildenden Künste« wäre, so ließe sich folgern, eine Person herangezogen worden, die modernen Bestrebungen in der Architektur zumindest nicht feindlich gegenüberstand.¹⁹

¹⁵ Abdruck des Dokumentes in W. Hofer, Der Nationalsozialismus: Dokumente 1933–1945, Frankfurt 1977, S. 95–96.

¹⁶ B. Lane (s. A 6), S. 176.

¹⁷ Weitere Beispiele hierfür bei B. Lane 1968 (s. A 6), S. 176–178; 179–180.

¹⁸ Nach R. Merker, Die bildenden Künste im Nationalsozialismus: Kulturideologie, Kulturpolitik, Kulturproduktion, Köln 1983, S. 127.

¹⁹ Vgl. hierzu die ambivalente Haltung von Hönig anhand der Korrespondenz zwischen Hönig und Gropius nach: R. R. Isaacs, Walter Gropius: Der Mensch und sein Werk, Bd. 2/1, Frankfurt a. M./Berlin, S. 649–652; 661; passim.

Unklar bleibt bei dieser Leseart allerdings, wieso mit Hönig als Präsidenten und der Ernennung Bestelmeyers zum Mitglied des »Reichskultursenats« ausgerechnet zwei führende Funktionäre des Rosenbergschen »Kampfbundes für deutsche Kultur« letztlich damit den Sprung in die neue Institution schaffen konnten. Lane begründet »these men had been among the least active opponents of the »architectural bolshevism.«.²⁰ Diese Erklärung »ex negativo« ist wenig überzeugend für die Vergabe eines solch hochrangigen Postens.

Dagegen ist entsprechend den Hinweisen Anna Teuts zur Eingliederung des BDA in die »Reichskammer der bildenden Künste« mit einem anderen Einfluß zu rechnen. Die Eingliederung sei, so Teut, »die Frucht einer spontanen Entscheidung Hitlers gewesen.«²¹ Teut legt dar, daß hinter dieser Entscheidung letztlich die um German Bestelmeyer gescharten Baumeister des »Deutschen Künstlerbundes 1933« (Gründung im März 1933) gestanden hatten. Bereits im Mai 1933 habe dieser Bund, der unverhohlene Frontstellung gegen den »Kulturbolschewismus« und gegen das »marxistische Berlin« eingenommen hatte, gelegentlich eines Besuches Hitlers in München umfangreiche Neubaupläne besprochen. Diese Gruppe konnte geschickt zwischen der Rosenbergschen »Völkischen« einerseits und der Front der »nationalen Opposition« andererseits Stellung beziehen.²² Teuts These lautet, daß Hitler dem Stil dieser Gruppe, zu der auch der Architekt Paul Ludwig Troost gehörte, zuneigte. Im »Deutschen Künstlerbund 1933« wäre somit der eigentliche Drahtzieher für die Eingliederung des BDA in die »Reichskammer der bildenden Künste« zu suchen. Bestelmeyer und Hönig gelang aufgrund persönlicher Einflußnahme als ehemaligen Funktionären des Rosenbergschen »Kampfbundes für deutsche Kultur« der Übergang in die neue Institution. Möglicherweise stand Paul Ludwig Troost hinter dieser Entscheidung Hitlers. Nach einer von Sabine Weißler mitgeteilten Information aus dem Berlin Document Center benutzte Eugen Hönig den Einfluß der Münchner Gruppe, um seine Karriere zu retten. Der Architekt Carl Lörcher, seit Juni 1933 Vorsitzender des Deutschen Werkbundes, und ab 11. November als Nachfolger Hönigs zum Präsidenten des BDA bestimmt,²³ berichtet, »Hönig hätte sich seine Wahl dadurch erschlichen, daß er angab, Paul Ludwig Troost würde hinter ihm stehen.«²⁴ Die Behauptung Lörchers führte zu einem Verfahren vor dem Obersten Parteigericht der NSDAP, in dessen Verlauf Hönig offenbar von Goebbels protegiert wurde.²⁵ Immerhin aber war Paul Ludwig Troost im November selbst als einziger Architekt in den sechsköpfigen

²⁰ B. Lane (s. A 6), S. 176–178; 183.

²¹ A. Teut (s. A 3), S. 71.

²² Ebda., S. 73.

²³ Ebda., S. 87.

²⁴ S. Weißler, »Geschenkte Traditionen«. Design in Deutschland 1933–45: Ästhetik und Organisation des Deutschen Werkbundes im »Dritten Reich«, in: Werkbund-Archiv 20, Gießen 1990, S. 28, Fußnote 31 (10–29).

²⁵ Ebda., S. 17 (10–29).



Abb. 1: Eugen Hönig, Präsident der Reichskammer der bildenden Künste, um 1933 (Ullstein-Bildarchiv, 331006).

Präsidialrat der »Reichskammer der bildenden Künste« gelangt,²⁶ Lörcher, nach Teut ein alter SA-Mann, der 1933 die Leitung der Reichsstelle für Raumordnung in Berlin übernommen hatte, außerdem in Berlin mit einer Professur für Bau- und Siedlungswesen betraut wurde, war der eigentliche Liquidator des BDA.²⁷ Der BDA bestand unter Lörcher tatsächlich noch bis 1935 fort, war wegen des Verbots der Doppelmitgliedschaft allerdings seiner Mitglieder beraubt, die einzig der »Reichskammer der bildenden Künste« angehören konnten.

In seiner Eigenschaft als Präsident dieser Kammer nahm Hönig nun in den folgenden Jahren den berufsständischen »Aufbau« vor. Er selbst hatte sich als umtriebiger Architekt bislang vorrangig im Münchner Raum mit zahlreichen Bauten hervorgetan,²⁸ die Paul Ortwin Rave später als »unerhebliche Bauten im bayerischen Neubarock« charakterisieren sollte.²⁹ Seine Ansichten zu einer »volksnahen« und dem

²⁶ P. »Die Kulturkammer«. *Bauwelt* 24.47 (23. November 1933): 1269 (1269–1270).

²⁷ A. Teut (s. A 3), S. 87.

²⁸ Thieme-Becker, Allgemeines Lexikon der Künstler. Bd. 17. Leipzig: Seemann 1924, S. 209–210 s.v. »Hönig, Eugen«.

²⁹ P. O. Rave, *Kunstdiktatur im Dritten Reich*, Berlin o. J. (Neu herausgegeben nach der Ausgabe von 1949 durch U. M. Schneede), S. 70.

Handwerk verpflichteten Baukunst, ebenso wie sein Interesse für die Malerei der »Neuromantik« machte er im Dezember 1933 in einer Rundfunkrede deutlich (vgl. Abb. 1).³⁰ »Zögern Sie nicht«, so forderte Hönig genau ein Jahr nach seinem Amtsantritt später auf der 1. Jahrestagung des Fachverbandes für Baukunst, »daran mitzuhelfen, daß unsere Reihen noch fortwährend weiter gesäubert werden.«³¹ Diese »Säuberung« bedeutete einerseits rein formell, daß jeder kulturell tätige »Volksgenosse« vor seiner Aufnahme in die Reichskulturkammer einen persönlichen Fragebogen auszufüllen hatte, wonach eine behördliche Ermittlung durchgeführt wurde, und schließlich günstigenfalls die Billigung des Aufnahmeantrags durch den Präsidenten der jeweiligen Kammer erfolgte.³² Hönig hatte über die »endgültige Verabschiedung der Aufnahmegesuche« persönlich zu befinden, wie er auf dieser Tagung berichtete.

»Säuberung« bedeutete aber auch ein ganzes Netz an Intrigen und persönlicher Einflußnahme, mit dem mißliebige Kollegen aus der »Systemzeit« denunziert und wegen »Unzuverlässigkeit« die weitere Berufsausübung versagt werden konnte.³³ Negativbescheide über den Aufnahmeantrag wurden im Mitteilungsblatt der »Reichskammer der bildenden Künste« veröffentlicht (vgl. Abb. 2). »Säuberung« bedeutete schließlich insbesondere das Verbot der selbständigen Berufsausübung für Juden, das von den Berufsverbänden allerdings bereits vor der Gleichschaltung durchgeführt wurde.³⁴ Hier scheint das wichtigste Betätigungsfeld der »Reichskammer der bildenden Künste« gelegen zu haben. Lane weist nach, daß etwa 300 Architekten aus »rassischen« Gründen die Berufsausübung versagt wurde.³⁵ Im November 1936 verkündete Josef Goebbels, die Reichskulturkammer sei »judenrein.«³⁶ Für alle relevanten Entscheidungen in der Reichskammer der bildenden Künste zeichnete Eugen Hönig als Präsident verantwortlich, bis er Ende 1936 durch den Maler Adolf Ziegler abgelöst wurde. Es sei hier noch angefügt, daß die berufsständischen Ziele, die Hönig seit seinem Amtsantritt in die Wege geleitet hatte, insbesondere das alleinige Planvorlagerecht für Kammerarchitekten, im Juni 1936 durch eine Anordnung von Goebbels aufgehoben wurden. »Die Kammerarchitekten«, urteilte Teut letztlich, »haben ge-

³⁰ A. Teut 1967 (s. A 3), S. 95–99 (Dokument 29).

³¹ Ebda., S. 102 (Dokument 31).

³² R. Merker (s. A 18), S. 127.

³³ Vgl. hierzu Beispiele dieses Intrigantentums auf Grundlage der Korrespondenz Alwin Seiferts mit Eugen Hönig aus dem Jahre 1934 bei G. Gröning / J. Wolschke-Bulmahn, 1913–1988: 75 Jahre Bund Deutscher Landschafts-Architekten BDLA, Teil 1: Zur Entwicklung der Interessenverbände der Gartenarchitekten in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, BDLA Bonn 1988, S. 71–74.

³⁴ Bis Ende 1933 waren 25 Architekten innerhalb des BDA ausgeschlossen worden; vgl. B. Lane (s. A 6), S. 174.

³⁵ Ebda., S. 264, Fußnote 73.

³⁶ R. Merker (s. A 18), S. 127.

Unterlagung der Berufsausübung als Architekt und Gartengestalter

Folgende Personen wurde auf Grund des § 10 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 (RGBl. I, S. 797) wegen Unzuverlässigkeit die Ausübung des Berufes unterlag:

den ehemaligen Architekten:

Hjmann, Paul, Hannover, Altenbeker Damm 7,
Boeding, Max, Ahrensburg-Hamburg, Hogenes Allee 29,
Braunert, Max, Gentlin bei Magdeburg, Karowstr. 28,
Dubel, Franz, Berlin W 50, Regensburger Str. 12 a,
Egloff, Heinrich, München, Kaufstr. 8,
Fischer, Jean, Niederlinden bei Deidesheim, Mohrweiler,
Hornet, Heinz, Schlaßau, Grenzmark Posen-Westpreußen,

Klinger, Horst, Darlehmen, Ohreußen, Markt 60,
Koch, Richard, Stuttgart-M., Schloßstr. 45,
Kotte, Walter, Meisen a. d. Elbe,
Menzel, Alfred, Hamburg, Parkallee 9,
Pieper, Friedrich W., Berlin-Wilmersdorf, Weßfällische Str. 40,
Wellner, Richard, Hamburg 36, Hohe Weichen 39;

den ehemaligen Gartengestaltern:

Baumann, Willi, Altona a. d. Elbe, Große Brunnenstr. 8,
Ponower, Ruth, Berlin-Leptendorf, Hochfliegerweg 105.

Die zuständigen Polizeibehörden sind angewiesen worden, zu überwachen, daß obige Personen den Beruf als Architekten oder Gartengestalter nicht mehr ausüben.

Abb. 2: Mitteilung der Berufsverbote für Architekten und Gartenarchitekten im Mitteilungsblatt der Reichskammer der bildenden Künste, 1936 (Mitteilungsblatt der Reichskammer der bildenden Künste 1.2 [1936]: 7).

genüber anderen Planern keine Vorrechte mehr. Von den Qualitätsgrundsätzen des alten BDA ... sind sie weit entfernt.«³⁷

Es ist bemerkenswert und bedarf der Korrektur, wenn in der Publikation des BDA aus dem Jahre 1993 kein Wort über diese Zusammenhänge zu erfahren ist, zumal Werner Durth die Vorgänge und ihre Konsequenzen für die zeitgenössischen Berufskollegen 1986 und noch einmal 1992 in aller Klarheit vorgebracht hatte.³⁸ Aber bereits 1983 hatte das Zeitschriftenorgan des BDA, »Der Architekt«, die Politisierung des BDA jener Zeit zum Thema.³⁹ Im Hinblick auf diese gedanklichen Vorleistungen ist es unverständlich, daß mit der Publikation ein Rückschritt zu verzeichnen ist. Sucht man nach dem banalen Grund hierfür, so gelangt man über die Abbildungsvorlagen zu einem Buch, das 1966 erschienen war, also ein Jahr bevor Anna Teut ihre Dokumente vorlegte. Es handelt sich um Bernhard Gabers affirmative Darstellung der Entwicklung des Berufsstandes der freischaffenden Architekten anhand der Geschichte des BDA, die einen »reinen«, vermeintlich apolitischen BDA präsentiert. Gaber erwähnte damals in keiner Weise die nationalsozialistischen Aktivitäten Hönigs.⁴⁰

»Zukunft aus der Vergangenheit« heißt der Untertitel der Publikation. Es ist zu hoffen, daß bei einer künftig zu schreibenden Chronik des BDA im Jahre 2003 der Ideologisierung und speziell auch den politischen Aktivitäten einzelner prominenter Vertreter des BDA die gebührende Aufmerksamkeit zukommt.

³⁷ A. Teut (s. A 3), S. 76.

³⁸ W. Durth, Deutsche Architekten: Biographische Verflechtungen 1900–1979, Braunschweig 1986.

³⁹ Heft 7/8 1983; vgl. insbesondere auch die Leserzuschriften in Heft 10/1983, S. 465–466.

⁴⁰ B. Gaber, Die Entwicklung des Berufsstandes der freischaffenden Architekten dargestellt an der Geschichte des Bundes Deutscher Architekten, Essen 1966. Es wirft ein allerdings bezeichnendes Licht auf die historische Aussage dieser Publikation, daß Eugen Hönig dort, in bürgerlicher Position mit der Zigarre präsentiert, gleichsam als Privatmann dargestellt wurde. Das Porträt Hönigs wurde zudem, man mag es als Spitzfindigkeit auslegen, in dem Kapitel »Der neue BDA – 1948 bis 1963« wiedergegeben.

Die Autoren

STEFAN BREUER (1948). Promotion in Berlin 1976. Habilitation in Hannover 1982. 1984 Professor für Politikwissenschaft im FB Rechtswissenschaft der Universität Hamburg. Seit 1985 Professor für Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Historische Soziologie und Politische Philosophie.

GERT GRÖNING (1944), 1965–70 Studium der Garten- und Landschaftsarchitektur, des Städtebaus und der Soziologie in Hannover. 1970 Dipl.-Ing., 1973 Dr. rer. hort., 1979 Dr. rer. hort. habil., 1983 Professor für Theorie und Methodik der Freiraumplanung, Universität Hannover; 1985 Professor für Gartenkultur und Freiraumentwicklung an der Hochschule der Künste Berlin. Veröffentlichungen zu den Arbeitsgebieten sozialwissenschaftlich orientierter Freiraumplanung und jüngerer Geschichte der Gartenkultur.

ULRICH KERKHOFF (1950), Kunsthistoriker. Dissertation über Theodor Fischer in Bonn 1981; Mitarbeit am Dehio Baden-Württemberg 1982, dann drei Jahre am Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg. Seit 1986 beim Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz in Mainz; dort Gebietsreferent für Rheinhessen und Vorderpfalz.

WINFRIED MÖNCH (1957), nach Studium der Geschichte, Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Universität Stuttgart wiss. Mitarbeiter am Projekt Wirtschaftsbibliographie des deutschen Südwestens bei der Robert-Bosch-Stiftung. Verschiedene Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte Stuttgarts sowie zur Geschichte des »Roten Kreuzes«.

UWE SCHNEIDER (1961), Studium der Kunstgeschichte, Denkmalpflege, Geschichte und Klassischen Archäologie in Bamberg und Berlin; 1992 Magister Artium; 1996 Promotion zum Dr. phil.; seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule der Künste Berlin. Derzeitige Forschungsinteressen: Tschechische Gartenkultur des 19. und 20. Jahrhunderts, Ermittlung gartenkulturell relevanter Archivalien in kommunaler Verantwortung.

DIRK SCHUBERT (1947); nach Studium der Architektur und Soziologie Wiss. Assistent an der FU Berlin, seit 1991 Akademischer Oberrat an der TU Hamburg-Harburg. 1993/94 Gastprofessor an der Universität GH Kassel, 1994 Habilitation. Zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich Städtebau, Wohnungswesen, Stadterneuerung und Stadtbaugeschichte.

Besprechungen

RÜDIGER HACHTMANN, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn: Dietz 1997, zahlr. Abb., 1008 S., DM 98,-.

Historiker und Soziologen beschreiben die moderne demokratische Gesellschaft als »Zivilgesellschaft«. Der historische Ursprung der Zivilgesellschaft liegt in der Stadt. Die Erfahrungswelt der Stadt, in der wir leben, verbindet die Gegenwart stärker als andere Einrichtungen mit der Vergangenheit. Das gilt besonders für Deutschland: Das feudale Deutschland der Fürsten (und fürstlicher Kleinstaaten), das tausend Jahre lang die deutsche Geschichte geprägt hatte, war in der Revolution von 1918/19 zusammengebrochen. Doch die zivile Lebensform der Demokratie, die folgte, blieb gefährdet. Ernst Wolfgang Böckenförde hat daran in seinem Aufsatz »Die Verfolgung der deutschen Juden als Bürgerverrat« erinnert (in: Merkur 51 [1997], S. 165–170).

Rüdiger Hachtmann macht in seinem Buch »Berlin 1848« die Stadt zum zentralen Ausgangspunkt der Erklärung und Vermittlung deutscher Geschichte, wie dies bereits R. J. Evans am Beispiel Hamburgs für den Ausgang des 19. Jahrhunderts vorgeführt hat. Durch diesen Ansatz gewinnt die nationale Geschichtsschreibung eine europäische Dimension. Denn Städte, zumal nationale Hauptstädte, waren und sind Mittelpunkte der europäischen Gesellschaft. Die Revolution von 1848 war eine europäische Revolution. Wahrgenommen und erfahren aber wurde sie im Lebensraum der Stadt. Das ist die Ausgangsthese, die Hachtmanns Buch über das revolutionäre Berlin des Jahres 1848 zugrundeliegt.

Hachtmann greift den europäischen Rahmen auf, indem er Berlin in Bezug zu Paris und Wien setzt, um dann aber geradezu unbefangen etwas zu schreiben, was weithin als verpönt gilt: preußische Geschichte. Er begründet dies so: »Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist eine Stadt. Allerdings nicht irgendeine Stadt: Berlin war neben Paris und Wien Hauptschauplatz der Revolution 1848, in deren Sog die meisten europäischen Staaten gerieten. Berlin war Residenz der Hohenzollern, Sitz der zentralen Ministerien und staatlichen Verwaltungen Preußens. In Berlin trat die Preußische Nationalversammlung zusammen. Während der Revolution beriefen die wichtigsten »Parteien« – Demokraten, Liberale, Konservative und die frühe Arbeiterbewegung – zentrale Kongresse nach Berlin ein. Hier nahmen seit Sommer 1848 der Zentralausschuß der Demokraten sowie überregional tätige Koordinationsgremien der Konservativen und Liberalen ihren Sitz. Berlin zog 1848 de facto immer mehr (kleindeutsche) Hauptstadtfunktionen an sich: die Preußenmetropole wurde seitdem zur informellen Hauptstadt Deutschlands – auch wenn der 1850 bis 1866 wiedererstandene Deutsche Bund weiterhin in Frankfurt zusammentrat. In der französischen, der österreichischen und der preußischen Hauptstadt entschied sich das »Schicksal« der europäischen Revolution von 1848.« Desgleichen charakterisieren für Hachtmann die Ereignisse in Berlin »wesentlich die Phasen der deutschen Revolution«.

Neun Monate lang vom März bis November erlebte Berlin eine bis dahin unbekannte demokratische Kultur: »Das vielschichtige, bunte Vereinswesen, das nach dem 19. März in Berlin zu blühen begann, veränderte Verhaltensmuster und Mentalitäten. Die Freiheit des gesprochenen und gedruckten Wortes schließlich ließ einen in

seiner Vielfalt bis dahin gleichfalls völlig unbekanntem Meinungsmarkt entstehen, auf dem die unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Theorien uneingeschränkt miteinander konkurrieren konnten. Die Revolution machte Demokratie das erste Mal erfahrbar.«

Die Bevölkerungszahl Berlins bewegte sich 1848 um 400 000. Sie hatte sich seit 1800 vor allem durch Zuzug von außen verdoppelt. Etwa 5 Prozent der Erwerbstätigen rechnet Hachtmann dem »Bürgertum« der Unternehmer, höheren Beamten, Professoren und freien Berufe zu; 13 Prozent den »Mittelschichten« der Handwerksmeister, einfachen Beamten, kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden (einschließlich der Gastwirte); mehr als 80 Prozent den »Unterschichten«, darunter die qualifiziert Beschäftigten mit etwa 38 Prozent und die unqualifiziert Beschäftigten (darunter das weibliche Dienstpersonal) mit etwa 26 Prozent. Berliner Arbeiter waren vor allem im Textilgewerbe und im Maschinenbau beschäftigt. 1848 war Berlin durch die Eisenbahn mit Hamburg, Stettin, Frankfurt a. d. O., Magdeburg und Sachsen verbunden. Die Bahnlinie von Berlin über Breslau führte bis Wien. Im Westen war ein Jahr zuvor die Köln-Mindener Eisenbahn fertiggestellt worden, so daß auch eine Bahnverbindung über Köln nach Brüssel und Paris bestand. Durch die Bahn war man sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa näher gekommen.

Das politische Leben Berlins mit seinen Vereinen und Zeitungen war lange vor 1848 wach geworden, doch unterlag alles noch der Zensur, die Staat und Kirche in Preußen ausübten, der offiziellen und noch wirksamer der freiwilligen. Politische Opposition wurde zunächst in der Stadtverordnetenversammlung laut und später in dem Vereinigten Landtag, den König Friedrich Wilhelm IV. 1847 nach Berlin einberufen hatte und der erstmals Vertreter aus ganz Preußen, von Ostpreußen über Schlesien bis zum Rheinland und Westfalen in der Hauptstadt zusammenbrachte. Die Märzrevolution 1848 öffnete die Schleusen. Die Stadt wurde plötzlich zur politischen Bühne, auf der die Akteure der politischen Vereine, der Presse, der Universität, der Kirche, der Justiz und Verwaltung, der Polizei und der

Armee und nicht zuletzt des preußischen Hofes – das Stadtschloß lag mitten in Berlin – mit- und gegeneinander jenes große preußische Revolutionsdrama aufführten, das Hachtmann in seinem Buch so eindrucksvoll eingefangen und in mehrere Akte unterteilt auf tausend Seiten dargestellt hat.

Seit dem 22. Mai tagte in Berlin die Preußische Verfassungsgebende Nationalversammlung. Die seitenlange Berichterstattung über die Beratungen der Nationalversammlung in der Berliner Presse verdrängte die Berichterstattung über die deutsche Nationalversammlung, die zur gleichen Zeit in der Frankfurter Paulskirche tagte. In den Debatten dieser Monate artikulierte sich in Berlin wie in der Provinz eine neue preußische Landesidentität, nicht nur in Kreisen der Rechten, sondern auch bei den Abgeordneten und in den Vereinen der liberaldemokratischen Linken. Die Berliner Nationalversammlung tendierte unter dem Einfluß des politischen Milieus der Stadt zunehmend nach links und schlug schließlich einen Konfrontationskurs gegenüber der preußischen Krone ein. Der Sturm auf das Berliner Zeughaus im Juni, Beschlüsse der Nationalversammlung über die Abschaffung des königlichen »Gottesgnadentums« und die Abschaffung des Adels und insbesondere der Beschluß, die Armee auf die neuen liberale Verfassungszustände zu verpflichten, ließ die Gegenbewegung im Hof und in der Hofkamarilla, die bis dahin gelähmt war, wieder erstarken und zum Gegenstoß ansetzen. Am 9. November wurde die Stadt von Truppen unter General Wrangel besetzt, die politische Zensur wiedereingeführt, die Nationalversammlung zunächst vertagt, dann nach Brandenburg verlegt und schließlich am 5. Dezember aufgelöst und eine Verfassung von oben durch den König »oktroiert«. Das war das Ende des Dramas, dessen Folgewirkungen Berlin und Preußen erst sieben Jahre später, in der Revolution von 1918 abschütteln konnten.

Gestützt auf ein sorgfältiges Quellenstudium beschreibt Hachtmann die Niederwerfung der Revolution in Berlin, die im Anschluß an die gewaltsame Beendigung der Revolution in Paris und in Wien in einer Art Parallelaktion zwischen dem preußischen und dem österreichischen Hof

erfolgte. Die Korrespondenz des österreichischen Gesandten in Berlin spricht hier eine deutliche Sprache. Hachtmann beschreibt, wie sich die Berliner und die Frankfurter Nationalversammlung zunehmend entzweiten. Die stärker liberaldemokratisch geprägte preußische Nationalversammlung gab sich gegenüber den nationalpolitischen Zielen der Frankfurter Nationalversammlung und deren rechtsliberaler Mehrheit reserviert, während schließlich die Frankfurter Nationalversammlung wenig Eifer zeigte, die Berliner Kollegen in ihrem politischen Existenzkampf gegenüber der preußischen Krone im November zu unterstützen. Das wirft eine Reihe von Fragen auf, die bisher noch nicht beantwortet wurden, wohl auch deswegen nicht, weil es bis heute noch keine größere Darstellung der Preußischen Nationalversammlung gibt. Hachtmann greift dieses Problem bewußt auf, und er neigt dazu, das politische Zentrum der 1848er Revolution in Deutschland – anders als in den meisten Geschichten der deutschen Revolution üblich – von Frankfurt nach Berlin zu verlegen.

Rüdiger Hachtmann beschreibt in seiner ungewöhnlich facettenreichen und doch zugleich geschlossen wirkenden Geschichte Berlins die Mentalitäten, Verhaltensweisen und Aktionen aller beteiligten Gruppen und Schichten der Arbeiter, der Bürger, der Militärs und der städtischen Bürgerwehr, der Polizei und der Justiz, der Regierung und des Hofes, aber auch die der Kirchen, der Frauen und der Juden. Er nennt sein Buch eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte. Der Arbeit, die aus einer Habilitationsschrift hervorging, liegen intensive Quellenstudien zugrunde, die durch die Öffnung der Archive der früheren DDR erleichtert wurden. In der minutiösen und anschaulich dargestellten Rekonstruktion der Handlungsabläufe, der Bewegungen und Gegenbewegungen, wirkt diese Untersuchung gegenüber manchen theorielastigen Arbeiten geradezu »konventionell«. Da die Personen und die Biographien der einzelnen Akteure des Berliner Dramas in die Darstellung einbezogen werden, meidet Hachtmann die Flucht in die »historische Anonymität«, die für so manche »deutsche Gesellschaftsgeschichte« und »kritische Sozialgeschichte« so charakteristisch ge-

worden ist. Es sieht fast so aus, als melde sich hier eine neue, Nach-1990er-Historikergeneration zu Wort, die die Geschichtsschreibung wieder von dem Kopf auf die Füße stellt.

Münster

Wilhelm Ribhegge

FRIEDRICH ACHLEITNER, *Region, ein Konstrukt? – Regionalismus, eine Pleiade?*, Basel: Birkhäuser 1997, 80 Abb., 190 S., SFr 50,-, DM 58,-.

Wie baut man in einer bestimmten Region? Existiert ein regionaler Stil? Wird dem lokalen Ambiente durch Ideen von außen Schaden zugefügt? Diskussionspunkte, die immer öfter in aktuellen Architekturdebatten auftauchen und an denen sich die Gemüter erhitzen, sei es in der selbsternannten Metropole Berlin oder sonst irgendwo in provinziellen Gefilden. Meist mangelt es den Diskussionsbeiträgen am Ansatz der Argumente: Wie definiert sich der Begriff Region? Aus welcher Zeit stammen die Begriffe Heimat, Region, Regionalstil, Nationalromantik usw.? Wo sind die Grenzen einer Region? Gibt es einen regionalen Stil? Ist das Verfolgen eines regionalen Stils purer Historismus, oder kann es ein Schritt nach vorn sein? Was unterscheidet Heimatstil und Regionalstil? Anhand dieser und anderer Fragestellungen kreist Achleitner die Problematik ein und gestaltet sie durchschaubarer, faßbarer als gewöhnlich. Dabei ist es von Vorteil, daß Österreich mit seiner Architektur- und Heimatgefühlsentwicklung als reale Grundlage der Überlegungen dient. Obwohl in einigen Passagen Kenntnisse der lokalen Verhältnisse vorausgesetzt werden, fällt es Neulingen anhand einiger Beispiele aus Achleitners Architekturführern samt Abbildungen leicht, den österreichischen Entwicklungen zu folgen. Absolut erstaunlich ist die große Übereinstimmung der Denk- und Argumentationsweisen in Architekturdisputen in der ländlichen Provinz unserer Nachbarn und beispielsweise der Berliner Architektur. Stets geht es darum, verlorengegangene Zeiten zu rekonstruieren oder zu imitieren. Daß auch importierte

Ideen und Bauten von einer Region aufgenommen werden können und mit steigender Akzeptanz durch die Bevölkerung zum heutigen lokalen Selbstverständnis beitragen, wird am Beispiel Vorarlberg gezeigt.

Die Region ist das große Thema des Buches und wird entweder direkt behandelt oder verbirgt sich in den Kapiteln über die Grazer Schule, Tourismusarchitektur, Österreichs Architektur 1945–1975 u. a. Das Buch bezieht sich zwar hauptsächlich auf Österreichs baugeschichtliche Entwicklungen, dennoch ist die Allgemeingültigkeit oft verblüffend. Der erfrischende Stil der Rhetorik macht diese Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen aus der Zeit von 1986 bis 1996 zum interessanten Lesestoff für alle, die derzeit die Architekturdebatten verfolgen und führen und jene, die Wissenslücken, die Baukunst der Alpenrepublik betreffend, schließen möchten.

Dresden

Klaus Nauber

FRANK-BERTOLT RAITH, *Der heroische Stil. Studien zur Architektur am Ende der Weimarer Republik*. Berlin: Verlag für Bauwesen 1997, zahlr. Abb., 238 S., DM 78,-.

Das Deutsche Architektur-Museum fand es an der Zeit, die konservativen Strömungen der Architektur am Ende der Weimarer Republik im Rahmen eines Ausstellungszyklus einer neuen, vorurteilsfreien Bewertung zu unterziehen. In diesem zwar nicht ursächlichen, doch zeitlichen Zusammenhang erscheint die Anfang der neunziger Jahre begonnene bauhistorische Dissertation von Frank-Bertolt Raith.

Der Autor bemüht sich um eine differenzierte Bewertung monumentaler Architektur am Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre. In Werken – vorwiegend öffentlichen Bauten – u. a. von Salvisberg, Schwarz, Fahrenkamp, Böhm, auch Gropius und Mies van der Rohe entdeckt er eine Monumentalität, die weder der Avantgarde noch dem Traditionalismus zugeordnet werden könne.

Die alte Stadt 2/98

Diese Gegenüberstellung von Moderne, gleichbedeutend mit fortschrittlich, avantgardistisch, sozialistisch, linke Parteinahme, und Tradition, gleichbedeutend mit konservativ, traditionell, kapitalistisch, rechte Parteinahme, bestimmt die Architekturdiskussion seit den zwanziger Jahren. Aus diesem Dualismus heraus entstand die konservative Strömung, die Raith als den »Heroischen Realismus« bezeichnet. Parallel hierzu sieht er den »Heroischen Stil« als Ausdruck einer Suche nach Authentizität, hervorgerufen durch die Erfahrung der Entfremdung des Menschen in der Massen- und Industriegesellschaft.

Die Werke des »Heroischen Stils« artikulierten sich vorwiegend in »Gemeinschaftsbauten«, da diese ideellerweise von der Allgemeinheit errichtet werden. Sie versuchen, die Beziehung des Alltäglichen zum außerhalb des Alltäglichen liegenden wieder herzustellen. Verwendet wird sowohl Vokabular des Neuen Bauens wie Einhaltung des menschlichen Maßstabes, Ablesbarkeit von Funktion, Entsprechung von Material und Konstruktion usw. als auch des Traditionalismus wie Hierarchie der Bauaufgaben usw. Dieses wird jedoch dem gewohnten alltäglichen Kontext entzogen, abstrahiert und verfremdet wieder eingesetzt. Dem Betrachter wird somit jede Verständlichkeit verweigert, er wird ausgeschlossen.

Durch die hermetische Abgeschlossenheit und die Monumentalisierung der Gebäude entsteht eine »Atmosphäre der Bedeutsamkeit«, die jedem Betrachter die »Suche nach einem neuen Gott« ermöglicht. Am Ende seiner Dissertation grenzt Frank-Bertolt Raith die Monumentalisierung gegen die des Nationalsozialismus ab, in der diese »Suche nach einem neuen Gott« personifiziert wird. Mit Hilfe der Biographien der oben genannten Architekten, ausgewählter Werke und zahlreicher Zitate von Philosophen und Architekturtheoretikern versucht der Autor seine Beweisführung aufzubauen. Zu überzeugen vermag er jedoch nicht. Zu sehr verliert er sich in einem dialektischen Gestrüpp. So gewinnt man nach der Lektüre den Eindruck, daß ein Fragezeichen hinter dem Titel wohl auch angebracht wäre.

Um zum Inhalt vorzudringen, sind bis zu

dreißigzeilige Sätze zu durchforsten und zu entschlüsseln. Ein Zitat folgt dem nächsten und Aussagen werden ständig relativiert und anders formuliert wiederholt. Vielleicht hat der Autor sich mit seiner ersten wissenschaftlichen Arbeit, einen neuen Stil im gesamt-kulturellen Kontext definieren zu wollen, ein zu hohes Ziel gesetzt.

Bei Tucholsky lese ich: »Verwickelte Dinge kann man nicht simpel ausdrücken; aber man

kann sie einfach ausdrücken. Dazu muß man sie freilich zu Ende gedacht haben, und man muß schreiben, ohne in den Spiegel zu sehen ...«

Trotz alledem ist dieses Buch eine verdienstvolle Annäherung an Werke von Architekten, die bisher in der Öffentlichkeit noch nicht die Anerkennung fanden, die ihnen gebührt.

Dresden

Annelie Langelahn

Mehr und mehr haben die Parteien alle Mühe, geeignete Kandidaten für die anspruchsvollen Mandate auf den Rathäusern zu finden, zumal in den großen Kommunen. In den Stadtparlamenten selbst wird die Krise immer offenkundiger. Die Entscheidungsfreude nimmt rapide ab, dafür werden die fruchtlosen Debatten immer länger. Hinzu kommt die abgründige Angst, eine schier übermächtige Verwaltung führe nichts anderes im Schilde, als den kleinen Volksvertreter auszutricksen und hinter Licht zu führen. Der sinnvolle Stuttgarter Versuch beispielsweise, die hoffnungslos überladene Tagesarbeit vom Ballast zu befreien und sich in ein Parlament zu wandeln, das sich auf die zentralen politischen Fragen konzentriert, ist kläglich gescheitert.

THOMAS BORGMANN, Die Krise des Kommunalen, in: Stuttgarter Zeitung Nr. 133 vom 13. Juni 1998.

Die alte Stadt 2/98